www.cdu.nrw

Aufstieg, Sicherheit, Perspektive – Das Nordrhein-Westfalen-Programm

Grundsätze der CDU Nordrhein-Westfalen

Beschluss des 37. Landesparteitags
der CDU Nordrhein-Westfalen
13. Juni 2015, Essen

Im 70. Jahr ihres Bestehens formuliert die CDU in Nordrhein-Westfalen ihre grundlegenden Positionen, Überzeugungen und Prinzipien im ersten eigenen Grundsatzprogramm, dem Nordrhein-Westfalen-Programm.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitglieder und Freunde der CDU Nordrhein-Westfalen,

es ist 70 Jahre her, dass sich mutige, tatkräftige und weitsichtige Menschen im Rheinland, in Westfalen und in Lippe genauso wie in vielen anderen Teilen Deutschlands, zusammengeschlossen haben, um eine neue politische Bewegung zu gründen. Die CDU wurde ganz bewusst als Union gegründet, als Union von Katholiken und Protestanten, als Union der Arbeiter, Selbständigen und Beamten, als Union der Stadt- und Landbevölkerung und als Union der Generationen. Grundlage christdemokratischer Politik waren stets das christliche Menschenbild und die Werte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Von diesen Werten und Prinzipien leiten wir noch heute unsere politischen Entscheidungen ab und entwickeln so Lösungen für die Menschen in unserem Land. Wir wissen, dass wir nur so eine gute Politik machen können und erfolgreich bleiben.

Fast 30 Jahre nach der Fusion der Landesverbände Rheinland und Westfalen haben wir beschlossen, uns gemeinsam unserer grundlegenden Werte und Überzeugungen neu zu vergewissern und unser programmatisches Fundament zu stärken. Über mehr als zwei Jahre hinweg haben über 3.000 Mitglieder und Freunde der CDU Nordrhein-Westfalen auf unterschiedlichste Art und Weise an unserem Grundsatzprogramm mitgearbeitet. Das Ergebnis ist eine wahre Liebeserklärung an unser vielfältiges und dynamisches Land. Es heißt: „Das Nordrhein-Westfalen-Programm“ weil es ein politisches Manifest für alle Menschen und alle Teile Nordrhein-Westfalens ist.

Dieses Grundsatzprogramm ist ein Angebot und ein Versprechen an Nordrhein-Westfalen. Es macht deutlich, dass wir für einen neuen Aufbruch in diesem Land bereit sind. Wir wollen den Menschen in Nordrhein-Westfalen neue Perspektiven aufzeigen und neue Chancen eröffnen. Wir wollen Nordrhein-Westfalen wieder zum Aufsteigerland machen. Allen Leserinnen und Lesern dieses Grundsatzprogramms wünsche ich eine anregende Lektüre und lade Sie ein, aus diesen Grundsätzen heraus den Neubeginn unseres Landes mitzugestalten.

Herzliche Grüße

Armin Laschet MdL
Vorsitzender der
CDU Nordrhein-Westfalen

Bodo Löttgen
Generalsekretär der
CDU Nordrhein-Westfalen

Inhaltsübersicht

Präambel: Unser Leitbild und Selbstverständnis 6

I. Politik aus christlicher Verantwortung im 21. Jahrhundert 8

1. Unser Menschenbild 8
2. Unser Staatsverständnis 9
3. Freiheit 9
4. Gerechtigkeit 11
5. Solidarität 12
6. Subsidiarität 13

II. Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen 15

1. Industrie, Mittelstand und Handwerk 15
2. Handel und Dienstleistungen 19
3. Moderne Infrastruktur und internationale Wettbewerbsfähigkeit 21

III. Handlungsfähigkeit und Finanzkraft Nordrhein-Westfalens 25

1. Landesfinanzen 25
2. Starkes Land – starke Kommunen 27

IV. Herausforderungen des demografischen Wandels für Nordrhein-Westfalen 32

1. Sicherheit und Zukunft für Familien 32
2. Generationengerechte Gesellschaft 35
3. Qualifizierte Zuwanderung und Integration 38

V. Chancengerechtigkeit und Aufstiegsperspektiven in der solidarischen Gesellschaft 41

1. Gute Bildung für alle 41
2. Wissenschaft, Forschung und Technologie 45
3. Faire Löhne für gute Arbeit 47
4. Gleiche Chancen für Frauen und Männer 48
5. Zukunftsfeste Gesundheitsversorgung, Pflege und Alterssicherung 49

VI. Energie und Umwelt 53

1. Stärkung des Energielandes Nordrhein-Westfalen im Zeichen der Energiewende 53
2. Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz 56

VII. Sicherheit für Nordrhein-Westfalen 59

1. Sicherheit im Alltag 59
2. Sicherheit 2.0 63
3. Rechtssicherheit durch eine starke und unabhängige Justiz 65

VIII. Identitäten, Lebensgefühl und Lebensqualität in Nordrhein-Westfalen 67

1. Kultur 67
2. Medien und Kreativwirtschaft 70
3. Leben in der Stadt 71
4. Leben im ländlichen Raum 73

IX. Starke Bürger, starkes Engagement 76

1. Ehrenamt 76
2. Kirchen und Religionsgemeinschaften 77
3. Sport 79

X. Nordrhein-Westfalens Platz in Europa und der globalisierten Welt 82

XI. Tradition bewahren, Zukunft gestalten 88

Mitarbeit am Grundsatzprogramm der CDU Nordrhein-Westfalen 90

Präambel: Unser Leitbild und Selbstverständnis

In Nordrhein-Westfalen schlägt das Herz unserer Republik. Kein anderes Land zählt auch nur annähernd so viele Einwohner, weist einen ähnlich hohen Urbanisierungsgrad auf, verfügt über eine derart dezentrale kulturelle und regionale Vielfalt, erwirtschaftet ein in absoluten Zahlen vergleichbar hohes Bruttoinlandsprodukt. Nirgends in Europa gibt es eine dichtere Hochschul- und Kulturlandschaft und eine komplexere Infrastruktur. Und nirgendwo sonst ist die Integration verschiedener Kulturen, Konfessionen und Mentalitäten auf so prägende Weise gelungen wie im Rheinland, in Westfalen, in Lippe und insbesondere im Ruhrgebiet. Über drei Millionen Deutsche aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten, aus der DDR und den Siedlungsräumen der Deutschen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa haben nach dem Zweiten Weltkrieg in Nordrhein-Westfalen eine neue Heimat gefunden – als Flüchtlinge, Vertriebene, Aus- und Übersiedler sowie als Spätaussiedler. Ihr Kulturerbe ist untrennbarer Teil unserer nordrhein-westfälischen Identität und Kultur geworden. Später bereicherten uns die seit den 1950er Jahren durch die Anwerbeabkommen nach Nordrhein-Westfalen Zugewanderten, die unsere gemeinsame Kultur bunter und reicher gemacht sowie durch ihre Arbeitsleistung dazu beigetragen haben, unsere Wirtschaft stark und unsere Sozialsysteme leistungsfähig zu machen.

Auch nach dem Verlust der Hauptstadtfunktion Bonns kommt Nordrhein-Westfalen im deutschen wie im europäischen Maßstab eine unverändert große Bedeutung zu. Einer der größten Vorzüge Nordrhein-Westfalens ist seine günstige geografische Lage im Zentrum Europas. Die direkte Nachbarschaft mit den Benelux-Staaten, die zahlreichen institutionellen wie persönlichen Verflechtungen mit diesem Raum sowie die insbesondere mit Frankreich und Polen geknüpften Verbindungen machen aus Nordrhein-Westfalen eine beispielhafte Brückenregion nicht nur im nationalen, sondern gerade auch im europäischen Maßstab. Es ist kein Zufall, dass unser Land bereits in seiner Frühzeit über die Montanunion auf das Engste mit der europäischen Integration verbunden gewesen ist.

Doch keiner der genannten Vorzüge Nordrhein-Westfalens ist selbstverständlich oder auf ewig gesichert. Die Bedeutung unseres Landes liegt vielmehr in den historischen Weichenstellungen der ersten Nachkriegsjahrzehnte begründet, die unionsgeführte Landesregierungen verantwortet haben. Ausgangspunkte dieser Leitentscheidungen waren wiederum die programmatischen Impulse, welche die CDU Deutschlands aus Nordrhein-Westfalen empfangen hat, insbesondere durch die Kölner Leitsätze 1945, das Neheim-Hüstener Programm von 1946, das Ahlener Programm von 1947 und die Düsseldorfer Leitsätze von 1949. Sie alle stehen für die gelungene Verbindung aus der Katholischen Soziallehre mit ihren Grundprinzipien der Personalität, der Subsidiarität und der Solidarität mit der protestantischen Wirtschaftsethik, wie sie im System des Ordoliberalismus sichtbar und wirksam geworden ist. So gesehen ist Nordrhein-Westfalen das „Mutterland“ der Sozialen Marktwirtschaft, die man gerne und zu Recht auch als „rheinischen Kapitalismus“ bezeichnet hat. Überhaupt steht die „Bonner Republik“ für eine der glücklichsten Phasen der deutschen Geschichte. Durch Konrad Adenauers konsequente Westbindung ist die Grundlage für Freiheit, Wohlstand und Sicherheit in der alten Bundesrepublik geschaffen worden – und damit die Voraussetzung für die Wiedervereinigung Deutschlands in Einheit und Freiheit.

Die CDU Deutschlands hat ihre wesentlichen Wurzeln in Nordrhein-Westfalen. Umgekehrt prägen das Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands, die Beschlüsse ihrer Parteitage, die Maßnahmen unionsgeführter Bundesregierungen sowie das politische Handeln der CDU-Mandatsträger in Parlamenten und Gebietskörperschaften auch unser Leben hier in Nordrhein-Westfalen. Die nordrhein-westfälische CDU ist stolz darauf, zentraler und verlässlicher Teil einer starken politischen Gemeinschaft zu sein, der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Diese Gemeinschaft ruht auf drei konstitutiven programmatischen Säulen, der christlich-sozialen, der liberalen und der konservativen, die sich gegenseitig inspirieren, aber auch begrenzen. Das christlich-soziale Element ergänzt das Individualprinzip des Liberalismus durch die Sozialität des Menschen und die daraus erwachsende wertegebundene gesellschaftliche Verantwortung eines jeden Einzelnen. Zugleich bewahrt es den Konservatismus vor einem Abgleiten in Nationalismus und soziale Reaktion. Das liberale Element wiederum öffnet das christliche und konservative Denken für den Wert der Freiheit und der aufgeklärten Vernunft. Das konservative Element schließlich schärft den Sinn von christlich-sozialem und liberalem politischen Handeln für gewachsene, erhaltenswerte Traditionen, für Bodenhaftung und Bodenständigkeit und für die Grenzen der Plan- und Machbarkeit. In diesem Verständnis und aus diesem Verständnis heraus gestalten wir Politik in unseren Gemeinden und Kreisen, im Land, im Bund und in Europa.

Zugleich besitzen wir als CDU Nordrhein-Westfalen in der Vielfalt unserer großen politischen Familie einen ganz eigenen Charakter und ein eigenes Gewicht. Wir stehen als Christliche Demokraten in Nordrhein-Westfalen für

- eine Weltanschauung, die sich auf das Erbe einer jahrhundertealten christlich-jüdischen-abendländischen Wertebasis gründet, aber zugleich offen ist für Menschen anderer Religionsbekenntnisse und Überzeugungen;
- eine verantwortete Freiheit, wie sie in Grundgesetz und Landesverfassung verankert ist;
- eine in Solidarität gelebte Gerechtigkeit, wie sie sich aus der Christlichen Soziallehre und -ethik, unserer sozialpartnerschaftlichen Orientierung sowie der Bereitschaft zur Integration und der Heimatverbundenheit der Menschen in Nordrhein-Westfalen ergibt.

Das besondere Gewicht unseres schönen und starken Landes verpflichtet zu besonderer Verantwortung für Deutschland und Europa. Es muss auch jeder Wettbewerbsvorteil Nordrhein-Westfalens immer wieder aufs Neue erarbeitet und bestätigt werden. Auf Dauer kann Nordrhein-Westfalen weder sich selbst genügen noch von einer „negativen Profilierung“ profitieren, welche sich aus seiner geographischen Randlage im größer gewordenen Deutschland sowie aus dem Kontrast zur Bundeshauptstadt Berlin ergeben. So sehr das Land von Kohle und Stahl den Wiederaufbau Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg maßgeblich mitgestaltet und ermöglicht hat, so sehr war und ist es auch nach dem historischen Wandel der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen seit den 1960er Jahren auf die solidarische Unterstützung durch den Bund und die übrigen Bundesländer angewiesen. Hier besteht die Notwendigkeit, auch in Zukunft unter allen Partnern einen fairen, angemessenen und gerechten Interessenausgleich herbeizuführen. Aber die Unterstützung durch Andere sollte uns nicht zu selbstverständlich werden. Die Zukunft unseres Landes liegt nicht in einem verbesserten Finanzausgleich, sondern darin, die großen Potenziale unseres Heimatlandes angemessen zu entfalten und eigene Strukturen zu entwickeln.

Zugleich trägt unsere Politik Mitverantwortung für die Attraktivität und Vitalität unserer Dörfer, Städte, Kreise und Regionen. Hier erfahren und erleben die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes tagtäglich Heimat, Lebensqualität und Geborgenheit. Um sie und ihre gute Zukunft geht es. Mit unserer Arbeit in Räten und Parlamenten, in Regierungsverantwortung wie in der Opposition wollen wir unser Gemeinwesen auf der Grundlage unserer Überzeugungen so gestalten, dass unser Land als Land des Aufstiegs und der sicheren Lebensperspektive für seine Bewohner eine gute Zukunft hat. Aufstieg, Sicherheit und Perspektive müssen Leitmotive und wesentliche Elemente einer neuen Landesidentität werden, die wir für Nordrhein-Westfalen wollen.

I. Politik aus christlicher Verantwortung im 21. Jahrhundert

1. Unser Menschenbild

Christliches Menschenbild

Ausgangs- und Orientierungspunkt christlich-demokratischer Politik ist das christliche Menschenbild. Dieses Verständnis vom Menschen basiert auf christlichen Glaubensüberzeugungen wie auf den Traditionen der europäisch-abendländischen Kultur mit ihren Wurzeln in Judentum, Christentum und Aufklärung.

Die Würde des Menschen ist universell, unantastbar und unveräußerlich

Wir Christdemokraten sehen jeden Menschen zugleich als Individuum und als Teil der Gemeinschaft. Erst beides zusammen macht den Menschen zur einmaligen Person, die mehr ist als ein völlig autonomes Einzelwesen oder bloßer Teil eines Kollektivs. Sie ist Teil eines jeden Menschen, unabhängig von seinem Geschlecht, seinem Glauben, seiner Herkunft, seinem Alter, seiner sexuellen Orientierung, seinen Talenten oder Beschränkungen, seiner Leistungsfähigkeit, seinem Erfolg oder Misserfolg. Die Unantastbarkeit der Würde gilt auch für das ungeborene und das zu Ende gehende Leben eines jeden Menschen. Diese Universalität der menschlichen Würde lässt sich aus dem christlichen Glauben heraus, aus der Gottesebenbildlichkeit aller Menschen begründen. Sie ist aber auch unabhängig vom Christentum vereinbar mit den Wertvorstellungen von Anders- und Nichtgläubigen.

In der Würde des Menschen begründet sich sein Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit. Die Freiheit eröffnet die Möglichkeit zu sittlichem Entscheiden. Dabei steht der Mensch in Verantwortung vor Gott, seinem Gewissen und seinen Mitmenschen. Jeder Mensch ist aber auch Schuld und Irrtum ausgesetzt. Diese Einsicht ist wichtig, denn sie zeigt uns die Grenzen menschlicher Planungs- und Gestaltungsmöglichkeiten auf und bewahrt uns vor ideologischen Heilsversprechen und einem totalitären Politikverständnis.

Jeder Mensch ist einzigartig

Wir Christdemokaten erkennen den Menschen als einzigartig und vernunftbegabt, jedoch von Natur aus unvollkommen. Das Wissen um unsere Unvollkommenheit mahnt uns, stets zur Versöhnung bereit zu sein. Die Einzigartigkeit eines jeden Menschen bedingt darüber hinaus eine natürliche Verschiedenheit von Persönlichkeiten und Begabungen. Die Unterschiedlichkeit der Menschen ist von Natur aus gegeben und Quelle gesellschaftlichen Reichtums. Jeder Einzelne ist uns in seiner Würde und in seinen Anlagen gleich viel wert. Wir wollen jeden Einzelnen in seinen individuellen Stärken und Begabungen fördern. Menschen sind nicht gleich. Und Ungleiche gleich zu behandeln, ist ungerecht. Aber Ungleichheit darf niemals zu Benachteiligung oder Diskriminierung führen. Deshalb ist die Ermöglichung begabungsgerechter Lebensperspektiven und nicht die absolute Gleichheit der Lebensumstände jedes einzelnen das Ziel unserer Politik.

Wir verstehen den Menschen als besonderen Teil der Schöpfung und empfinden das Leben als Geschenk. In der Verantwortung vor Gott und den nach uns folgenden Generationen fühlen wir uns verantwortlich für den Erhalt der Schöpfung. Es steht uns nicht zu, frei und grenzenlos über sie zu verfügen, sie ist uns vielmehr zur Gestaltung und Bewahrung anvertraut.

2. Unser Staatsverständnis

Wir Christlichen Demokraten verstehen unter dem Staat eine politische Ordnung, die den Menschen und seine Würde in den Mittelpunkt ihres Handelns rückt und ihn entsprechend stärkt und fördert. Zugleich sorgt sie für die Durchsetzung des Rechts, für die Sicherung des Gemeinwesens nach innen wie nach außen sowie für menschenwürdige Lebensbedingungen. Aufgabe staatlicher Gewalt ist weiterhin, die Rahmensetzung für ein freies, den Bedürfnissen der Gesamtheit wie des Einzelnen gerecht werdendes Wirtschaftssystem zu schaffen. Ein chancengerechtes Bildungswesen, ein solider, generationengerechter Umgang mit den Steuern der Bürgerinnen und Bürger sowie der Erhalt und der Ausbau einer bedarfsorientierten Infrastruktur unter Beachtung eines wirksamen Schutzes von Natur und Umwelt gehören zu den Kernaufgaben des Staates. Für die Erfüllung all dieser grundlegenden Aufgaben braucht der Staat eine ausreichende finanzielle Ausstattung. Dabei hat er sich gleichermaßen vor einer Überforderung seiner Bürgerinnen und Bürger wie auch vor einer Selbstüberforderung durch überzogene eigene Ansprüche zu hüten. Unsere Auffassung vom Verhältnis des Staates zu seinen Bürgern ist partnerschaftlich, weder paternalistisch noch bevormundend. Alle Bürgerinnen und Bürger sind gleichwertige Teile der staatlichen Gemeinschaft. Kein Mensch darf Objekt des Staates werden. Der Staat muss von den Menschen her gedacht und von den Menschen her gemacht werden. Der Mensch kommt vor dem Staat.

Wir wollen einen starken Staat

Die CDU Nordrhein-Westfalen ist davon überzeugt, dass der Staat nicht dann ein starker Staat ist, wenn er umfassende Kompetenzen an sich zieht und sich als oberster Kontrolleur und Regulierer betätigt. Ein solcher Staat ist ein bürokratischer Staat, der am Ende schwach ist, weil er sich beständig administrativ wie finanziell selbst überfordert. Wir wollen in Nordrhein-Westfalen einen wirklich starken Staat, der die materiellen wie institutionellen Bedingungen für die Entfaltung und Entwicklung des Einzelnen wie der Gesellschaft insgesamt gewährleistet. Seine Stärke gewinnt der Staat aus der klugen Respektierung und Förderung subsidiär angelegter gesellschaftlicher Strukturen. Diese Strukturen erlauben es ihm, sich im eigenen Interesse und als Schutz vor Überforderung auf seine Kernaufgaben zu besinnen. Ein starker Staat vertraut auf die Kreativität, Eigeninitiative sowie Eigenverantwortung seiner Bürgerinnen und Bürger. Wir setzen auf Bildung, Dialog und Information. Politisches Handeln, das auf einem solchen Verständnis gründet, ist zwingend auf die Wiederentdeckung und Erhaltung jener vorstaatlichen Räume, allen voran die Familie, angewiesen, in denen sich gefestigte Persönlichkeiten bilden und entfalten können.

Die staatliche Selbstbeschränkung darf allerdings nicht so weit gehen, dass der Staat zentrale Kompetenzen auf die Gesellschaft überträgt, also privatisiert, um sich finanziell zu entlasten. Dies gilt im besonderen Maße für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit. Zur Ausübung seiner zentralen und hoheitlichen Aufgaben braucht der Staat weiterhin qualifizierte, leistungsbereite und loyale Beamte. Allen Bestrebungen, das Berufsbeamtentum abzuschaffen, treten wir daher entgegen.

3. Freiheit

Freiheit ist unser oberstes Prinzip

Weil wir Christdemokraten an die Würde einer jeden Person glauben, ist für uns die Freiheit das oberste Prinzip. Damit meinen wir nicht grenzenlose Freiheit. Freiheit ist immer Freiheit in Verantwortung. Freies Handeln ist bedingt durch die Wahrnehmung von Verantwortung für sich selbst

und seinen Nächsten, für die Gemeinschaft, die Schöpfung und für nachfolgende Generationen. Somit gehören Pflichten genauso zur Freiheit wie Rechte. Gegenseitiger Respekt und Toleranz sind grundlegende Gebote einer Gemeinschaft freier Menschen. Das christlich-demokratische Freiheitsverständnis ist aus diesen Gründen ein bewusst normatives, welches gleichweit entfernt ist von einem werteblinden Laissez-faire-Denken wie von schranken- und bindungsloser Libertät. Maxime christlich-demokratischer Politik ist es, dass sich jeder in Freiheit so entfalten kann, wie es seinen persönlichen Fähigkeiten entspricht. Aus diesem Grund bestehen unsere vornehmsten politischen Ziele darin, Chancengerechtigkeit für jedermann zu schaffen und ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Wir vertrauen hierbei auf den Willen und die Fähigkeit des Menschen zur eigenverantwortlichen Lebensgestaltung.

Freiheit in der Gemeinschaft

Wir sind davon überzeugt, dass der Mensch von Natur aus von Geburt an bis zum Tod auf ein Leben in Gemeinschaft angelegt ist. Nur in gegenseitiger Bindung kann sich wahre Freiheit entwickeln. Und nur in der Beziehung zu anderen kann der Einzelne seine Identität und Persönlichkeit entfalten. Wir sind davon überzeugt, dass ein Leben in Gemeinschaft für jeden eine Bereicherung darstellt. Dabei bedingt und begrenzt die Freiheit des anderen die eigene Freiheit. Wir wollen dazu beitragen, dass die Menschen Freiheit in ihrem sozialen Umfeld erleben und zum Erhalt der Freiheit beitragen. Teilnehmen, teilhaben, mitverantworten, wählen und entscheiden sind Attribute bürgerlicher Freiheit, die jedem in dieser Gesellschaft zustehen.

Aufgabe des Staates ist es, die Freiheit zu respektieren sowie Raum und Rahmen für Freiheit zu schaffen. Diesen Raum mit Leben zu füllen, zu handeln und zu gestalten, obliegt jedem einzelnen Bürger. Dabei dürfen die Verhältnisse, in denen Menschen leben, einer freien Entfaltung der Persönlichkeit nicht im Wege stehen. Es ist staatliche Pflicht, die materiellen Mindestvoraussetzungen für persönliche Freiheit zu sichern. Wir sind überzeugt, dass zur freien Entfaltung der Person die eigene Leistung gehört. Die eigene Leistungsfähigkeit zu erfahren, ist eine wichtige Quelle von Lebenskraft. Deshalb wollen wir Leistung fördern. Die Würde des Menschen und seine Rechte gelten unabhängig von jeder Leistung.

Freiheit braucht Schutz

Das Recht ist das Instrument des Staates, Freiheit und Würde des Menschen zu schützen. Dabei ist klar, dass das Recht Einschränkungen der Freiheit zur Wahrung der Würde anderer Menschen nach sich ziehen kann. Nur so ist ein geordnetes und friedliches Zusammenleben möglich. Aber nicht nur der Staat, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger sind in der Pflicht, die Freiheit nach innen wie nach außen zu verteidigen. Wir Christlichen Demokraten bekennen uns zur wehrhaften Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Das schließt die Verpflichtung ein, auch für jene einzutreten, denen Freiheit vorenthalten wird. Freiheit darf niemals exklusiv sein. Wir wollen Freiheit für alle Menschen.

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität müssen zusammen gedacht werden

Wie in einem gleichseitigen Dreieck stehen im christlich-demokratischen Politikverständnis die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zueinander. Keiner dieser Werte ist ohne die anderen beiden denkbar. Doch die Freiheit steht an der Spitze; auf sie laufen Gerechtigkeit und Solidarität zu, von ihr sind jene aber auch abhängig und letztlich abzuleiten. Ohne Freiheit gibt es keine Gerechtigkeit, ohne Gerechtigkeit keine echte Solidarität, aber ohne Gerechtigkeit und Solidarität auch keine wahre Freiheit.

4. Gerechtigkeit

Gerechtigkeit ist für uns zugleich Grundwert und Gebot

Gerechtigkeit bedeutet im demokratischen Rechtsstaat zunächst gleiches Recht für alle. Gleiche Rechte gehen unweigerlich auch mit gleichen Pflichten einher. Jenen, die ihr Recht nicht aus eigener Kraft wahrnehmen können, müssen wir dabei helfen. Die Maxime der Gleichheit vor dem Gesetz schützt unsere Gesellschaft vor Willkür und Machtmissbrauch. Es gilt nicht das Recht des Stärkeren, vielmehr schützt der Rechtsstaat die Schwächeren.

Wir wollen Chancengerechtigkeit schaffen

Die CDU Nordrhein-Westfalen will Chancengerechtigkeit in unserer Gesellschaft verwirklichen. Chancengerechtigkeit bedeutet, dass jeder Mensch die Möglichkeit hat, sich in Freiheit so zu entwickeln und zu entfalten, wie es den eigenen Vorstellungen und Fähigkeiten entspricht. Wir wollen, dass jeder Mensch seine Lebenschancen frei und selbstverantwortlich wahrnehmen kann. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass alle Menschen gleiche Startchancen beispielsweise in Bildungswege und in die Arbeitswelt erhalten. Unser Ziel sind nicht gleiche Ergebnisse, sondern gleiche Chancen.
Für uns Christdemokraten bedeutet Gerechtigkeit auch, dass Gleiches gleich und Ungleiches ungleich behandelt wird. Wir verwechseln Gerechtigkeit nicht mit uniformer Gleichheit. Deshalb ist es gerecht, dass die Stärkeren in unserer Gesellschaft mehr zum Gemeinwohl beitragen als die Schwächeren. Sozialer Ausgleich trägt zu einer gerechteren Gesellschaft bei, denn er ermöglicht, dass alle Menschen am Wohlstand der Gesellschaft teilhaben können. Er darf jedoch nicht dazu führen, dass Leistungsbereitschaft und Anstrengung unattraktiv werden. Persönliche Leistung muss Anerkennung finden und belohnt werden. Wir Christdemokraten treten deshalb zugleich für Teilhabe- und Leistungsgerechtigkeit ein.

Gerechtigkeit der Generationen

Die ältere Generation hat unsere besondere Wertschätzung verdient. Für uns ist die Generationengerechtigkeit wesentlicher Bestandteil unseres Gerechtigkeitsbegriffs. Denn viele Entscheidungen, die wir heute treffen, haben Auswirkungen auf morgen und übermorgen. Entscheidungen, die sich auf nachfolgende Generationen auswirken, müssen gut abgewogen sein und dürfen nicht zu unverhältnismäßigen Belastungen für ebendiese führen. Auch nachfolgende Generationen müssen Freiraum zur politischen Gestaltung unseres Landes haben.

Gerechtigkeit ist ein universeller Wert

Das Prinzip der Gerechtigkeit endet nicht an nationalen oder europäischen Grenzen. Uns ist bewusst, dass unser Handeln direkt oder indirekt Auswirkungen hat auf Menschen in anderen Teilen Europas und der Welt. Hieraus erwächst eine Verantwortung, die noch stärker unser Handeln bestimmen muss. Ein faires Miteinander auf Augenhöhe muss daher unsere grenzüberschreitenden Beziehungen bestimmen. Mit großer Entschiedenheit treten wir für die Achtung der Menschen- und Bürgerrechte und die Überwindung sozialer und wirtschaftlicher Not auch in anderen Teilen der Welt ein.

5. Solidarität

Solidarität ist gelebte Nächstenliebe

In der Gesellschaft findet das Gebot christlicher Nächstenliebe ihren Ausdruck in der Solidarität. Das Gebot der Nächstenliebe, das sich in allen großen monotheistischen Weltreligionen findet, ist für uns Richtschnur und Maßstab politischen Handelns. Gelebte Solidarität liegt in der Natur des Menschen und gewinnt ihren vollen Wert erst in der persönlichen Zuwendung von Mensch zu Mensch. Solidarität verpflichtet uns, den Menschen in seiner Einzigartigkeit und nicht anhand seiner Leistungsfähigkeit zu bemessen, denn sie gründet im Wissen um die gleiche Würde eines jeden Menschen.

Unsere Solidarität gilt jenen Menschen, die sich noch nicht, nicht mehr oder dauerhaft nicht in der Lage sehen, sich aus eigener Kraft die Grundlagen für ein freies Leben zu schaffen. Ziel der Solidarität ist es, diesen Menschen einen Zugang zu einem selbst verantworteten Leben in Freiheit zu schaffen. Solidarität wird durch gegenseitige Hilfe und Unterstützung in Familien, Nachbarschaften, Vereinen, Kirchen, Synagogen, Moscheen und anderen Gemeinschaften gelebt. Erst dort, wo die Kräfte des Einzelnen oder der kleinen Gemeinschaft nicht ausreichen, sind die Gesellschaft insgesamt und am Ende auch der Staat gefordert.

Jeder hat ein Recht auf Solidarität

Solidarität ist ein Recht, kein Almosen. Sie schafft Gewissheit, in der Not nicht alleine zu stehen. Durch gegenseitige Solidarität ermöglichen wir ein menschenwürdiges Leben in Freiheit, wir sichern uns gemeinsam gegen Risiken ab, die wir alleine nicht bewältigen können, und wir schaffen soziale Sicherheit und Frieden. Dabei hat Solidarität stets das Ziel, aktivierende Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten.

Solidarität konkretisiert sich im Verhältnis der Jungen zu den Alten und der Alten zu den Jungen, der Kinderlosen mit den Familien und andersherum, der Gesunden mit den Kranken, der Leistungsträger mit den Leistungsschwachen, der Arbeitsplatzinhaber mit den Arbeitslosen, der Unternehmer mit den Arbeitnehmern.

Jeder ist zu Solidarität verpflichtet

Solidarität bedeutet aber auch eine Pflicht. Sie verpflichtet uns zu wechselseitiger Verantwortung entsprechend individueller Fähigkeiten und Möglichkeiten, verlangt Verzicht und erwartet einen Beitrag zur gemeinschaftlichen Absicherung. Solidarität setzt darüber hinaus praktizierte Eigenverantwortung voraus und verbietet den Missbrauch der sozialen Sicherung auf Kosten der Gemeinschaft. Das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes ist Ausdruck der Solidarität.

Solidarität ist eine innere Haltung

Solidarität kann jedoch nicht von Staats wegen verordnet werden. Sie ist vornehmlich eine innere Haltung und angewiesen auf die verlässlichen Strukturen einer funktionierenden Solidargemeinschaft. Solidarität muss daher in Erziehung und Schule sowie in der außerschulischen Bildungsarbeit beständig vermittelt und vorgelebt werden. Sie ist elementarer Bestandteil des staatlichen Bildungsauftrages.

Solidarität endet nicht an geografischen Grenzen

Unsere Solidarität endet nicht an den Grenzen des Nationalstaats oder der Europäischen Union. Das christliche Gebot der Nächstenliebe bezieht sich auf alle Menschen, die auf unsere Unterstützung angewiesen sind, unabhängig von ihrer Herkunft, Ethnie, Religion oder Staatsangehörigkeit. Weltoffenheit und Toleranz sowie gelebte Solidarität im Rahmen unserer Möglichkeiten müssen Markenzeichen unserer offenen Gesellschaft in Nordrhein-Westfalen sein und bleiben.

6. Subsidiarität

Subsidiarität ist Leitbild der aktiven Bürgergesellschaft

Subsidiarität ist unser wichtigstes Struktur- und Ordnungsprinzip, welches die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität miteinander verbindet. Sie ist unser Leitbild für eine aktive Bürgergesellschaft, in der die Menschen ihr Leben und Miteinander eigenverantwortlich gestalten. Dieses Leitbild gewinnt angesichts gesellschaftlicher Verhältnisse, die zunehmend von Anonymisierung, Vereinsamung und undurchsichtigen Großstrukturen gekennzeichnet sind, neue Bedeutung.

Subsidiarität setzt innovative Kräfte in der Gesellschaft frei und sorgt für innere Stabilität, denn sie verschafft der Eigeninitiative Vorrang vor staatlicher Intervention und der kleineren, effektiveren gesellschaftlichen oder auch staatlichen Einheit Vorrang vor dem großen bürokratischen Apparat.

Wir wollen eine Gesellschaft, die sich von unten organisiert

Wir Christdemokraten wollen deshalb, dass alles, was die Bürger allein, in der Familie oder im freiwilligen Zusammenwirken mit anderen ebenso gut oder sogar besser als staatliche Strukturen leisten können, in ihrer Zuständigkeit und Verantwortung verbleibt. Unser Idealbild ist eine Gesellschaft, die sich von unten organisiert. Was der Einzelne, die Familie oder die kleinere Gemeinschaft nicht leisten kann, vermag vielleicht eine größere Gemeinschaft oder ein freier Verband zu übernehmen. Kommunen, Land, Bund und Europäische Union sollen nur jene Aufgaben übernehmen, die von den Bürgerinnen und Bürgern, Gemeinschaften und Verbänden nicht erfüllt werden können.

Wir wollen die kleinen Einheiten, die Familien und freiwilligen Zusammenschlüsse stärken und zu einem ausgeprägten Gemeinsinn sowie starkem bürgerschaftlichen Engagement beitragen. Die kleinen Gemeinschaften sind Quelle von Eigenverantwortung und Solidarität, Entfaltung und Zusammenhalt. Es ist Aufgabe des Staates, den Bürgerinnen und Bürgern eigenverantwortliches und subsidiäres Handeln und Gestalten zu ermöglichen und zu erleichtern und sie nicht durch übermäßige Vorgaben, Kontrollen und sonstige Eingriffe zu behindern und zu entmutigen. Das wiederum setzt zwingend ein Grundvertrauen des Staates in seine Bürgerinnen und Bürger voraus.

Föderalismus ist Ausdruck der Subsidiarität

In der Bundesrepublik Deutschland und in der Europäischen Union findet sich der Gedanke der Subsidiarität auch im Föderalismus wieder. Auch hier gilt, dass die Zuständigkeit und Entscheidungsgewalt im Zweifel bei der unteren Ebene liegen soll. Die nordrhein-westfälische CDU steht deshalb seit je her zur kommunalen Selbstverwaltung. Starke, eigenständige Kommunen bilden die Grundlage für eine starke Gesellschaft, denn sie ermöglichen Bürgernähe, Effizienz und eigenverantwortliches Handeln.

Der Föderalismus erkennt die Verschiedenartigkeit lokaler und regionaler Traditionen, Kulturen und Identitäten an und garantiert deren Entfaltung. Dies gilt für Nordrhein-Westfalen in besonderer Weise. Der Wettbewerb der Kommunen und Länder im Föderalstaat fördert überdies Initiative, Innovation, Dynamik und Vielfalt. Zudem bringt er den Staat näher zu den Menschen und stärkt so die Demokratie. Gleichzeitig sichert der Föderalismus Freiheit und Demokratie, in dem er die politischen Gewalten vertikal teilt und verschränkt.

Gedanke der Subsidiarität bestimmt auch unsere Wirtschaftsordnung

Das Prinzip der Subsidiarität durchdringt nicht nur den öffentlichen Raum, sondern bestimmt auch unsere Wirtschaftsordnung. Auch hier gilt der Vorrang der Eigeninitiative und Eigenverantwortung vor staatlicher Aktivität. Nur in den Bereichen, die privatwirtschaftlich nicht effizient organisiert werden können und innerhalb der engen Grenzen der Daseinsvorsorge sowie dort, wo die wirtschaftliche Freiheit durch Marktkonzentration gefährdet ist, soll und muss der Staat aktiv werden. Subsidiarität bedeutet für uns so wenig Staat wie möglich und nur so viel Staat wie unabdingbar notwendig.

II. Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen

1. Industrie, Mittelstand und Handwerk

Soziale Marktwirtschaft: Wirtschafts- und Werteordnung

Ein starkes Nordrhein-Westfalen kann es nur auf dem Fundament einer richtig begriffenen und gelebten Sozialen Marktwirtschaft geben. Sie hat Deutschland den Rahmen gegeben, in dem die Menschen mit viel Fleiß, Kreativität und unternehmerischem Mut nach dem Zweiten Weltkrieg einen beispiellosen wirtschaftlichen Aufstieg erarbeitet haben.

Die Soziale Marktwirtschaft verbindet Freiheit und marktwirtschaftliches Handeln mit Solidarität und sozialem Ausgleich. Ihr Ziel ist Wohlstand für alle. Sie ist damit nicht nur eine Wirtschafts-, sondern auch eine Werteordnung, die sich klar bekennt zu den persönlichen Freiheitsrechten und der Eigenverantwortung des Einzelnen auf der einen Seite und den ergänzenden sozialpolitischen Maßnahmen des Staates auf der anderen Seite. Diese sollen für Leistungs- und Chancengerechtigkeit sorgen und denen, die es aus eigener Kraft nicht schaffen, ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Insofern gibt es in der Sozialen Marktwirtschaft keinen Gegensatz zwischen Wirtschafts- und Sozialordnung. Gleichzeitig steht sie im Einklang zu unserem Grundsatz der Bewahrung der Schöpfung. Eine verantwortliche Wirtschaftspolitik berücksichtig sowohl soziale als ökologische Aspekte. In diesem Sinne leistet die ökologisch orientierte Soziale Marktwirtschaft auch ein Beitrag zur Generationengerechtigkeit.

Die Soziale Marktwirtschaft lebt von einer Kultur der Verantwortung

Die Soziale Marktwirtschaft braucht einen Staat, der die Freiheit des Einzelnen gewährleistet, Privateigentum und Wettbewerb, auch durch die Verhinderung von Monopolen, sichert, einen Staat, der dafür sorgt, dass Chancen und Risiken marktwirtschaftlicher Entscheidungen bei den wirtschaftlichen Akteuren zusammengeführt und die Risiken nicht vergemeinschaftet werden. Eine Privatisierung von Gewinnen bei gleichzeitiger Sozialisierung von Verlusten lehnt die CDU Nordrhein-Westfalen strikt ab. Wir sind davon überzeugt, dass eine dynamische Marktwirtschaft von engagierten Unternehmern angetrieben wird, die Gewinne erwirtschaften wollen und bereit sind, dafür Risiken einzugehen und für ihr Handeln persönlich zu haften. Die an vielen Stellen zu beobachtende Entkopplung von Eigentum und Verantwortung lehnen wir entschieden ab. Sie führt zu falschen Anreizen und unvorsichtigem Verhalten. Die CDU Nordrhein-Westfalen setzt sich für eine Stärkung der Verantwortungskultur in der Wirtschaft als einem elementarem Bestandteil einer Kultur der Freiheit ein.

Der Staat setzt in der Sozialen Marktwirtschaft den Ordnungsrahmen

Freiheit braucht Leitplanken, damit sie nicht missbraucht werden kann und die Freiheit anderer nicht einschränkt. Dass Märkte sich nicht ausschließlich allein regulieren können, haben Wirtschafts- und Finanzmarktkrisen wiederholt deutlich gezeigt. Der Staat muss aber auch dafür Sorge tragen, dass sozialpolitische Interventionen und andere Formen der Regulierung nicht die Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs durch falsche Anreize beeinträchtigen. Ein absolut gesetztes Gleichheitsprinzip verkennt die Unterschiedlichkeit der Menschen. Es ist deshalb der falsche Ansatz. Für Chancengerechtigkeit zu sorgen und jedem Menschen in unserem Land faire Chancen auf wirtschaftlichen Erfolg zu eröffnen, die er eigenständig nutzen kann, entspricht dagegen dem christlichen Menschbild

und dem Ideal eigenverantwortlichen Handelns. Die daraus resultierende Selbstbeschränkung des Staates ist notwendig, um eine Ordnung der Freiheit zu erhalten und kontrollierende Eingriffe in das Wirtschaftssystem zu minimieren. Jeder Eingriff hat Folgewirkungen, die zu bedenken sind und die sich auf den Wohlstand des Landes negativ auswirken können.

Die Elemente der Sozialen Marktwirtschaft gehören in die richtige Balance

Die CDU Nordrhein-Westfalen will die Elemente der Sozialen Marktwirtschaft wieder in die richtige Balance bringen. Es geht dabei nicht nur um Detailfragen, sondern um eine grundsätzliche Ausrichtung: Wir werben deshalb gegenüber allen Bürgerinnen und Bürgern für einen ordnungspolitischen Kompass, der aus planwirtschaftlicher Umverteilung zugunsten von mehr Freiheit und Wettbewerb herausführt. Nur so werden die notwendige Dynamik und das wirtschaftliche Wachstum entstehen, die die materielle Grundlage für soziale Leistungen schaffen und den Staatshaushalt entlasten. Je besser die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes ist, umso leichter fällt es jedem Einzelnen, durch eigene Leistung und Anstrengung seinen Wohlstand zu mehren. Darüber hinaus schafft wirtschaftlicher Aufschwung auch bessere Möglichkeiten der sozialpolitischen Absicherungen für diejenigen, die staatliche Hilfe benötigen.

Nordrhein-Westfalen ist ein Land der Arbeit

Nordrhein-Westfalen ist ein Land, in dem ehrliche Arbeit etwas zählt. Die Menschen im Land sind bodenständig, sie wollen und können anpacken, sie wollen und können etwas bewegen und sie scheuen sich nicht vor Arbeit und Anstrengung. Wir in Nordrhein-Westfalen wissen, dass sich Arbeit und Leistung lohnen. Und uns ist zugleich bewusst, dass nur verteilt werden kann, was zuvor erwirtschaftet wurde.

Nordrhein-Westfalens Wirtschaft gründet sich auf eine über Jahrhunderte gewachsene Tradition des Handwerks, des Handels, der Industrie und des Mittelstands sowie der Land- und Forstwirtschaft. Diese vielfältige Struktur zusammen mit den gut ausgebildeten Facharbeitern, den hochqualifizierten Ingenieuren und Wissenschaftlern sowie den motivierten und weitsichtigen Gründern und Unternehmern stellen die Grundlage des wirtschaftlichen Erfolgs Nordrhein-Westfalens dar.

Wir wollen, dass Nordrhein-Westfalen Industrieland bleibt

Weil Nordrhein-Westfalen Industrieland ist, geht es uns besser als vielen anderen Regionen in Europa und in der Welt. Über viele Jahrzehnte hinweg war Nordrhein-Westfalen die Herzkammer der deutschen Industrie und auch heute noch ist es das industriell bedeutendste Bundesland. Die CDU Nordrhein-Westfalen weiß um die Bedeutung der Industrie für unser Land, die noch immer für fast 30 Prozent der Bruttowertschöpfung steht und hunderttausende Arbeitsplätze sichert. Gerade in den ökonomischen Krisen der vergangenen Jahrzehnte hat es sich bewährt, dass Nordrhein-Westfalen weiterhin auf industrielle Wertschöpfung gesetzt hat und es nicht zu einseitigen Verschiebungen auf den Dienstleistungssektor gekommen ist. Aus diesem Grund strebt die CDU Nordrhein-Westfalen danach, die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie zu stärken. Damit dies gelingen kann, müssen wir die Dynamik und die Entfaltungsmöglichkeiten der nordrhein-westfälischen Unternehmen fördern, denn hierin liegt der Schlüssel für unternehmerisches Handeln und wirtschaftliche Entwicklung. Wir setzen uns dafür ein, dass dies so bleibt und Nordrhein-Westfalen als Industrieland eine Zukunft hat.

Im Vergleich zu den anderen sieben Flächenländern der alten Bundesrepublik hat Nordrhein-Westfalen in den vergangenen drei Jahrzehnten jedoch an Wettbewerbsfähigkeit verloren. Die Produktivität unserer Wirtschaft hat im Verhältnis zu anderen Bundesländern abgenommen. Diesen Negativtrend will die CDU Nordrhein-Westfalen beenden. Wir wollen stattdessen die Kräfte der nordrhein-westfälischen Wirtschaft freisetzen, Raum für unternehmerisches Handeln schaffen und eine dynamische wirtschaftliche Entwicklung fördern. Nur so kann das Land zu den erfolgreicheren Bundesländern aufschließen.

Wir wollen eine zukunftsorientiere Wirtschaftspolitik

Nordrhein-Westfalen wurde in den vergangenen zwei Jahrhunderten maßgeblich durch seine Industrie geprägt. Auch heute noch gehört die von Kohleförderung, Stahlerzeugung und Metallverarbeitung geprägte Industriekultur zum Identitätskern unseres Landes. Doch auch der Strukturwandel, den Nordrhein-Westfalen in den zurückliegenden Jahrzehnten durchlebte, hat tiefe Spuren hinterlassen. Dieser Strukturwandel darf jedoch nicht weiterhin als Ausrede für eine fehlende oder realitätsferne Wirtschaftspolitik herangezogen werden. Statt die strukturellen Veränderungen zu beklagen, gilt es, die Veränderungen und Herausforderungen als Chance zu begreifen und eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik zu betreiben. Die CDU Nordrhein-Westfalen setzt sich deshalb vor allem für eine stärkere Förderung der kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie für eine Aktivierung des Gründergeistes ein, der bereits einmal maßgeblich zum wirtschaftlichen Aufstiegs unseres Landes geführt hat.

Wir wollen und brauchen einen starken Mittelstand

Nordrhein-Westfalen verfügt auch über einen ausgeprägten und innovativen Mittelstand. Es sind gerade die mittelständischen, oftmals eigentümer- oder familiengeführten Unternehmen, die den wirtschaftlichen Motor Nordrhein-Westfalens darstellen. Sie schaffen den Großteil der Ausbildungs- und Arbeitsplätze, sie stehen für Qualität und Flexibilität und sie widerstehen den konjunkturellen Schwankungen. Die CDU Nordrhein-Westfalen setzt sich dafür ein, dass die mittelständischen Unternehmerinnen und Unternehmer im Land zukünftig bessere Rahmenbedingungen vorfinden, als es derzeit der Fall ist. Gerade kleine und mittelständische Unternehmen leiden überproportional unter den zunehmenden bürokratischen Auflagen, Aufsichts- und Kontrollanforderungen. Dem stellen wir uns entgegen. Unser Ziel ist es, die Wertschöpfungsketten im Land enger zu knüpfen und gerade auch die kleinen und mittleren Unternehmen besser mit den Hochschulen und Forschungseinrichtungen im Land zu verzahnen, um unternehmerische Innovationskraft zu stärken.

Unser Handwerk hat Tradition und Zukunft

Das nordrhein-westfälische Handwerk ist und bleibt von herausragender Bedeutung. Es ist vielfältig, innovativ und setzt auf hohe Qualität. Im Handwerk werden die Ideale der Sozialen Marktwirtschaft in besonderer Weise gelebt, hier zählen Freiheit und Verantwortung, Leistung und Solidarität. Gerade in Zeiten des konjunkturellen Abschwungs oder der wirtschaftlichen Krise sind es die Handwerksunternehmer, die bis zuletzt nach Möglichkeiten suchen, ihre Mitarbeiter zu halten. Gleichzeitig geht die Leistungsbereitschaft der Mitarbeiter in solchen Situationen über das Normalmaß hinaus und sie sind bereit, durch Einsatz und Leistung die Zukunft ihres Unternehmens und damit eine langfristige Perspektive zu ermöglichen. Handwerksunternehmen sind in der Regel klein oder mittelständisch, sie sind vor Ort gut vernetzt, sie sind nah am Kunden und setzen auf hohe Qualität. Hierdurch sind sie anpassungsfähig und können schnell und flexibel reagieren.

Das Handwerk übernimmt in Nordrhein-Westfalen eine große Verantwortung, in dem es jedes Jahr zehntausende Ausbildungsplätze schafft und dadurch jungen Menschen eine Perspektive bietet. Das Handwerk ist der Stützpfeiler der dualen Ausbildung und sichert so die Fortführung dieses Erfolgsmodells. Die CDU Nordrhein-Westfalen begrüßt und unterstützt dies nachdrücklich, denn nur so kann die Tradition des Handwerks gesichert, können Beschäftigung und Wohlstand aufrechterhalten werden. Deswegen setzen wir uns weiterhin für ein leistungsstarkes und wettbewerbsfähiges Handwerk in Nordrhein-Westfalen ein.

Zur dualen Ausbildung gehört der Meisterbrief. Wir wenden uns gegen jeden weiteren Versuch, das Meisterprivileg einzuschränken.

Wir wollen den Gründergeist in unserem Land fördern und stärken

Die CDU Nordrhein-Westfalen weiß, dass jeder ökonomische Erfolg auf dem Fleiß und Leistungswillen, dem Ideenreichtum und der Risiko- und Verantwortungsbereitschaft von Unternehmerinnen und Unternehmern beruht. Wir fördern daher den Mut zur Selbständigkeit und zur unternehmerischen Existenzgründung. Unser Ziel ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, die dazu einladen, sich selbständig zu machen und ein Unternehmen zu gründen. Wir wollen, dass sich vermehrt auch Frauen für einen solchen Schritt entscheiden. Gleiches gilt für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Deshalb werden wir diese Aktivitäten gezielt fördern. Grundsätzlich muss gelten, dass wer selbst ein unternehmerisches Risiko trägt und dabei erfolgreich wirtschaftet, nicht übermäßig belastet werden darf. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass der Generationenwechsel in eigentümer- oder familiengeführten Unternehmen den Fortbestand des Unternehmens sichert.

Eine starke Wirtschaft 4.0 ist die Zukunft unseres Landes

Der digitale Wandel verändert die gesamte Wertschöpfungskette und macht vor keiner Branche halt. Wir nennen dies „Wirtschaft 4.0“. Die gesamte deutsche Volkswirtschaft ist von dem Digitalisierungsthema betroffen, hierin eingebunden ist an erster Stelle die Industrie, aber auch das produzierende Gewerbe, Handel und Handwerk, Freie Berufe und Kreativwirtschaft, Gesundheitswirtschaft, Hotellerie und Gastronomie sowie sonstige Dienstleistungsbereiche. Ob in Produktion, Vertrieb oder Logistik, ob in der Energiewirtschaft, der Bankenbranche, Kleinunternehmen und Großkonzernen über kurz oder lang muss sich jede Branche mit den Auswirkungen auf das eigene Geschäftsmodell beschäftigen. Durch das „Internet der Dinge“ entsteht eine intelligente Vernetzung von Produktionsanlagen, Betrieben und Wertschöpfungsketten. Die Produktion wird dadurch individualisiert, der Ressourcenverbrauch reduziert und die Produktivität gesteigert. Wir wollen, dass unsere Industrie und die gesamte mittelständische Wirtschaft mit dieser Entwicklung Schritt hält und werden alle Anstrengungen unternehmen, sie auf dem Weg der Digitalisierung zu unterstützen. Dazu gehört neben einem zeitnahen flächendeckenden Breitbandausbau vor allem auch eine enge Verzahnung von Industrie, Wissenschaft und Bildung. Unser Ziel ist, dass Nordrhein-Westfalen zu einem Vorreiter der Wirtschaft 4.0 wird. Es ist Aufgabe der Politik, die Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Wir wollen eine Wirtschaftspolitik für mehr Wachstum und Entwicklung

Die CDU Nordrhein-Westfalen steht für eine vorausschauende, langfristige und verlässliche Wirtschafts-, Mittelstands- und Industriepolitik. Unser Land braucht einen Kulturwandel weg von immer neuen Auflagen, bürokratischen Hemmnissen und Kontrollen hin zur Stärkung von Eigeninitiative und Innovation. Unsere Förderpolitik setzt daher auf die Schaffung einer selbsttragenden Wirtschaftsstruktur. Wir wollen eine Flächenentwicklung, die den Verbrauch an Flächen reduziert,

gleichzeitig jedoch Entwicklungsmöglichkeiten für unsere Unternehmen erhält. Die CDU steht für eine Raumplanung, die für Unternehmen im Land Entwicklungsperspektiven schafft und die die kommunale Selbstverwaltung und Planungshoheit stärkt. Wir werden, ganz im Sinne der Subsidiarität, die Kommunen in ihren Kompetenzen stärken, denn wir sind davon überzeugt, dass die Menschen vor Ort besser wissen, was gut für sie ist.

2. Handel und Dienstleistungen

Wir wollen den Handelsplatz Nordrhein-Westfalen stärken

Nordrhein-Westfalen ist ein wichtiger Handelsplatz, sowohl für den Einzel- als auch für den Groß- und Außenhandel. In Zeiten von Globalisierung und Digitalisierung nehmen die internationalen Warenströme weiter zu. Nordrhein-Westfalen ist bereits heute ein starker Knotenpunkt im globalen Netz der Warenströme. Export und Import sind eine tragende ökonomische Säule unseres Bundeslandes und sichern die Existenz zahlreicher großer und auch mittelständischer Unternehmen. Damit Nordrhein-Westfalen auch in Zukunft ein starker und attraktiver Handels- und Logistikstandort bleibt, brauchen wir verlässliche und fördernde Rahmenbedingungen. Dazu zählt neben einer verlässlichen verkehrlichen Infrastruktur insbesondere eine koordinierte und an qualitativen Kriterien orientierte Flächenpolitik. Dem vorhandenen Nachfragestau an ausgewiesenen Gewerbeflächen muss u. a. durch die Reaktivierung von Brachflächen entschieden entgegen getreten werden.

Nordrhein-Westfalen braucht einen starken Einzelhandel

Der nordrhein-westfälische Einzelhandel steht vor tiefgreifenden Umbrüchen. So verändert etwa die zunehmende Digitalisierung das Kaufverhalten der Bürger. Der Onlinehandel erobert in Deutschland einen immer größer werdenden Marktanteil und setzt damit den klassischen, stationären Einzelhandel unter Druck. Auch großflächiger Einzelhandel auf der „Grünen Wiese“ beeinträchtigt den innerstädtischen Einzelhandel in steigendem Maße. Betriebsaufgaben und leerstehende Ladenlokale vor allem in den Randlagen der Innenstädte oder in Mittel- und Unterzentren sind sichtbare Folge dieses Wandels. Die CDU Nordrhein-Westfalen setzt sich für eine Stärkung des Einzelhandels ein. Neben dem Erhalt von Arbeitsplätzen ist für uns vor dem Hintergrund des demografischen Wandels auch der Erhalt funktionierender Nahversorgungsstrukturen ein wichtiges Ziel der Landespolitik.

Die Flexibilisierung der Öffnungszeiten hat den Veränderungen im Einzelhandel Rechnung getragen und die Wettbewerbsfähigkeit des stationären Einzelhandels gestärkt. Weiteren Spielraum zur Flexibilisierung der Öffnungszeiten sehen wir nicht. Der Schutz der Sonn- und Feiertage ist und bleibt für uns ein wichtiges Anliegen, das nicht zur Disposition steht.

Wir wollen lebendige Innenstädte

Die CDU Nordrhein-Westfalen setzt sich für eine Beschränkung des großflächigen Einzelhandels auf der „Grünen Wiese“ ein, um einer weiteren Schwächung von zentralen Versorgungsbereichen entgegen zu wirken. Der Innenentwicklung muss Vorrang vor der Außenentwicklung gegeben werden.

Politik für den Einzelhandel und seine Kunden muss auch immer Stadtentwicklungspolitik sein. Die Förderung von Wohnen und Leben in unseren Städten muss Bestandteil einer nachhaltigen Politik sein, ebenso wie die Schaffung und der Erhalt von Infrastruktur für ÖPNV und Individualverkehr, um die Erreichbarkeit in unseren Städten und im ländlichen Bereich zu gewährleisten. Gerade auch der

Onlinehandel und die dadurch entstandene Nachfrage nach logistischen Dienstleistungen, werden unsere Kommunen vor immense Herausforderungen in diesem Bereich stellen. Wir stehen deshalb innovativen Ideen offen gegenüber, um mithilfe technologischer Fortschritte der verkehrlichen Belastung zu begegnen.

Wir wollen die Digitalisierung als Chance für den Handel stärker nutzen

Die CDU Nordrhein-Westfalen setzt sich für eine stärkere Nutzung digitaler Techniken durch den stationären Einzelhandel ein. Onlinehandel als zweites Standbein kann die Kundenbasis verbreitern, digitale Vernetzung die Wettbewerbsfähigkeit von Einzelhändlern erhöhen. Digitalisierung ermöglicht zudem Effizienzgewinne bei der Lagerlogistik. Hierfür müssen die notwendigen Rahmenbedingungen durch einen verstärkten Ausbau der Breitbandinfrastruktur geschaffen werden.

Wir wollen klare Rahmenbedingungen im internationalen Handel

Freier Handel und freie Direktinvestitionen schaffen Wachstum und Wohlstand. Protektionismus und nationale Kleinstaaterei hingegen schaden langfristig jeder Volkswirtschaft, sie gefährden Arbeitsplätze und wirtschaftliche Entwicklung. Die CDU Nordrhein-Westfalen setzt sich deshalb für einen freien internationalen Handel unter klaren und fairen Rahmenbedingungen ein. Der Europäische Binnenmarkt ist für Nordrhein-Westfalen nach wie vor ein großer Erfolg. Daher begrüßen wir Freihandels- und Investitionsabkommen, die unserer Wirtschaft neue Märkte eröffnen und für Wirtschaftswachstum sorgen. Dabei muss sichergestellt werden, dass diese Abkommen unsere hohen Standards bei Qualität und Sicherheit erfüllen. Die CDU Nordrhein-Westfalen will unsere heimische Wirtschaft im internationalen Wettbewerb stärken. Die export- und importorientierten Unternehmen in unserem Land dürfen nicht durch überbordende Regulierung gehemmt werden.

Freie Berufe sind wichtiger Wirtschaftsfaktor

Die Freien Berufe tragen zur Entwicklung und Sicherung unseres Gemeinwesens bei und versorgen die Bevölkerung mit notwendigen Dienstleistungen. So stellen beispielsweise Angehörige der Heilberufe, wie Apotheker, Ärzte, Heilpraktiker und Psychologen die gesundheitliche Versorgung sicher. Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure sichern die Rechte an Grund und Boden durch exakte Vermessung. Ingenieure und Architekten nehmen ihre Verantwortung für die Sicherheit und Ästhetik der Gebäude, der Infrastruktur und der Landschaft wahr. Als unabhängige Organe der Rechtspflege dienen Anwälte und Notare dem Rechtsfrieden. Steuerberater und Wirtschaftsprüfer sorgen dafür, dass Bürger, Unternehmer und Staat ein geordnetes finanzielles Miteinander pflegen. Weitere unternehmensbezogene Dienstleistungen wie z. B. Unternehmensberater, Designer, Trainer, Texter, Programmierer und andere erbringen wertvolle Leitungen und schaffen volkswirtschaftlichen Wohlstand. Die CDU Nordrhein-Westfalen will die Freien Berufe weiter stärken und dazu beitragen, dass der Weg in die Selbstständigkeit attraktiver wird.

Vielfalt des Banken- und Versicherungsstandorts stärken

Im Vergleich zu anderen Bundesländern weist Nordrhein-Westfalen eine eher dezentrale Wirtschaftsstruktur mit einer Vielzahl von leistungsfähigen Regionen auf. Die Struktur der Kreditwirtschaft spiegelt diese Verteilung wider. Die CDU Nordrhein-Westfalen will diese Vielfalt erhalten und stärken. Besonders den Sparkassen und Genossenschaftsbanken kommt eine zentrale Bedeutung in unserem Land zu. Sie gewährleisten eine flächendeckende Versorgung mit Finanzdienstleistungen für alle Bevölkerungsschichten und unterstützen unseren Mittelstand durch Kreditvergabe.

Nordrhein-Westfalen ist auch der größte Versicherungsstandort in Deutschland gemessen an der Zahl der ansässigen Unternehmen und der Beschäftigten. Durch die zahlreichen und weitreichenden Verflechtungen in den Regionen leistet die Versicherungswirtschaft einen bedeutenden Beitrag zur erfolgreichen Gestaltung des Strukturwandels in Nordrhein-Westfalen. Sie schafft Wachstum und Beschäftigung vor Ort.

Nordrhein-Westfalen braucht starke Banken und Versicherungen

Um Impulse für mehr Wachstum zu setzen, haben die NRW.BANK, Banken und Versicherungen für Industrie, Mittelstand und Verbraucher eine wichtige Funktion: bei der Vergabe von Krediten, aber auch als Investoren. Wir wollen die Rahmenbedingungen für Banken und Versicherungen am Standort Nordrhein-Westfalen verbessern. Dazu gehört die Begleitung neuer Marktsegmente der Finanzwirtschaft, kurze Wege zwischen Unternehmen und Politik sowie eine bessere Vernetzung. Außerdem wollen wir zu einer besseren Außendarstellung des Finanzplatzes Nordrhein-Westfalen beitragen.

Gerade bei Fragen der langfristigen Unternehmensfinanzierung ist die Zusammenarbeit zwischen Bankensektor und Versicherungswirtschafts zu intensivieren. Hier muss die Politik die Rahmenbedingungen verbessern. Auch bei der Finanzierung von Infrastrukturprojekten zum Beispiel durch Öffentliche-Private-Partnerschaften kann durch eine Partnerschaft mit Bankensektor und Versicherungswirtschaft nur bei Beachtung strenger Qualitätsstandards ein deutlicher Mehrwert erzielt werden. Öffentlich-Private-Partnerschaften sind so auszugestalten, dass die Interessen kleiner und mittelständischer Unternehmen gewahrt sind. Verdeckte Formen der Kommunalverschuldung sind zu unterbinden.

Nordrhein-Westfalen ist auch der Sitz der größten Förderbank eines Landes. Die NRW.BANK unterstützt das Land bei seinen struktur- und wirtschaftspolitischen Aufgaben. Die CDU Nordrhein-Westfalen wird die NRW.BANK in ihrer wichtigen Funktion als Landesstrukturbank für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen stärken und mit ihr Wachstumsimpulse im Land auslösen.

3. Moderne Infrastruktur und internationale Wettbewerbsfähigkeit

Die Infrastrukturen sind die Lebensadern unseres Landes

Für den Wirtschafts- und Industriestandort Nordrhein-Westfalen stellen die Infrastrukturen die zentralen Lebensadern dar. Der Austausch von Waren, Daten und Dienstleistungen sowie die Mobilität der Menschen bilden die Grundlage für unseren Wirtschaftsstandort. Die CDU Nordrhein-Westfalen weiß um die zentrale Bedeutung einer intakten Infrastruktur für unser Land. Sie ist ein grundlegendes Instrument zur Entfaltung unserer Freiheit und Bewahrung unseres Wohlstandes. Wir wollen, dass der Staat seine Straßen, Bauten und andere Infrastruktureinrichtungen pflegt und instand hält, um das öffentliche Eigentum von heute an künftige Generationen in gutem Zustand weitergeben zu können.

Wir wollen Nordrhein-Westfalen als Drehkreuz im Herzen Europas stärken

Nordrhein-Westfalen ist das Drehkreuz im Herzen Europas. Wichtige Handelswege und Verkehrsachsen zwischen Nord- und Südeuropa genauso wie zwischen West und Ost kreuzen sich bei uns. Unser Land ist ein Knotenpunkt des transeuropäischen Verkehrsnetzes. Die CDU Nordrhein-West-

falen strebt an, das Land als Umschlagplatz internationaler Warenströme auszubauen und zu stärken. Dazu bedarf es in erster Linie einer gut ausgebauten und intakten Verkehrsinfrastruktur. Diese Maxime gilt für alle Verkehrsträger gleichermaßen. Wir treten für eine zukunftsfähige Verkehrspolitik ein, die die unterschiedlichen Verkehrsträger nicht gegeneinander ausspielt. Straße, Schiene, Flughäfen und Wasserwege bilden ein gemeinsames Infrastrukturnetz. Sie effizient miteinander zu verknüpfen ist unser politisches Ziel.

Angesichts der Prognosen, die eine starke Zunahme des Personen- und Güterverkehrs voraussagen, muss die Leistungsfähigkeit unserer Verkehrsinfrastruktur dringend gesichert und ausgebaut werden.

Unser Ziel ist, die Verkehrsbelastungen für Mensch und Umwelt zu reduzieren

Verkehr verursacht Belastungen wie Lärm, Abgase und Verschmutzungen. Wenn aber Infrastruktur ein Instrument zur Ermöglichung unserer Freiheit ist und zur Bewahrung unseres Wohlstandes beiträgt, dann müssen wir bereit sein, auch die damit verbundenen zumutbaren Belastungen zu tragen. Für diese notwendige Akzeptanz wollen und müssen wir werben. Einschränkungen und Belastungen sollen so gering gehalten und so fair verteilt werden wie möglich. Wir setzen uns deshalb für eine weitest gehende Verringerung der Belastungen ein. Wir benötigen mehr Lärmschutz, noch bessere Maßnahmen gegen Emissionen und weniger Störungen im Verkehrsnetz.

Wir wollen ein leistungsfähiges Straßennetz

Im Straßenverkehr wollen wir wichtige Lücken im überregionalen Straßennetz unseres Landes schließen, die besonders beanspruchten Bundesfernstraßen ausbauen und belastete Ortslagen vom Durchgangsverkehr wirkungsvoll entlasten.

Die Leistungsfähigkeit unserer Straßenverkehrsinfrastruktur wird durch die zahlreichen sanierungsbedürftigen Brückenbauwerke begrenzt. Aufgrund des starken Wachstums des Schwerlastverkehrs in den vergangenen Jahrzehnten haben die Belastungen stark zugenommen, so dass viele dieser Bauwerke ihre Leistungsgrenze erreicht haben. Die Sanierung bzw. der Neubau dieser Brücken hat für uns Priorität.

Unser Ziel ist, dass in Zukunft Infrastrukturmittel verstärkt in jene Regionen fließen, in denen der Bedarf am höchsten ist. Wir wollen eine konsequente Ausrichtung der Förderung nach Bedarf und Wirtschaftlichkeit und nicht nach Himmelsrichtung. Ebenso ist es unser Ziel, dass die angebotenen Investitionsmittel des Bundes in Nordrhein-Westfalen vollständig abgerufen und investiert werden. Daher muss stets eine ausreichende Planungsreserve baurechtsfähiger Maßnahmen vorliegen, damit alle zur Verfügung stehenden Finanzmittel auch in die Infrastruktur unserer Landes fließen können und wir sogar in der Lage sind, zusätzlich zufließende Mittel für die Menschen in unserem Land zu nutzen. Wir treten zudem für schlanke und effiziente Strukturen in der Straßenbauverwaltung des Landes ein.

Wir wollen den Verkehrsträger Schiene stärken

In keinem anderen Bundesland ist das Schienennetz so dicht ausgebaut wie in Nordrhein-Westfalen. Nirgendwo sonst nutzen mehr Menschen täglich die Bahn, um zur Arbeit zu gelangen wie in den Ballungsräumen an Rhein und Ruhr. Auch für unsere Industrie ist das Schienennetz ein wichtiger Transportweg zur Beschaffung von Rohstoffen und zum Absatz von Gütern. Wir Christdemokraten in Nordrhein-Westfalen wollen den Bahnverkehr in unserem Land stärken und fordern daher nachhaltige Investitionen in die Schieneninfrastruktur. Zentrale Projekte der kommenden Jahrzehnte sind der dreigleisige Ausbau der Betuwe-Linie, der Bau des Rhein-Ruhr-Expresses (RRX), der Ausbau des Bahnknotens Köln sowie der zweigleisige Ausbau der Strecke Münster-Lünen. Auch der weitere Ausbau und die Sanierung der Bahnhöfe ist ein vordringliches Ziel unserer Verkehrspolitik. Die Bahnhöfe müssen barrierefrei zugänglich sein und man muss sich dort sicher fühlen. Dies ist elementar für die Attraktivität des Bahnverkehrs. Die Verbesserung der Sicherheit und des Lärmschutzes entlang der Schienenwege in Nordrhein-Westfalen sind für uns zentrale Anliegen.

Ein starker Wirtschaftsstandort braucht leistungsfähige Flughäfen

Es gibt weltweit keine wichtige Wirtschaftsregion ohne leistungsfähige Flughäfen. Die Flughäfen in Nordrhein-Westfalen sind daher bedeutende Wirtschafts- und Arbeitsplatzfaktoren sowie wichtige Luft-Drehkreuze. Wir müssen die Wettbewerbsfähigkeit und die Attraktivität unserer Flughäfen dauerhaft erhalten und verbessern. Im Gegenzug erwarten wir von den Flughafenbetreibern Transparenz und Offenheit sowie weitere Verbesserungen zum Lärmschutz und die Einführung lärmabhängiger Entgelte.

Wir wollen unsere Wasserwege stärker nutzen

Unsere schiffbaren Flüsse und Kanäle sind weitere wichtige Verkehrswege in unserem Land. Mit dem stetig wachsenden Güterverkehr wird ihre Bedeutung weiter zunehmen. Wir Christdemokraten treten dafür ein, dass die Binnenschifffahrt gestärkt wird und an Attraktivität gewinnt. Sie birgt große Potenziale zur Entlastung von Straße und Schiene und reduziert die Belastungen für Mensch und Natur. Es ist unser Ziel, die Wasserwege und die dazugehörige Infrastruktur wie etwa Schleusen und Häfen den sich wandelnden Erfordernissen bedürfnisgerecht anzupassen. Eine besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang der verkehrsreichsten europäischen Binnenwasserstraße, dem Rhein, sowie dem größten Binnenhafen, dem Duisburger Hafen, zu. Bei allen Maßnahmen sind die Auswirkungen auf Umwelt und Natur zu berücksichtigen.

Wir wollen den flächendeckenden Breitbandausbau

In Zeiten der zunehmenden Digitalisierung aller Lebens- und Wirtschaftsbereiche wächst die Bedeutung der digitalen Infrastruktur. Für die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen ist es von existenzieller Bedeutung, dass die digitale Infrastruktur weiter ausgebaut und verbessert wird. Besonders der ländliche Raum als Standort vieler neuer Industriearbeitsplätze ist auf einen zügigen Anschluss an das Breitbandnetz angewiesen. Die CDU Nordrhein-Westfalen strebt daher den flächendeckenden Ausbau eines hochleistungsfähigen und zukünftigen Anforderungen standhaltenden Breitbandnetzes an. Kommunen müssen in ihren Ausbaubemühungen gestärkt werden. Dort wo es marktwirtschaftlich nicht rentabel ist, muss das Land Anreize für den Ausbau des Breitbandnetzes schaffen.

Digitalisierung als Chance begreifen und Potenziale nutzen

Durch das Internet, die globale Vernetzung und den daraus folgenden technologischen Megatrend der Digitalisierung entstehen neue Chancen und Möglichkeiten. Neue Chancen für Wachstum und Beschäftigung, für die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie und für die Gründungskultur und damit die nachhaltige Wertschöpfung in unserem Land. Durch Digitale Bildung entstehen Zukunftschancen für die gesamte Gesellschaft, insbesondere für Kinder und Jugendliche. Neue Arbeitsmodelle eröffnen Perspektiven für alle Lebensbereiche und -situationen. Breitbandaus-

bau in der Fläche ermöglicht zudem Teilhabe und Chancengerechtigkeit. Intelligente Netze leisten ihren Beitrag zur Energiewende.

Die Digitalisierung bewirkt einen Technologiesprung, der für viele heutige Geschäftsmodelle und Wirtschaftsbereiche tiefgreifende Anpassungserfordernisse mit sich bringen wird. Das Potential dieses Wandels wollen wir als bürgerliche Volkspartei nach unseren Grundsätzen, Werten und Überzeugungen mitgestalten. Die CDU Nordrhein-Westfalen ist überzeugt, dass es keinen Gegensatz zwischen der realen und der virtuellen Welt gibt. Hieraus folgt aber auch, dass unsere Werteordnung ohne Abstriche auch im Kontext des Netzes und der Digitalisierung gelten. Dabei muss unsere Rechtsordnung der Digitalisierung Rechnung tragen und den heutigen Anforderungen angepasst werden. Uns ist bewusst, dass dies vor allem europäisch und international gelöst werden muss.

Gleichzeitig setzten wir uns aber auch dafür ein, die Potentiale der Digitalisierung für individuellen und wirtschaftlichen Wohlstand voll zu entfalten. Zu den Fähigkeiten gehört beispielsweise die Möglichkeit der grenzüberschreitenden Kommunikation in Echtzeit oder die Vernetzung der industriellen Produktionsabläufe (Industrie 4.0). Hieraus ergeben sich beschleunigte Innovationszyklen, die unserem Land Wettbewerbsfähigkeit in der globalen Wirtschaft ermöglichen und zeitgleich den Beschäftigten zu Gute kommt. Unser Ziel ist daher, die Rahmenbedingungen der Digitalisierung so auszugestalten, dass die Ausschöpfung von Chancen und Potentialen nicht durch überzogene Regulierung verhindert wird.

Der richtige Ausgleich zwischen dem Schutz unserer Werteordnung und der Entfaltung von Innovationskraft ist die neue Soziale Frage unserer Zeit und Ziel unserer Politik.

III. Handlungsfähigkeit und Finanzkraft Nordrhein-Westfalens

1. Landesfinanzen

Solide Finanzen sind Voraussetzung für die Handlungsfähigkeit des Landes

In Nordrhein-Westfalen stehen wir seit den 1970er Jahren vor schwierigen, stets wachsenden finanzpolitischen Herausforderungen. Über Jahrzehnte hinweg hat Nordrhein-Westfalen die Grenze seiner finanziellen Leistungsfähigkeit kontinuierlich überschritten. Es ist versäumt worden, die strukturellen Probleme des Landes zu lösen, seine Wirtschaftskraft zu stärken und den Landeshaushalt nachhaltig zu konsolidieren. Nordrhein-Westfalen ist unter den großen Flächenländern das Land mit dem absolut gesehen höchsten Schuldenstand. Die Handlungsspielräume werden von Jahr zu Jahr kleiner.

Um die grundgesetzliche Schuldenbremse einhalten zu können, sind enorme Anstrengungen von Nöten. Vom Jahr 2020 an sind die Haushalte der Länder ohne neue Schulden aufzustellen. Die grundgesetzlich verankerte Schuldenbremse konkretisiert das Prinzip der finanziellen Nachhaltigkeit. Ziel ist es, dass Bund und Länder die wahrzunehmenden Aufgaben ohne neue Schulden finanzieren. Die schon bestehende hohe Staatsverschuldung und immer neue Schulden rauben den nachfolgenden Generationen Zukunftschancen. Die Schulden von heute beeinträchtigen die öffentliche Finanzlage von morgen und reduzieren damit die Gestaltungsspielräume und Entwicklungschancen unserer Kinder und Enkelkinder, denn ein immer größerer Teil der Steuereinnahmen wird so durch steigende Zinsausgaben gebunden und steht nicht für Zukunftsinvestitionen zur Verfügung. Die Vermeidung neuer Verschuldung hat insofern nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine moralische Dimension. Gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der impliziten Staatsverschuldung aufgrund der in den nächsten Jahren stark steigenden Versorgungslasten kommt der finanziellen Nachhaltigkeit unter dem Aspekt der Generationengerechtigkeit eine herausragende Bedeutung zu. Diese absehbare Entwicklung stellt eine große Herausforderung für unsere Gesellschaft und die nächste Generation dar und wird auch die Staatsfinanzen vor erhebliche Probleme stellen. Die CDU Nordrhein-Westfalen steht dafür, diese Herausforderung konsequent anzugehen.

Ein ausgeglichener Haushalt hat für uns höchste Priorität

Für die CDU Nordrhein-Westfalen hat deshalb eine solide Haushalts- und Finanzpolitik in unserem Land höchste Priorität. Unsere Finanzpolitik orientiert sich strikt am Prinzip der Nachhaltigkeit. Wir machen uns dafür stark, dass alle Ausgaben und Aufgaben kritisch begutachtet und auf ihre Wirksamkeit und Notwendigkeit hin bewertet werden. Ausgaben und Maßnahmen, die ihren Zweck nicht erfüllen oder überflüssig sind, müssen ersatzlos gestrichen werden. Der Landeshaushalt insgesamt ist mit Weitsicht aufzustellen und an seinen zukünftigen tatsächlichen Möglichkeiten auszurichten.

Die Haushaltspolitik des Landes muss sich an den Prinzipien eines ehrbaren Kaufmanns orientieren. Das bedeutet, dass dem Landeshaushalt die Grundsätze von Wahrheit, Klarheit und Vollständigkeit zugrunde liegen müssen. Dabei sind Einnahmen vorsichtig und Ausgaben realistisch anzusetzen. In Zeiten des konjunkturellen Aufschwungs sind Rücklagen zu bilden, die ein Gegensteuern in Phasen des Abschwungs ermöglichen, ohne dass hierfür neue Schulden aufgenommen werden müssen.

Starke Kommunen brauchen solide Finanzausstattung

Die Sanierung der öffentlichen Haushalte darf nicht auf Kosten der Städte und Gemeinden vorangetrieben werden. Die CDU Nordrhein-Westfalen steht vielmehr für die kommunale Selbstverwaltung und eine Stärkung der Kommunen ein. Deshalb sorgen wir für eine solide kommunale Finanzausstattung. Dies ist nicht nur Grundlage der kommunalen Selbstverwaltung, sondern auch ein demokratisches Gebot, denn nur mit einer ausreichenden finanziellen Ausstattung haben die ehrenamtlichen kommunalen Mandatsträger politische Gestaltungsmöglichkeiten. Solide kommunale Finanzen stärken somit das kommunale Ehrenamt und damit unsere Gesellschaft und Demokratie.

Aber auch die Kommunen stehen in der Verantwortung, eine nachhaltige Finanzpolitik zu betreiben und zu ausgeglichenen Haushalten zurückzukehren und Finanzmittel effektiv einzusetzen.

Fünf Grundsätze unserer Finanz- und Haushaltspolitik

Bei der Umsetzung des notwendigen Konsolidierungsprozesses leiten uns folgende fünf Grundsätze:

- Wirtschaftliches Wachstum erhöht nachhaltig und deutlich die Staatseinnahmen. Je stärker unsere Wirtschaft wächst, desto leichter fällt auch die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Hierzu bedarf es allerdings der Lösung bisher bestehender bürokratischer Wachstumsbremsen und der Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen für Gründungen, Investitionen sowie Forschung und Entwicklung in Nordrhein-Westfalen.
- Haushaltskonsolidierung muss auch auf der Ausgabenseite ansetzen. Deshalb hat eine wirksame Haushaltskonsolidierung neben der Steigerung der Einnahmen durch wirtschaftliches Wachstum vor allem bei der Begrenzung des Ausgabenanstieges anzusetzen. Um die Schuldenbremse einzuhalten, muss der Ausgabenzuwachs unter dem Einnahmenzuwachs liegen. Ein großer Teil künftiger Steuermehreinnahmen muss zur Rückführung der Nettoneuverschuldung und anschließend zur Schuldentilgung eingesetzt werden.
- Haushaltskonsolidierung in diesem Sinne erfordert die Konzentration auf vorrangige Politikfelder. Bei Mehrausgaben in den politischen Schwerpunktbereichen Bildung und Innovation ist strikt darauf zu achten, dass ihre Finanzierung durch Entlastungen an anderer Stelle dauerhaft gesichert ist. Neue Aufgaben und Ausgaben können nur übernommen werden, wenn entsprechende Entlastungen an anderer Stelle erfolgen. Aufgabenkritik und Strukturveränderungen sind hierfür eine zwingende Voraussetzung.
- Zusätzlich wollen wir die sogenannte demografische Rendite zur Einhaltung der Schuldenbremse nutzen. Sollte es aufgrund sinkender Einwohnerzahlen zu Minderausgaben kommen, müssen diese für die Haushaltskonsolidierung eingesetzt werden. Dies bedeutet keine Verschlechterung der staatlichen Leistungen, da die Pro-Kopf-Ausgaben gleich bleiben.
- Schließlich sind strukturelle Reformen voranzutreiben. Diese müssen dafür genutzt werden, die innere Dynamik des Landeshaushaushalts bei einigen Ausgabepositionen, etwa den Zinsausgaben und den Versorgungsausgaben für Beamtinnen und Beamte, an anderer Stelle zu kompensieren. Ziel ist es, die Wirtschaftlichkeit zu verbessern und gleichzeitig ein gutes Leistungsniveau zu sichern.

Eine nachhaltige und generationengerechte Finanzpolitik ist möglich

Nordrhein-Westfalen ist ein starkes Land. Es ist möglich, den Landeshaushalt dauerhaft ohne neue Schulden aufzustellen. In der Vergangenheit ist in unserem Land Politik vielfach auf Kosten unserer Kinder und Enkelkinder gemacht worden. Die CDU Nordrhein-Westfalen will dies beenden. Es ist

unsere feste Überzeugung, dass es nur über eine Konsolidierung des Landeshaushalts und der kommunalen Haushalte möglich sein wird, eine gerechte Lastenverteilung zwischen den Generationen zu erreichen und dauerhaft finanzielle Spielräume für Bildung und Innovation zu eröffnen.

Der Öffentliche Dienst ist eine feste Größe in Nordrhein-Westfalen

Die Zukunft des Öffentlichen Dienstes mit seinen qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern muss im Interesse der Menschen in unserem Land uneingeschränkt gewährleistet sein. Für junge Menschen muss ihre Entscheidung für eine Tätigkeit im Öffentlichen Dienst attraktiv, planbar und zukunftsorientiert sein. Die Rahmenbedingungen für die Beschäftigten sind klar und unmissverständlich zu formulieren, durchzusetzen und einzuhalten. Das Berufsbeamtentum mit dem Wesensmerkmal des Dienst- und Treueverhältnisses ist eine bewährte und auch für die Zukunft unseres demokratischen und rechtsstaatlichen Gemeinwesens unentbehrliche Institution. Es ist ein Garant für die Stabilität unseres Gemeinwesens und unseres Wohlstands.

Ein Dienstherr, der Treue und vollen persönlichen Einsatz sowie den Verzicht auf das Streikrecht verlangt, steht seinerseits in der Pflicht, die materielle Sicherheit und Unabhängigkeit seiner Beamtinnen und Beamten zu gewährleisten. Dazu gehört die Teilhabe aller Besoldungsgruppen an der allgemeinen Einkommensentwicklung. Dabei dürfen einzelne Besoldungsgruppen nicht ausgegrenzt werden. Unser Ziel ist, auch in Zukunft ein leistungsorientiertes Berufsbeamtentum zu gewährleisten. Wir Christdemokraten in Nordrhein-Westfalen wollen, dass sich das Land und die Kommunen auch in Zukunft im Wettbewerb um qualifizierte, engagierte und leistungsfähige junge Menschen als verlässliche und attraktive Arbeitgeber behaupten können. Durch eine Modernisierung des Dienstrechts wollen wir die langfristige Attraktivität des Berufsbeamtentums gewährleisten.

2. Starkes Land – starke Kommunen

Eine starke kommunale Selbstverwaltung ist ein Gebot der Subsidiarität

Die CDU Nordrhein-Westfalen setzt sich für starke kommunale Strukturen und eine starke kommunale Selbstverwaltung in unserem Land ein. Seit je her gilt: Nur starke Kommunen garantieren ein starkes Nordrhein-Westfalen. Die kommunale Selbstverwaltung hat auch mithilfe kommunaler Unternehmen beim Wiederaufbau Nordrhein-Westfalens nach dem Zweiten Weltkrieg eine herausragende Rolle gespielt, sowohl bei der Festigung der Demokratie, als auch beim Ausbau der Infrastruktur, der Kultur und der Förderung des wirtschaftlichen Wohlstandes. Kommunale Selbstverwaltung verwirklicht sich in den 373 Gemeinden, den 23 kreisfreien Städten, den 30 Kreisen, der Städteregion Aachen und den kommunalen Verbänden, in denen tausende Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern der CDU Nordrhein-Westfalen ehrenamtlich Verantwortung übernehmen.

Aus dem christlichen Menschenbild heraus gestalten wir unsere Politik auch vor Ort. Wir vertrauen in die Leistungskraft und die Leistungsbereitschaft des Einzelnen. Wir setzen auf Familien und Strukturen, in denen Menschen langfristig Verantwortung für sich und andere übernehmen. Für unsere Kommunen und die Menschen, die sich in der kommunalen Selbstverwaltung engagieren, wollen wir die Rahmenbedingungen so gestalten, dass sich ihr Engagement lohnt und Wertschätzung erfährt sowie weitreichende Freiräume für die jeweils passenden Lösungen entstehen.

Wir sehen in einer starken kommunalen Selbstverwaltung einen unverzichtbaren Bestandteil der politischen und verfassungsrechtlichen Ordnung unseres Landes. Sie gewährleistet nicht nur einen

gegliederten demokratischen Staatsaufbau, sondern soll als Element der Gewaltenteilung die Freiheit der kleinen Einheit gegenüber zentralen staatlichen Ebenen sichern.

Es ist unsere feste Überzeugung, dass die Menschen die Angelegenheiten ihrer örtlichen Gemeinschaft am besten selbst regeln und verwalten können. Die Beteiligung an der Gestaltung des Lebensumfeldes wächst aus der besonderen Bindung an den Wohnort, an die Heimat. Umgekehrt stärkt sie zugleich das Heimatgefühl und die Identifikation mit der Gemeinde oder dem Quartier und erhöht damit auch die Lebenszufriedenheit und Lebensqualität. Aus diesen Gründen wollen wir Christdemokraten eine starke kommunale Selbstverwaltung, in der Menschen ihre Lebensbedingungen wirklich beeinflussen und gestalten können. Durch intensive Mitwirkung der Menschen an den Entscheidungen vor Ort wollen wir die Akzeptanz von Politik und das Vertrauen in demokratische Prozesse stärken.

Solide Finanzen – Kommunale Handlungsfähigkeit wiederherstellen

Wir setzen uns für eine solide, nachhaltige und vorausschauende Haushaltspolitik ein. Finanzielle Spielräume vor Ort nutzen wir für zukunftsorientierte Investitionen, Schuldenabbau und Rücklagenbildung. Wir dürfen den nachfolgenden Generationen keine Schuldenlasten aufbürden, die ihnen die Gestaltung ihrer Lebensverhältnisse unmöglich machen. Deshalb wollen wir den kommunalen Finanzausgleich unter den Gesichtspunkten der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, der Hilfe zur Selbsthilfe, der Subsidiarität und der Eindeutigkeit der Verantwortung weiterentwickeln. Nur so ist es aus Sicht der CDU Nordrhein-Westfalen zu gewährleisten, dass die Motivation der Ehrenamtlichen, sich in den Kommunen einzubringen, nicht ausgehöhlt wird. Wir setzen uns dafür ein, dass für jede neue Aufgabe und für alle Aufgabenerweiterungen, die den Kommunen aufgebürdet werden, Land und Bund nach dem Konnexitätsprinzip auch die entsprechenden Finanzmittel für die anfallenden Mehrkosten zur Verfügung stellen.

Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse

Die Lebensqualität in einer Kommune basiert auch auf intakter Infrastruktur, funktionierenden sozialen Sicherungssystemen sowie einem durchlässigen und für alle zugänglichen Bildungssystem. Wir wollen die hohe Lebensqualität für die Menschen erhalten und die richtigen Impulse für Investitionen zur Erneuerung unserer Infrastruktur und zum Ausbau eines leistungsfähigen Bildungssystems setzen.

Im Sinne bester Startchancen und eines breiten, begabungsgerechten Schulsystems wollen wir wohnortnahe Schulen und hier insbesondere Grundschulen sichern und stärken. Die Möglichkeiten zu Weiterbildung und lebenslangem Lernen entscheiden mit über die Wettbewerbsfähigkeit einer Gesellschaft. Deshalb setzen wir uns für den Erhalt bzw. Ausbau der Volkshochschulen und anderer Erwachsenenbildungseinrichtungen ein. Wir wollen die Kulturarbeit von Vereinen ebenso wie die freie Kulturszene sowie die bedeutsamen kommunalen Theater, Galerien und Museen fördern. Dabei kommt der Brauchtums- und Traditionspflege ebenso wie der kulturellen Bildung unserer Kinder und Jugendlichen besondere Bedeutung zu.

Der demografische Wandel ist die zentrale Herausforderung, vor der die Kommunen in den nächsten Jahrzehnten stehen werden. Die Bevölkerungsverteilung zwischen Städten und ländlichem Raum ändert sich erheblich. Während einige große Städte und Metropolregionen weiter wachsen, verlieren manche ländliche Bereiche, aber auch städtisch geprägte Regionen wie das Ruhrgebiet deutlich Einwohner. Die Bevölkerungsstruktur verändert sich.

Wir wollen die Unterschiedlichkeit und die Vielfalt von Lebensentwürfen von Menschen erhalten. Der ländliche Raum und die Städte stehen oft vor vergleichbaren Herausforderungen, die aber durchaus unterschiedliche Lösungen erfordern. Die CDU Nordrhein-Westfalen steht für ein Miteinander von Stadt und Land: Wir wollen in allen Teilen des Landes die Möglichkeit für attraktive Lebens- und Arbeitsräume schaffen und erhalten. Das erfordert eine entsprechende Struktur- und Stadtentwicklungspolitik, die auch den sozialen Wohnungsbau und Wohnumfeldverbesserungen beinhaltet. Dazu gehören vor allem die Weiterentwicklung von Kommunikationsnetzen, der medizinischen Grundversorgung, der Verkehrsinfrastruktur, des Einzelhandels sowie der Naherholungsmöglichkeiten.

Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe

Die CDU Nordrhein-Westfalen bekennt sich aus ihrem christlichen Menschenbild heraus auch im Hinblick auf die Kommunen zum Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe, bei dem der Bevormundung das Vertrauen auf die Kraft des Einzelnen und der gesellschaftlichen Gruppen entgegengesetzt wird. Umverteilungs- und Zuweisungssysteme, auch zwischen Kommunen, führen nicht zur Entfaltung von Eigeninitiative und Effizienz. Damit die Menschen in unserem Land wieder stärker erfahren, dass sich Leistung lohnt, setzen wir uns für ein aufgabenangemessenes und auskömmliches kommunales Finanzierungssystem ein, das Gestaltungsspielräume zulässt. Der dynamische Anstieg der Kosten in den sozialen Sicherungssystemen darf dies nicht konterkarieren. Daher fordern wir, die bestehenden Leistungsgesetze hinsichtlich ihres tatsächlichen kommunalen Gestaltungsspielraums zu untersuchen und entweder zu erweitern oder aus der kommunalen Selbstverwaltung gänzlich herauszulösen.

Subsidiarität

Unsere Kommunen waren schon immer wichtigster Bezugs- und Ankerpunkt der Bürgerinnen und Bürger. Das gilt auch für eine Zeit zunehmender Globalisierung. Die Europäische Union hat mit dem Vertrag von Lissabon die kommunale Selbstverwaltung anerkannt und Mechanismen verankert, die ihren Schutz garantieren. Die CDU Nordrhein-Westfalen bekennt sich zum Prinzip der Subsidiarität, das als konstituierender Bestandteil der kommunalen Selbstverwaltung nicht nur Eingriffe von Seiten der Europäischen Union, sondern auch der Länder und des Bundes untersagt. Wir setzen uns dafür ein, den im Vertrag von Lissabon eingeführten Mechanismus zur Subsidiaritätsprüfung und der Verhältnismäßigkeitskontrolle mit Leben zu füllen.

Wir fordern zudem eine stetige Überprüfung dessen ein, was von jedem Einzelnen erwartet werden kann und was die örtliche Gemeinschaft übernehmen sollte. Kommunen können überfordert sein. Bevor höhere staatliche Ebenen bestimmte Aufgaben übernehmen, die von Kommunen nicht erledigt werden können, muss nach den Prinzipien der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit die Übernahme geprüft und begründet werden bzw. gegebenenfalls eine Rückübertragung von Aufgaben in die kommunale Selbstverwaltung erfolgen. Die CDU Nordrhein-Westfalen ist der festen Überzeugung, dass kleine Einheiten, überschaubare Größenordnungen und klare Strukturen die Steuerung vor Ort erleichtern, Kosten senken und Abhängigkeiten reduzieren. Dies gilt für die Kommunen, deren Unternehmen, aber auch für private Partner. Wir wollen funktionierende kleine Einheiten erhalten, notwendige Kooperationen und mögliche Zusammenschlüsse zwischen Kommunen ausschließlich auf freiwilliger Basis ermöglichen und das Instrument der interkommunalen Zusammenarbeit ausbauen.

Eindeutigkeit der Verantwortung

Grundvoraussetzung für eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung sind klare Trennlinien zwischen den politischen Ebenen und stabile Kommunalfinanzen. Deshalb bekennt sich die CDU Nordrhein-Westfalen zum Prinzip der Eindeutigkeit der Verantwortung, so dass die Zuständigkeiten klar geregelt und für die Menschen durchschaubar sind. Das Vertrauen in die demokratischen Institutionen wird gestärkt, wenn für die Menschen erkennbar ist, wer wofür zuständig und verantwortlich ist. Auch die Handelnden in Politik und Verwaltung werden bei eindeutiger Zuständigkeit Aufgaben besser und effizienter lösen. Wir wollen eine weitere Entflechtung von Zuständigkeiten und Mischfinanzierungen mit dem Ziel klarer Verantwortung für Aufgabe und Finanzierung in einer Hand.

Starke Kommunen brauchen aktive Bürger

Die örtliche Gemeinschaft lebt von Menschen, die bereit sind, Verantwortung für andere zu übernehmen. Das ehrenamtliche Engagement in unseren Kommunen ist vielschichtig und keinesfalls immer an organisierte Strukturen gebunden. Neben dem „klassischen Ehrenamt“ in Vereinen, Kirchen, Religionsgemeinschaften, Sozialverbänden, Kommunalpolitik oder der Feuerwehr engagieren sich viele Menschen ehrenamtlich, sei es in Bürgerinitiativen, Stadtteilprojekten, Kita- und Schulpflegschaften, als Jugendbegleiter, Lese- oder Jobpaten, bei Besuchsdiensten in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen, im Rahmen der Mehrgenerationenarbeit oder der Nachbarschaftshilfe. Wir wollen das bürgerschaftliche Engagement auch finanziell unterstützen, die Bereitschaft dazu erhöhen und die aktive Mitwirkung in der Kommune, fördern.

Die Gewohnheiten, Ansprüche und Erwartungshaltungen der Menschen vor Ort ändern sich. Die Leistungen der Daseinsvorsorge, die Infrastruktur und insbesondere die Kultur und Bildungsangebote müssen im Dialog mit den Einwohnern einer ständigen Überprüfung unterzogen werden. Ehrenamtlich übernehmen Bürgerinnen und Bürger Verantwortung und tragen so zum Gelingen unserer repräsentativen Demokratie bei. Die Rahmenbedingungen für das kommunalpolitische Ehrenamt sind jedoch enger geworden, Gestaltungsspielräume für Kommunalpolitiker wurden eingeschränkt und ihre Wahrnehmbarkeit oft reduziert. Gleichzeitig hat sich der Anspruch hinsichtlich der Kommunikation zwischen Politik und Verwaltung einerseits und den Einwohnern andererseits verändert. Die CDU Nordrhein-Westfalen steht zum Prinzip der aktivierenden Bürgergesellschaft, in der die kommunalen Amts- und Mandatsträger das Bindeglied zwischen dem Einzelnen und der Gemeinschaft darstellen. Damit dieses Prinzip auch in Zukunft wirksam greifen kann, wollen wir die Attraktivität des politischen Ehrenamtes steigern. Gerade als Volkspartei liegt der CDU Nordrhein-Westfalen daran, dass Männer und Frauen, alle Generationen, alle sozialen Schichten und alle Berufsgruppen in den Kommunalparlamenten vertreten sind. Wir wollen daher Bedingungen herstellen, die möglichst viele politisch Interessierte in die Lage versetzen, Familie, Beruf und Freizeit mit dem ehrenamtlichen kommunalen Mandat zu vereinbaren.

Wir wollen so viele Menschen wie möglich in die Meinungsbildung vor Ort einbeziehen, mit ihnen das Gespräch, den Dialog und den gegenseitigen Austausch suchen. Demokratische Beteiligungsverfahren und Wahlen werden erst legitimiert durch die Bereitschaft der Menschen, davon Gebrauch zu machen. Geringe Beteiligungsquoten können Ausdruck von grundlegender Zufriedenheit, aber auch von Trägheit, Desinteresse oder sogar Distanz sein. Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger stärker motivieren, von ihren Mitwirkungsmöglichkeiten Gebrauch zu machen und sich an Wahlen und Abstimmungen zu beteiligen. Rechtzeitige Beteiligung ermöglicht es, Interessenkonflikte sichtbarer zu machen und öffentlich abzuwägen. Aktive Bürgerbeteiligung kann einen gleichberechtigten und

moderierten Dialog zwischen den widerstrebenden Interessen herstellen und zu einem Ausgleich führen. Bürgerbeteiligung kann auch diejenigen aktivieren, die als „schweigende Mehrheit“ sonst nicht zu Wort kommen. Wir wollen Bürgerbeteiligung mit der notwendigen organisatorischen und finanziellen Unterstützung als Methode der Politik vor Ort weiter entwickeln. Unabdingbarer Bestandteil sind handlungsfähige Kommunalparlamente, die wir durch eine angemessene Sperrklausel stärken wollen.

IV. Herausforderungen des demografischen Wandels für Nordrhein-Westfalen

1. Sicherheit und Zukunft für Familien

Familie ist Keimzelle der Gesellschaft

Die Familie ist die kleinste Einheit und Kern unserer Gesellschaft. Sie ist eine Verantwortungsgemeinschaft, in der Eltern für ihre Kinder und Kinder für ihre Eltern in allen Lebensphasen einstehen. Familie ist der Ort, an dem Partnerschaft und Solidarität gelebt und der Sinn für Gemeinschaft und Gerechtigkeit vermittelt wird. In ihr reift der Mensch zu einer eigenständigen und eigenverantwortlichen Persönlichkeit heran und entfaltet sich zur Freiheit in Verantwortung. Hier werden Werte gelebt und vermittelt, Freude und Leid geteilt, Traditionen weitergegeben, Schwierigkeiten gemeistert sowie Erfolge und Feste gefeiert. Die Familie ist das zuverlässigste soziale Netz in unserer Gesellschaft. Deshalb ist sie besonders zu schützen und zu unterstützen.

Kinder sind der Inbegriff von Zukunft

Ohne Familien hat unsere Gesellschaft keine Zukunft, denn in ihr werden Kinder geboren und aufgezogen. Kinder machen unser Leben reicher, glücklicher und sinnstiftend. Sie sind eine Bereicherung. Die CDU Nordrhein-Westfalen setzt sich dafür ein, dass Kinder wieder einen höheren Stellenwert in unserer Gesellschaft erhalten. Wir werben dafür, dass Familienarbeit, insbesondere Erziehungs- und Pflegeleistungen, eine höhere gesellschaftliche Anerkennung und Wertschätzung erfahren.

Die CDU Nordrhein-Westfalen ist die Partei für Kinder und Familien. Unser Ziel ist es, Familien ihren Bedürfnissen gemäß zu stärken, familiengerechte Strukturen zu schaffen und für eine kinderfreundliche Gesellschaft zu arbeiten, damit sich wieder mehr junge Menschen dazu entscheiden, eine Familie zu gründen.

Wir wissen, dass der hohe Stellenwert von Familie ungebrochen ist, gerade auch unter jungen Menschen. Dennoch steht die Entscheidung für Kinder heute immer stärker in Konkurrenz zu anderen Formen der Lebensgestaltung. Wir wollen durch eine zukunftsorientierte Familienpolitik die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sich mehr junge Menschen für Kinder und Familie entscheiden können.

Kinder brauchen den besonderen Schutz von Staat und Gesellschaft

Kinderarmut darf es in Nordrhein-Westfalen nicht geben. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Kinder, die von Armut betroffen sind, besondere Zuwendung, Förderung und Aufstiegschancen erhalten. Ein wichtiger Schlüssel hierzu ist der Zugang zu Bildungs-, Freizeit-, Kultur und Sporteinrichtungen. Oftmals ist jedoch nicht nur materielle Armut, sondern auch Überforderung und Überlastung der Eltern ein großes Problem. Die CDU Nordrhein-Westfalen sieht Kinder grundsätzlich bei ihren Eltern am besten aufgehoben und weiß um die besonders intensive Zuwendung, die Kindern in ihrer Familie zuteilwird. Im Sinne des Erziehungsprimats und des Subsidiaritätsgedankens wollen wir Eltern weiter stärken, ihrer Verantwortung und Pflicht gerecht zu werden. Im Interesse des Kindswohls müssen Eltern, die ihrer Verantwortung nicht gerecht werden oder mit der Erziehung ihrer Kinder überfordert sind wirksam unterstützt und begleitet werden. Das Wohl des Kindes muss stets an erster Stelle stehen. Gerade aufgrund ihrer besonderen Wehr- und Schutzlosigkeit bedürfen Kinder des

besonderen Schutzes durch Staat und Gesellschaft. Das in christdemokratischer Regierungsverantwortung in Nordrhein-Westfalen aufgebaute Frühwarnsystem und Netz früher Hilfen muss dichter werden, um Kindern in Not rechtzeitig und zuverlässig helfen zu können. Nur so können wir Kinder vor Vernachlässigung und Missbrauch schützen.

Die Ehe ist und bleibt unser Leitbild

Die CDU Nordrhein-Westfalen sieht in der grundgesetzlich geschützten Ehe zwischen Mann und Frau die beste und verlässlichste Grundlage für das Gelingen von Familie. Sie ist nach wie vor die häufigste Form des Zusammenlebens von Erwachsenen und Kindern in unserer Gesellschaft. Daher ist und bleibt die Ehe unser Leitbild, gerade auch im Hinblick auf die Gründung von Familie.

In der Rechtsprechung des Verfassungsgerichts wird die Ehe als juristische, soziale, ökonomische und emotionale, auf Dauer angelegte Partnerschaft von Frau und Mann definiert. Der Schutz und die Förderung von Ehe und Familie durch den Staat erfolgt daher vor dem Hintergrund des staatlichen wie gesellschaftlichen Interesses an einer gesicherten Generationenfolge und stabilen sozialen Verhältnissen. Das Grundgesetz schützt die eheliche bzw. familiäre Privatsphäre allerdings auch gegen staatliche Eingriffe. Die Freiheit zur eigenverantwortlichen Gestaltung des familialen Zusammenlebens ist ein hohes Gut, das wir anerkennen und fördern.

Eine Ehe muss nicht zwangsläufig zu einer Familiengründung führen, ist aber in der großen Mehrzahl noch immer ihr Ausgangspunkt. Zudem übernehmen Ehe und Familie im besten subsidiären Sinne zentrale gesellschaftliche Aufgaben wie die gegenseitige, auch generationenübergreifende Fürsorge sowie Erziehung und Bildung, die sonst aufwändig der Staat regeln müsste. Das in der Ehe verwirklichte Höchstmaß an Verbindlichkeit und Verlässlichkeit, an Stabilität und Kontinuität stellt für ein gelingendes Familienleben den wichtigsten Grundpfeiler dar. Deshalb sind Art und Umfang der staatlichen Förderung, wie etwa das Ehegattensplitting, gut und richtig. Das Ehegattensplitting ist ein Nachteilsausgleich und kein Privileg für die Ehepartner und muss entsprechend dieser Logik zu einem Familiensplitting ausgebaut werden.

Das familiäre Zusammenleben wird bunter und vielfältiger

In jeder Zeit wandelt sich das Bild von Familie und auch die Familien- und Beziehungsstrukturen verändern sich. Die Formen des familiären und partnerschaftlichen Zusammenlebens sind vielfältiger und bunter geworden, etwa in Form von Patchworkfamilien, nichtehelichen Partnerschaften, Alleinerziehenden und gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften. Die CDU Nordrhein-Westfalen respektiert alle diese unterschiedlichen Lebensweisen und unterstützt all jene, die füreinander einstehen und gegenseitig Verantwortung übernehmen.

Alleinerziehende verdienen unsere Unterstützung

Mütter und Väter, die ihre Kinder alleine erziehen, verdienen unsere besondere Unterstützung sowohl in Gestalt finanzieller Leistungen als auch in Form begleitender und helfender Dienstleistungen. Deshalb setzen wir uns unter anderem für einen Ausbau von flexiblen Arbeitszeitmodellen ein. Kinder, die von nur einem Elternteil großgezogen werden, sind in hohem Maße von Armut bedroht. Sie bedürfen zusätzlicher Förderung und Unterstützung. Hierin sehen wir eine besondere Herausforderung der Familienpolitik.

Familienpolitik ist Querschnittsaufgabe und Standortfaktor

Für uns ist Familienpolitik eine Querschnittsaufgabe. Sie umfasst sämtliche Bereiche und Ebenen gesellschaftlichen und politischen Handelns. Wir setzen uns dafür ein, dass geltende Regelungen sowie neue Gesetzesvorhaben auf ihre Familienfreundlichkeit überprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Wir wollen zudem die Kommunen darin bestärken, eine örtliche bzw. regionale Familienpolitik zu entwickeln bzw. auszubauen, die relevanten Kräfte vor Ort zu bündeln und ihr Handeln zu koordinieren.

Familienfreundlichkeit ist ein wichtiger Standortfaktor, denn in Zeiten des Wettbewerbs um qualifizierte Mitarbeiter siedeln sich Unternehmen dort an und investieren dort, wo Familien gut leben können und Menschen sich gerne niederlassen. Familienpolitik ist daher mehr denn je auch Standortpolitik.

Familie und Erwerbsarbeit dürfen sich nicht gegenseitig ausschließen

Wir Christdemokraten in Nordrhein-Westfalen sehen Familienarbeit als vollwertigen Beruf, den es anzuerkennen und wertzuschätzen gilt. Väter und Mütter wollen sich heute in gleicher Weise sowohl in der Familie als auch im Erwerbsleben engagieren, nicht zuletzt auch aufgrund ökonomischer Notwendigkeiten. Für die CDU Nordrhein-Westfalen sind die verschiedenen Modelle gleichwertig. Wir unterstützen die Möglichkeit für Familien, sich frei entscheiden zu können.

Staat und Gesellschaft dürfen den Menschen nicht vorschreiben, wie sie zu leben haben. Ziel christdemokratischer Politik ist es, Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass Mütter und Väter in Nordrhein-Westfalen eine größtmögliche Wahlfreiheit haben, wie sie ihr Familienleben, die Erziehung ihrer Kinder und ihr berufliches Engagement organisieren. Dazu bedarf es vor allem gesellschaftlicher Toleranz und Offenheit gegenüber Familien mit Kindern. Eine aktive Unterstützung benötigen auch die Familien, in denen die Kinder durch ein Elternteil zu Hause betreut werden. Wir setzen uns für eine bedarfsgerechte, flächendeckende und qualitätsvolle Betreuungsinfrastruktur für jene ein, die ihre Kinder in Kitas, Kindergärten oder Ganztagsschulen betreuen lassen wollen. Die CDU Nordrhein-Westfalen will die Kommunen beim bedarfsgerechten und flächendeckenden Ausbau der Kinderbetreuung weiterhin unterstützen und auch kirchliche, betriebliche und private Initiativen fördern. Zudem werden wir die rechtliche und die tatsächliche Stellung von Tagesmüttern und -vätern verbessern. Eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung muss in allen Regionen des Landes und für Kinder aller Altersklassen gewährleistet werden. Uns ist bewusst, dass viele Arbeitnehmer auch am Wochenende oder während der Ferien auf die Möglichkeit angewiesen sind, ihre Kinder betreuen zu lassen. Hier wollen wir für mehr Flexibilität sorgen und die bestehenden Lücken schließen. Es darf bei der Kinderbetreuung jedoch nicht ausschließlich um Quantität gehen. Die CDU Nordrhein-Westfalen setzt sich deshalb auch für die qualitative Verbesserung der Kinderbetreuung ein, beispielsweise für trägerübergreifende Bildungsstandards in den Betreuungseinrichtungen. Darüber hinaus ist es notwendig, auch über die Ausbildung und Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher neu nachzudenken und sie den gestiegenen Anforderungen und dem gewachsenen Verantwortungsbereich anzupassen. Dies ist auch Ausdruck der Wertschätzung für die gesellschaftlich bedeutende Arbeit der Erzieherinnen und Erzieher.

Berufseinstieg und Familiengründung fallen bei jungen Menschen heute in dieselbe Lebensphase. Unsere Aufgabe muss es deshalb sein, die Bedingungen so zu gestalten, dass sich für junge Menschen die Frage nach dem Entweder-Oder nicht stellt. Dazu gehört auch, dass wir die Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Familie mit Ausbildung und Studium, beispielsweise durch ausreichende Kinderbetreuungsmöglichkeiten an Hochschulen oder Teilzeitmodelle, verbessern, um es jungen Menschen zu erleichtern, sich früh für Kinder zu entscheiden.

Wir brauchen mehr Familienfreundlichkeit in Gesellschaft und Wirtschaft

Es ist nicht allein Aufgabe der Politik, die Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben zu verbessern. Auch in der Wirtschaft muss das Bewusstsein geschärft und das Engagement für mehr Familienfreundlichkeit verstärkt werden. Die Arbeitswelt hat sich noch mehr auf die Bedürfnisse von Familien hin auszurichten und darf Menschen nicht vor die Alternative „Beruf oder Familie“ stellen. Arbeitgeber und Gewerkschaften als Tarifpartner sind in gleicher Weise aufgefordert, für familienfreundliche und familiengerechte Arbeitsplätze, flexiblere Arbeitszeiten und insgesamt für eine stärker an die Bedürfnisse von Familien angepasste Organisation von Arbeit zu sorgen. Müttern und Vätern dürfen in Bezug auf Karrierechancen, Gehaltsentwicklung und Arbeitszeitgestaltung keine Nachteile gegenüber kinderlosen Kolleginnen und Kollegen entstehen. Wir sehen die öffentliche Verwaltung in der Pflicht, hier mit gutem Beispiel voranzugehen. Eine Unterordnung der Gestaltung familiären Zusammenlebens und der Familienpolitik unter ausschließlich ökonomische Aspekte lehnen wir ab. Das gilt auch für eine Bewertung familienpolitischer Leistungen unter rein materiellen Gesichtspunkten. Ein Leben mit Kindern ist ein weit über das Materielle hinaus gehender Wert an sich und Zukunftssicherung der Gesellschaft.

Familienarbeit ist Arbeit für die Gesellschaft

Die CDU Nordrhein-Westfalen sieht in Phasen der Kinderbetreuung oder der Pflege bedürftiger Angehöriger keine Lücken in der Erwerbsbiografie, sondern die Erbringung essentieller gesellschaftlicher Leistungen. Diese Leistungen gilt es nicht nur zu würdigen, sondern auch in der politischen Gestaltung zu berücksichtigen. Deshalb dulden wir keine Benachteiligungen von Menschen mit Kindern in Bezug auf öffentliche Leistungen oder Steuerbelastungen. Wir wollen vielmehr für weitere steuerliche Entlastungen für Familien sorgen und auch durch eine verbesserte steuerliche Absetzbarkeit von Haushaltsdienstleistungen Familien unterstützen sowie die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit erleichtern.

Familienarbeit sichert unsere Sozialsysteme – sie verdient mehr Anerkennung

Unsere Sozialsysteme basieren auf dem Gedanken eines Generationenvertrags. Ihre Funktionsfähigkeit ist somit auf nachkommende Generationen angewiesen. Menschen, die Kinder bekommen und aufziehen, leisten somit einen entscheidenden Beitrag nicht nur für die gegenwärtige Gesellschaft, sondern auch zur langfristigen Sicherung unserer Sozialsysteme. Dies muss entsprechend den Urteilen des Bundesverfassungsgerichts endlich bei der Ausgestaltung der Sozialversicherungssysteme stärker berücksichtigt werden und zu spürbaren Entlastungen der Familien führen. Die CDU Nordrhein-Westfalen wird sich weiter für eine adäquate Berücksichtigung der Erziehungsleistung etwa in der Rente sowie für eine Weiterentwicklung des Elterngelds einsetzen.

2. Generationengerechte Gesellschaft

Demografischer Wandel ist eine zentrale Herausforderung unserer Gesellschaft

Unsere Gesellschaft befindet sich in einem grundlegenden Wandlungsprozess. Während die Weltbevölkerung stetig weiter wächst, sinkt die Einwohnerzahl in Deutschland. Die jahrzehntelange Ab-

nahme der Geburten sowie die erfreulicherweise stetig steigende Lebenserwartung der Menschen in Deutschland führen dazu, dass immer weniger junge auf durchschnittlich immer mehr ältere Menschen treffen. Diese Entwicklung stellt eine große Herausforderung für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft, aber auch für die Zukunftsfähigkeit Nordrhein-Westfalens dar. Die nordrhein-westfälische CDU wird den Handlungs- und Gestaltungsauftrag, den dieser Wandel mit sich bringt, annehmen und erfüllen.

Im Zuge des demografischen Wandels werden die familiären, generationenübergreifenden Verbindungen schwächer. Immer mehr Menschen werden in Zukunft keine eigenen Kinder und Enkelkinder haben. Deshalb brauchen wir neue Formen und Orte der Begegnung zwischen den Generationen. Die CDU Nordrhein-Westfalen will durch Angebote im sozialen Nahfeld und durch Schaffung von generationen- und familienübergreifenden Netzwerken den Austausch zwischen den Generationen fördern, einer Vereinsamung älterer Menschen vorbeugen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Unsere Familienzentren sind dabei ein wichtiges Instrument. Es gilt, sie auch im Hinblick auf Austausch und Zusammenhalt der Generationen auszubauen. Wir Christdemokraten stehen für den Zusammenhalt und die wechselseitige Solidarität der Generationen und ein von Verständnis und Respekt geprägtes Miteinander.

Der demografische Wandel mit seinen Folgen stellt auch die Wohnungswirtschaft sowie die Stadtplanung vor neue Herausforderungen. Veränderten Wohnbedarfen und neue Anforderungen an ein generationengerechtes und -übergreifendes Wohnumfeld müssen bezahlbare Angebote in ausreichender Zahl gegenüber stehen. Hier sind nicht nur die Kommunen, sondern hier ist auch die Wohnungswirtschaft gefordert. Wir treten für einen intensiven Dialog zwischen Kommunen und Wohnungswirtschaft ein mit dem Ziel, Anreize für neue und innovative Angebote zu schaffen.

Wir stehen für ein neues Bild vom Alter

Die heutige Lebensrealität verlangt nach neuen Antworten. Eine einheitliche und ununterbrochene Lebensarbeitszeit bis zum Renteneintritt wird immer weniger die Regel sein. Wir brauchen daher ein neues Verständnis von der Rolle der Arbeit in unserem Leben, ein neues Gleichgewicht von Familie, Freizeit und Beruf. Deshalb setzt sich die CDU Nordrhein-Westfalen dafür ein, dass in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft vorurteilsfrei verschiedene Optionen wie Lebensarbeitszeitkonten, Familienzeiten, ein flexibles Renteneintrittsalter, geringere Wochenarbeitszeit im Alter, ein abgestuftes Rentenniveau und eine größere Flexibilität bei den Hinzuverdienstmöglichkeiten von Rentnern diskutiert, erarbeitet und umgesetzt werden.

Wir wollen das Zusammenleben der Generationen stärken

Ältere Menschen wollen ebenso wie jüngere Generationen selbstbestimmt wohnen und am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Wir befürworten ein enges Zusammenleben der Generationen und unterstützen die Quartiersentwicklung vor Ort, die die gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen gleich welchen Alters fördert. Konzepte wie Seniorenwohngemeinschaften oder Mehrgenerationenhäuser müssen weiterentwickelt und durch haushaltsnahe Dienstleistungen, die Versorgung mit Waren und Serviceleistungen des täglichen Lebens, Barrierefreiheit und Pflege vor Ort ergänzt werden. Das Ziel muss eine Infrastruktur sein, innerhalb der die Menschen ausreichende Versorgungsangebote vorfinden, soziale Kontakte pflegen und Beratungsleistungen in Anspruch nehmen können. Wir begrüßen die Einrichtung von Generationenausschüssen in den Kommunen, die dazu beitragen das Zusammenleben der Generationen in unseren Städten und Gemeinden zu verbessern.

Wir wollen die Potenziale der älteren Generation stärker nutzen

Die ältere Generation ist in ihrer Altersstruktur und damit in ihrer Leistungsfähigkeit sehr heterogen. Viele Seniorinnen und Senioren sind nicht nur sehr aktiv und immer noch dynamisch, sondern auch bereit, sich weiterhin einzubringen. Die Kenntnisse, Erfahrungen und Erzählungen dieser immer größeren Zahl älterer Menschen müssen für die nachfolgenden Generationen erhalten werden. Nicht nur auf dem Arbeitsmarkt, sondern auch in Familie und Ehrenamt benötigen wir die Kompetenz älterer Menschen. Barrieren, die einer längeren Erwerbstätigkeit auf freiwilliger Basis im Wege stehen, müssen abgebaut werden. Durch spezielle Bildungsangebote für Seniorinnen und Senioren wollen wir ihre Potenziale für die Gesellschaft stärken. Zudem setzen wir uns entschieden gegen jegliche Formen der direkten oder indirekten Altersdiskriminierung ein. Alter allein darf kein Maßstab für eine Beurteilung sein, sondern die Leistungsbereitschaft eines jeden Einzelnen muss im Vordergrund stehen.

Wir wollen die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest gestalten

Der demografische Wandel stellt unsere Gesellschaft auch ökonomisch vor große Herausforderungen, denn immer weniger Erwerbstätige müssen für eine wachsende Zahl von nichterwerbstätigen Menschen sorgen. Unsere sozialen Sicherungssysteme, die auf der Solidarität der Generationen und der Starken mit den Schwachen beruhen, sind dieser Entwicklung in der heutigen Verfassung mittelfristig nicht gewachsen und müssen entsprechend angepasst werden. Die CDU Nordrhein-Westfalen steht bei der Anpassung der sozialen Sicherungssysteme für drei grundlegende Prinzipien:

- das Prinzip der Eigenverantwortung muss mit Leben gefüllt,
- das Prinzip der Generationengerechtigkeit muss gewahrt und
- das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit muss gesichert werden.

Die Maxime unserer Politik ist, die beruflich Aktiven nicht zu überfordern und gleichzeitig die Lebensleistung der Älteren zu würdigen, ohne dabei auf Kosten nachfolgender Generationen zu leben. Wir setzen uns für eine demografiefeste Umgestaltung der sozialen Sicherungssysteme nach diesen drei Prinzipien ein.

Demografischer Wandel ist eine Querschnittsaufgabe

Der demografische Wandel wirkt sich auf sämtliche Lebensbereiche aus. Die CDU Nordrhein-Westfalen begreift ihn daher als politische Querschnittsaufgabe, mit der sich alle Politikbereiche zu befassen haben. Wir setzen uns dafür ein, dass auf Landesebene ein „Demografie-Check“ eingerichtet wird, mit dessen Hilfe Gesetzesvorhaben, Richtlinien und öffentliche Investitionen daraufhin überprüft werden, welche Auswirkungen für kommende Generationen sowie die Gesellschaft insgesamt damit verbunden sind. Politik und Staat müssen in Fragen des demografischen Wandels mit Weitsicht und gutem Beispiel voran gehen. Wir sehen aber nicht nur die Politik, sondern alle gesellschaftlichen Akteure wie Kirchen und Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften, Unternehmen und Verbände in der Pflicht, sich den Herausforderungen des demografischen Wandels aktiv anzunehmen und schon heute Vorkehrungen für die sich abzeichnenden Veränderungen zu treffen.

3. Qualifizierte Zuwanderung und Integration

Nordrhein-Westfalen ist Integrationsland

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen sind weltoffen und tolerant. Menschen aus anderen Ländern und Kulturen sind uns willkommen, wir reichen ihnen die Hand und unterstützen sie beim Aufbau ihres Lebens in unserem Land. Die Geschichte unseres Landes ist seit Jahrhunderten von Zuwanderung geprägt. Nordrhein-Westfalen hat bewiesen, dass es ein erfolgreiches Integrationsland ist. Mittlerweile hat jeder vierte Einwohner unseres Landes eine Zuwanderungsgeschichte, in manchen Städten ist es sogar jeder Dritte. Die Erfahrungen, Traditionen und kulturellen Besonderheiten der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte machen unsere Gesellschaft bunter. Diese Vielfalt fordert uns heraus, ist aber eine große Bereicherung.

Integration fordert alle Teile der Gesellschaft

Für die CDU Nordrhein-Westfalen ist Integration stets ein Prozess, an dem alle gesellschaftlichen Akteure in allen Lebensbereichen mitarbeiten. Sie setzt voraus, dass die Zugewanderten zur Integration bereit sind. Grundbedingung dafür ist, die deutsche Sprache zu erlernen. Teil der Gesellschaft zu sein heißt aber auch, an ihrer Geschichte, ihren Traditionen und Erfahrungen, ihren Formen und Normen des Zusammenlebens teilzuhaben. Die Werte unseres Grundgesetzes – allen voran Menschenwürde, Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit – sind universelle Werte. Sie dürfen nicht zur Disposition gestellt oder der Beliebigkeit geopfert werden. Wir akzeptieren nicht, wenn sich in unserer Gesellschaft Räume bilden, in denen unsere Rechtsordnung und unsere Werte abgelehnt werden. Parallelgesellschaften nehmen wir nicht hin. Niemand darf seine Kultur oder Religion über das Grundgesetz stellen.

Zuwanderung als Chance begreifen

Wir sehen, dass die Menschen mit Zuwanderungsgeschichte viel in unsere Gesellschaft einbringen können und wollen. Wir erkennen das Potenzial dieser Vielfalt und sehen sie als Chance und Gestaltungsauftrag zugleich. Die CDU in Nordrhein-Westfalen ist Vorreiterin in der Integrationspolitik – auch bundesweit. So forderte sie bereits 1993 als erste Partei in Nordrhein-Westfalen ein qualifiziertes Zuwanderungsgesetz. Die Gestaltung von Zuwanderung und Integration ist uns ein wichtiges Anliegen, wir betrachten sie als wichtige Zukunftsaufgabe für unser Gemeinwesen. Mit der Schaffung des ersten Integrationsministeriums in Deutschland 2005 haben wir der Integrationspolitik neue Aufmerksamkeit verliehen und den Stellenwert gegeben, der ihr gebührt. Die CDU Nordrhein-Westfalen ist die Integrationspartei im Land. Für uns ist Integration eine politische Querschnittsaufgabe, die alle Bereiche der Politik betrifft. Integration muss als Gesamtkonzept von Familien-, Bildungs-, Sozial-, Gesundheits-, Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Innenpolitik, aber auch der Migrations- und Flüchtlingspolitik aufgefasst werden. Wir sind überzeugt, dass Integration nur durch eine ganzheitliche Vorgehensweise gelingen kann.

Integration bedeutet Teilhabe an der Gesellschaft

Jeder, unabhängig von Herkunft, Religion, Geschlecht und Kultur, muss am sozialen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben teilhaben können, denn gleichberechtigte Teilhabe und ein wechselseitiges Verständnis führen zu einer Identifikation mit unserem Land und zu einem gesellschaftlichen Miteinander. Unser Zusammenleben muss von gegenseitigem Respekt und Toleranz geprägt sein. Die CDU Nordrhein-Westfalen setzt sich für den Zusammenhalt der ganzen Gesellschaft

ein. Dies ist unser Auftrag als Volkspartei. Extremismus, Fremdenfeindlichkeit, Islamfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus haben in unserer Mitte keinen Platz.

Wir wollen die Teilhabe von Menschen mit unterschiedlichem kulturellem Hintergrund an Gesellschaft und Politik voranbringen. Als Partei fühlen wir uns in besonderer Weise verpflichtet, Strukturen zu schaffen, die Menschen mit Zuwanderungsgeschichte politische Teilhabe ermöglichen. Wir sind offen für jeden, der die Werte der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und des Grundgesetzes teilt. Der Unionsgedanke, der uns als Volkspartei zugrunde liegt, gilt auch und gerade für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Um politische und gesellschaftliche Teilhabe von Zugewanderten zu stärken, ist eine stärkere interkulturelle Öffnung gerade im Bildungsbereich unser Ziel. Wir sind überzeugt, dass Lehrerinnen und Lehrer mit unterschiedlichen kulturellen Wurzeln wichtige Funktionen im Integrationsprozess übernehmen und als Vorbilder dienen können. Weiter müssen wir Menschen mit Zuwanderungsgeschichte stärker für den Öffentlichen Dienst gewinnen und besondere Qualifizierungen dafür entwickeln. Zuwanderer sind in der öffentlichen Verwaltung, in Justiz, Polizei, Sozial- und Bildungseinrichtungen noch immer unterrepräsentiert. Dabei bringen sie interkulturelle und sprachliche Kompetenzen mit, die für eine sich wandelnde Gesellschaft unverzichtbar sind. Die Folgen von nicht gelungener Integration und Abgrenzung unter denen Zugewanderte und Einheimische leiden, nehmen wir ernst. Sachlich und lösungsorientiert auch über Probleme und Herausforderungen zu sprechen, ist Teil unserer demokratischen Kultur. Nur erkannte und benannte Herausforderungen lassen sich zum Nutzen aller lösen.

Wir wollen mehr qualifizierte Zuwanderung

Im Zeitalter von Globalisierung und demografischem Wandel ist für Nordrhein-Westfalen die Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte notwendig. Die Etablierung und Weiterentwicklung einer Willkommens- und Anerkennungskultur ist unser Ziel. Wir müssen konkrete Hilfestellungen in den Kommunen, von der Anwerbung über die Einreise, bis hin zur erfolgreichen Integration in die Arbeitswelt und das soziale Umfeld leisten. Die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse ist ein wichtiger Meilenstein, um Nordrhein-Westfalen als Einwanderungsland attraktiv zu machen. Wir müssen die Bildungs- und Lebensleistungen zugewanderter Menschen anerkennen und ihnen die Möglichkeit geben, ihre Erfahrungen und Qualifikationen in unsere Gesellschaft und Arbeitswelt einzubringen. Diese Potenziale sind wertvoll. Einen weiteren Fokus wollen wir darauf legen, ausländische Studenten, die ihre Ausbildung an nordrhein-westfälischen Hochschulen absolviert haben, anschließend auch in unserem Bundesland zu halten.

Ein partnerschaftliches Engagement zwischen öffentlicher Hand, den Unternehmen und sozialen Organisationen ist geboten, denn Nordrhein-Westfalen steht mit anderen Regionen in Deutschland und den europäischen Ländern im Wettbewerb um die besten Köpfe. Unser Ziel ist es, Nordrhein-Westfalen als Einwanderungsland insbesondere für qualifizierte Fachkräfte noch attraktiver zu machen. Die CDU Nordrhein-Westfalen wird weiterhin die treibende Kraft für die Gestaltung des Aufsteiger- und Integrationslandes Nordrhein-Westfalen sein.

Vertreibung ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Vertreibung, egal wo und durch wen sie geschieht, verurteilen wir scharf. Sie ist immer ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Wir fühlen uns allen Menschen, die Vertreibung erleiden mussten oder müssen, eng verbunden. Für uns Christdemokraten ist es selbstverständlich, dass Menschen, die in ihrer Heimat politisch verfolgt werden, die durch Krieg, Gewalt und Terror an Leib und Leben

gefährdet sind, bei uns Schutz und Aufnahme finden. Flüchtlinge müssen sich auch in Zukunft bei uns in Deutschland sicher und aufgenommen fühlen.

Wenn klar ist, dass Asylberechtigte absehbar nicht in ihre Heimat zurückkehren können, müssen sie schnell die Möglichkeit bekommen, in Deutschland ein neues Leben aufzubauen, Deutsch zu lernen, Arbeit zu finden und sich in unsere Gesellschaft zu integrieren. Wir erkennen, dass diese Menschen auch ein großes Potenzial für unsere Gesellschaft darstellen, das wir aktivieren wollen.

Die CDU Nordrhein-Westfalen erkennt aber auch die Grenzen der Leistungsfähigkeit unserer Kommunen und Gesellschaft im Hinblick auf die Aufnahme von Flüchtlingen. Deshalb treten wir dafür ein, dass die Verwaltungsverfahren für Menschen, die aus sicheren Herkunftsländern kommen, schnell abgeschlossen und abgelehnte Asylbewerber zügig und konsequent zurückgeführt werden. Gleichzeitig ist illegale Einwanderung effektiv zu verhindern. Wenn Kommunen und die örtliche Gesellschaft schon in weiten Teilen dafür sorgen, dass Flüchtlinge untergebracht, betreut und integriert werden, so dürfen sie mit den finanziellen Herausforderungen nicht allein gelassen werden.

Vertriebene, Aussiedler und Spätaussiedler haben unsere Kultur bereichert

Die CDU Nordrhein-Westfalen hat sich immer in besonderer Weise den Vertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern verbunden gefühlt. Das Engagement der Vertriebenenverbände und Landsmannschaften begrüßen und unterstützen wir. Aussiedler und Spätaussiedler sind ein untrennbarer Bestandteil unserer Gesellschaft, unserer Geschichte und eine Bereicherung für unser Land. Über ein Fünftel der heutigen Bevölkerung Nordrhein-Westfalens hat seine Wurzeln im ehemaligen deutschen Osten und in den ost-, südost- und mitteleuropäischen Ländern und in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion. Wir sehen in den Vertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern wichtige Partner und Brückenbauer in der Verständigung mit unseren östlichen Nachbarn. Die Erschließung des kulturellen Erbes und die Wahrung der kulturellen Identität der Vertriebenen und Aussiedler sowie der deutschen Minderheiten und ihrer Verbindungen zu anderen Ländern fördern den europäischen Verständigungsprozess und sind ein zentraler Bestandteil unserer Erinnerungskultur. Sie sind Vorbild für heutige und zukünftige Integrationsprozesse.

V. Chancengerechtigkeit und Aufstiegsperspektiven in der solidarischen Gesellschaft

1. Gute Bildung für alle

Bildung ist Schlüssel für individuelle Lebenschancen

Bildung bestimmt das Leben jedes Einzelnen, so wie sie die Chancen unseres ganzen Landes prägt. Bildung ist der Schlüssel für individuelle Lebenschancen, sie hilft unsere Werte zu bewahren und unseren Wohlstand zu mehren. Deshalb lässt sich gute Bildungspolitik nicht nur an Bildungsabschlüssen, sondern vor allem an den Lebenschancen junger Menschen nach Verlassen der Schule messen. Leider ist es noch immer so, dass in Nordrhein-Westfalen der Schulerfolg stark von der sozialen Herkunft abhängt. Die Maxime der CDU Nordrhein-Westfalen lautet: Aufstieg muss für jeden jungen Menschen möglich sein, unabhängig von seiner Herkunft und seinem Elternhaus. Wir sind uns sicher: Beruflicher und gesellschaftlicher Aufstieg kann nur durch Bildung gelingen.

Die CDU Nordrhein-Westfalen versteht Erziehung und Bildung als umfassenden Prozess, dessen Elemente in der Vermittlung untrennbar aufeinander bezogen sind. Hierbei geht es um die freie Entfaltung der Persönlichkeit in all ihren sozialen Bezügen, für die Erziehung, Ausbildung und Bildung als notwendige Lernprozesse wesentliche Grundlagen darstellen. In dieser Funktion müssen Erziehung und Bildung den Menschen befähigen, sein Leben selbständig und verantwortlich zu gestalten, Rechte wahrzunehmen und Pflichten zu übernehmen. Sie helfen jungen Menschen das Leben als Chance zu begreifen und ihren Platz in Familie, Gesellschaft und Beruf zu finden.

Bildung sichert die Zukunft unserer Gesellschaft

Erziehung und Bildung dienen der Zukunftssicherung und dem Zusammenhalt der Gesellschaft. Dazu gehört die ökonomische Zukunftssicherung, die ganz wesentlich auf der Qualität der Ausbildung in allen Stufen des Bildungswesens, insbesondere der beruflichen Bildung, der Hochschule und der Weiterbildung, beruht. Dazu gehört aber auch die Zukunft des sozialen und freiheitlich-demokratischen Rechtsstaats und der Werte, auf denen diese Ordnung beruht und die im Grundgesetz und in unserer Landesverfassung festgelegt sind.

Schule fördert die Persönlichkeitsentwicklung

Die CDU Nordrhein-Westfalen will, dass Schule Neugier, Freude an lebenslanger Bildung und Lust am Lernen weckt. Sie soll ein geeignetes Umfeld für die Entwicklung sowohl intellektueller als auch emotionaler, musischer, motorischer, praktischer, kreativer, politischer und sozialer Fähigkeiten sein. Ebenso soll sie Ort kultureller, religiöser und ethischer Bildung sein. Deshalb ist für die CDU Nordrhein-Westfalen der bekenntnisorientierte Religionsunterricht unter deutscher Schulaufsicht selbstverständlicher Bestandteil aller Schulen und Schulformen. Dies gilt für den evangelischen und katholischen, den jüdischen, als auch für den islamischen Religionsunterricht. Dieser Unterricht muss im öffentlichen Raum und in deutscher Sprache stattfinden. Nur so kann Integration gelingen und gegenseitige Achtung und Toleranz wachsen.

Schule darf Bildung nicht auf die berufsorientierte Vermittlung von Wissen und Können beschränken, sondern muss der persönlichkeitsbildenden Rolle von Sinn- und Wertfragen hohes Gewicht beimessen. Indoktrination widerspricht jedoch dem freiheitlich-demokratischen Staat.

Bildung muss individuelle Fähigkeiten und Interessen des Einzelnen stärken

Die CDU Nordrhein-Westfalen berücksichtigt in ihrer Bildungspolitik die Einzigartigkeit, aber auch die Unterschiedlichkeit der Menschen in ihren jeweiligen kognitiv-intellektuellen Anlagen und Begabungen, Interessen, Neigungen, Bedürfnissen, ihrem Leistungswillen und Lerntempo. Zudem respektieren wir das Erziehungsrecht und die Wahlfreiheit der Eltern. Aus diesen Gründen stehen wir für ein gegliedertes, vielfältiges und leistungsorientiertes Bildungssystem auf allen Stufen, auch in privater Trägerschaft. Eine Einheitsschule lehnen wir ab, denn wir sind überzeugt, dass die Unterschiedlichkeit der Kinder schulische Vielfalt braucht. Deshalb wollen wir das Gymnasium und das Abitur so stärken, dass es auch weiterhin den Ansprüchen einer allgemeinen Hochschulreife entspricht. Unsere Gesellschaft ist zwingend auf eine qualifizierte Leistungselite angewiesen. Wir setzen uns dafür ein, dass Abschlüsse anderer Schulformen wieder verstärkt als passende Qualifikation für Ausbildungsberufe anerkannt werden, denn auch auf die nicht-akademischen Leistungsträger ist unsere Gesellschaft angewiesen.

Die Bildungsqualität muss im Fokus stehen

Fortdauernde Experimente und flächendeckende Schulversuche lehnen wir entschieden ab. In den vergangenen Jahrzehnten haben die Strukturdebatten in Nordrhein-Westfalen mehr Schaden angerichtet als Nutzen erzeugt. Wir haben durch den Schulkonsens den Erhalt des gegliederten Schulsystems langfristig gesichert. Wir wollen, dass in Zukunft wieder Inhalte, Leistung und Pädagogik im Vordergrund der Bildungspolitik stehen. Als oberstes Ziel muss die Verbesserung der Unterrichtsqualität erreicht werden. Hierbei müssen Bildungskataloge regelmäßig überprüft werden. Wir wollen, dass Schulen und Lehrer so gestärkt werden, dass sie ihre Schülerinnen und Schüler bestmöglich qualifizieren können. Als beste Voraussetzung dafür sehen wir neben kleineren Lerngruppen in allen Schulformen die Weiterentwicklung des Konzepts der Selbständigen Schule. Durch mehr Eigenverantwortung und zusätzliche Hilfe vor allem in Verwaltungsaufgaben einer zu regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren fortentwickelten Schulaufsicht kann die Qualität der Schulen und damit des Unterrichts verbessert werden. Die demografische Entwicklung bietet die Möglichkeit, die Schüler-Lehrer-Relation zu verbessern und Lehrer und Erzieher so einzusetzen, dass individuelle Förderung erleichtert wird. Vor allem Kinder, die besondere Schwierigkeiten oder aber auch besondere Begabungen haben, gilt es, speziell zu fördern. Wir setzen uns außerdem für die Schaffung neuer Lehrerstellen ein, um den Unterrichtsausfall in Nordrhein-Westfalen nachhaltig zu reduzieren.

Digitales Bildungsland Nummer 1 werden

Die CDU strebt an, Nordrhein-Westfalen zum digitalen Bildungsland Nr. 1 zu machen. Dabei brauchen wir digitale Grundbildung für alle und die Stärkung digitaler Exzellenz. Wir wollen bei den Schülerinnen und Schülern die Kompetenzen im kritischen Umgang mit digitalen Medien und Informationen fördern sowie bei ihnen grundständige IT-Kenntnisse durch zeitgemäßen Informatikunterricht aufbauen. Neben der theoretischen Wissensvermittlung gehört für uns auch die praktische pädagogisch sinnvolle Anwendung und verantwortungsbewusste Nutzung digitaler Medien zum Lernprozess in allen Unterrichtsfächern ab der Grundschule. Dazu ist die digitale Fort- und Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer erforderlich.

Wir wollen ein breites, wohnortnahes Schulangebot

Der demografische Wandel gefährdet vielerorts, insbesondere in ländlichen Regionen, die gewachsene Schulstruktur. Zudem hat sich die Akzeptanz der verschiedenen Schulformen im Lauf der Zeit unterschiedlich entwickelt. Hiervon sind vor allem die Hauptschulen betroffen. Deshalb wollen wir den schulpolitischen Ordnungsrahmen so justieren, dass auch dort, wo aufgrund der Schülerzahlen eigenständige Haupt- und Realschulen nicht mehr nebeneinander bestehen können, möglichst wohnortnah, z. B. in einer Sekundarschule, ein gegliedertes Schulangebot weiterhin gewährleistet bleibt. Ebenso wollen wir flexible Regelungen, die den Erhalt der letzten Grundschule in einem Ort oder Ortsteil ermöglichen.

Wir wollen die Durchlässigkeit des Bildungssystems weiter verbessern

Die CDU Nordrhein-Westfalen sieht im differenzierten Schulsystem die beste Möglichkeit, der Vielfalt der Schülerinnen und Schüler gerecht zu werden. Uns ist aber auch bewusst, dass Menschen sich unterschiedlich und unterschiedlich schnell entwickeln. Deshalb wollen wir die Durchlässigkeit des Schulsystems noch weiter verbessern. Alle Kinder und Jugendlichen müssen unabhängig davon, in welcher Schulform sie ihre Schullaufbahn beginnen und erst recht losgelöst von ihrer sozialen Herkunft bzw. dem Bildungsgrad ihrer Eltern, ihren persönlich bestmöglichen Schulabschluss erreichen können. Ebenso muss es immer die Möglichkeit geben, auch zu einem späteren Zeitpunkt einen Schulabschluss nachzuholen. Aus diesem Grund wollen wir Weiterbildungskollegs, wie beispielsweise Abendrealschulen und Abendgymnasien weiter fördern. Sie bieten für Viele eine zweite Chance.

Sprache ist Grundlage für den Bildungserfolg

Erfolgreiche Bildung setzt die sichere Beherrschung der deutschen Sprache voraus. Deshalb wollen wir besonders die Sprachfähigkeit von Kindern mit Zuwanderungsgeschichte und von Kindern mit familiär bedingter Bildungsferne fördern. Durch verbindliche Tests zur Sprachentwicklung der Kinder bereits zwei Jahre vor der Einschulung kann gewährleistet werden, dass Defizite in der Sprachfähigkeit frühzeitig erkannt und gezielt bis zur Einschulung durch eine verpflichtende Sprachförderung abgebaut werden können. Jedes Kind soll befähigt werden, von Anfang an dem Schulunterricht sicher zu folgen. Wir wollen konsequent daran arbeiten, die Lebens-, Bildungs- und Ausbildungsperspektiven von Kindern und Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte weiter zu verbessern.

Inklusion bedeutet gleiche Chancen für alle Menschen

Die CDU Nordrhein-Westfalen ist der Überzeugung, dass ein breites schulisches Angebot auch für Kinder mit Behinderung richtig und notwendig ist. Wir stehen zur schulischen Inklusion. Sie ist ein wichtiges Ziel und zugleich eine große Herausforderung für die Lehrerinnen und Lehrer sowie für die Schulen in Nordrhein-Westfalen. Gleichzeitig erkennen wir den Wert der Förderpädagogik ausdrücklich an. Bei der Umsetzung der Inklusion muss das Wohl der Kinder und Jugendlichen mit und ohne Behinderung alleiniger Maßstab sein. Wir sind der Auffassung, dass viele Kinder und Jugendlichen erfolgreich an Regelschulen lernen können. Für andere Kinder und Jugendliche bieten hingegen die speziellen Möglichkeiten der Förderschule die besseren Voraussetzungen. Daher wollen wir Eltern nach individueller Beratung in die Lage versetzen, zu entscheiden, wo ihr behindertes Kind am besten gefördert wird: in einer Regelschule oder in einer Förderschule. In Nordrhein-Westfalen sollen deshalb die Eltern jedes Kindes, das sonderpädagogische Förderung benötigt, neben dem Rechtsanspruch auf inklusiven Unterreicht in Regelschulen auch einen Rechtsanspruch auf Beschulung ihres Kinders in einer Förderschule in zumutbarer Nähe erhalten. Um wirkliche Wahlfreiheit

gewährleisten zu können, müssen die Regelschulen den Anforderungen des inklusiven Unterrichts entsprechend ausgestattet werden. Ebenso muss der Fortbestand von Förderschulen gewährleistet sein. Wir werden zudem alle Anstrengungen unternehmen, um den hierzu befähigten behinderten Jugendlichen auch eine berufliche Ausbildung zu ermöglichen.

Wir wollen Wahlfreiheit für Eltern

Orientierungspunkt in der Schul- und Bildungspolitik der CDU Nordrhein-Westfalen ist der Elternwille. Uns ist bewusst, dass unsere Politik nur im Zusammenwirken mit den Elternhäusern erfolgreich sein kann. Deshalb lehnen wir starre Schulbezirke ab. Wir wollen aber sicherstellen, dass den Kindern, die innerhalb ihrer Kommune einen Schulplatz suchen, diesen auch in ihrer Kommune erhalten können. Eltern sollen grundsätzlich die freie Wahl behalten, welche Schule sie für ihre Kinder aussuchen. Zur Wahlfreiheit der Eltern in einer vielfältigen Schullandschaft gehören auch die Schulen in freier Trägerschaft, für deren Förderung und Unterstützung sich die CDU Nordrhein-Westfalen auch zukünftig engagieren wird. Wir bekennen uns zum Erhalt der konfessionellen Bekenntnisschule in Nordrhein-Westfalen, soweit diese von den Kirchen selbst wie auch von den Eltern gewünscht wird.

Gute Bildung braucht motivierte Lehrerinnen und Lehrer

Die CDU Nordrhein-Westfalen sieht in gut ausgebildeten, regelmäßig fortgebildeten und motivierten Lehrerinnen und Lehrern die Grundlage für guten Unterricht. Wir setzen uns daher dafür ein, dass der Lehrerberuf attraktiver und ihm die gebührende gesellschaftliche Anerkennung zuteilwird. Die CDU Nordrhein-Westfalen sieht aber auch die Notwendigkeit, die Lehrkräfte zu entlasten und ihnen die Konzentration auf ihre eigentlichen Aufgaben zu ermöglichen. Daher wollen wir die Schulsozialarbeit und die schulpsychologische Beratung weiter ausbauen. Durch Schulverwaltungsassistenten sollen unserer Lehrerinnen und Lehrer zudem von bürokratischen Aufgaben entlastet werden und so mehr Raum für guten Unterricht bekommen.

Wir stehen für ein starkes duales Ausbildungssystem ein

Die CDU Nordrhein-Westfalen will der dualen Ausbildung größere Aufmerksamkeit widmen und sie weiter stärken. Das duale Ausbildungssystem in Deutschland ist einmalig und hat sich bewährt. Durch die hochqualifizierten Facharbeiter in diesem Land sind unsere Industrie und unser Mittelstand international wettbewerbsfähig und konnten in der Vergangenheit Krisen erfolgreich bewältigen. Daran wollen und werden wir festhalten. Für uns sind berufliche und akademische Ausbildung gleich wertvoll. Wir wenden uns gegen eine fortschreitende Akademisierung von klassischen Ausbildungsberufen. Bewährte duale Berufsausbildungen müssen insbesondere vor dem Hintergrund des drohenden Fachkräftemangels erhalten bleiben. Wir wollen durch Flexibilisierung dazu beitragen, dass ein flächendeckendes Angebot an Berufskollegs bestehen bleibt. Wir sehen in der dualen Ausbildung auch den Ausdruck der Vielfalt von Talenten, Interessen und Fähigkeiten der Menschen in Nordrhein-Westfalen. Damit junge Menschen den für sie richtigen Weg einschlagen, wollen wir das Übergangsmanagement von der allgemeinbildenden Schule in die Ausbildung oder in das Studium verbessern. Unser Ziel ist es, so die Abbrecherquoten in Lehre und Studium zu verringern. Zudem wollen wir die Ausbildungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler insgesamt verbessern. Hierin liegt der Schlüssel, möglichst allen Schulabgängern den Zugang zu Ausbildung zu ermöglichen. Studienabbrecher sollen in Nordrhein-Westfalen eine systematisierte Möglichkeit erhalten, einen beruflichen Abschluss im Dualen System auf verkürztem Wege zu erreichen. Hierzu bedarf es einer engen Zusammenarbeit mit den Kammerorganisationen.

2. Wissenschaft, Forschung und Technologie

Innovationen schaffen Zukunftsperspektiven

Forschung und Entwicklung sind für alle Bereiche unseres Lebens wichtig. Dazu gehören beispielsweise so wichtige Bereiche wie medizinischer Fortschritt, Energieversorgung, Klimaschutz, die Zukunft der Mobilität oder schnelle und sichere Kommunikation.

Wir brauchen eine starke Hochschul- und Wissenschaftslandschaft

Der Erfolg der Wirtschaft, die Sicherung unseres Wohlstandes und der Beschäftigung wie auch die Zukunftsfähigkeit unseres Landes hängen unmittelbar mit der Qualität und der Innovationsfähigkeit des Hochschulstandorts Nordrhein-Westfalen zusammen. Deshalb wollen wir die Wissenschaft in unserem Land stärken. Den wachsenden Bedarfen in den MINT-Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik wollen wir Rechnung tragen. Dies gilt gleichermaßen für die Grundlagenforschung wie für die anwendungsorientierte Forschung. Ebenso wichtig ist neben den Natur- und Ingenieurwissenschaften der Bereich der Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften, die für unsere Gesellschaft genauso bedeutend sind und nicht kurzfristigen Nützlichkeitserwägungen unterworfen werden dürfen.

Wir stehen zur Freiheit von Wissenschaft und Forschung

Kernelement unserer Wissenschaftspolitik ist die Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre, denn Freiheit im Denken schafft den nötigen Raum für Kreativität und grundlegenden Erkenntnisgewinn. Damit sich freies Denken entfalten kann, brauchen die Hochschulen weitgehende Autonomie. Wir Christdemokraten sind davon überzeugt, dass die Hochschulen selbst am besten entscheiden können, wie und wozu geforscht wird und wie die vorhandenen Ressourcen eingesetzt werden. Gerade in einer sich immer schneller wandelnden Welt ist eine kluge und gleichzeitig zurückhaltende staatliche Rahmensetzung notwendig, um einen attraktiven Wissenschaftsstandort zu schaffen. Hochschulfreiheit, wie sie 2006 mit dem Hochschulfreiheitsgesetz gewährleistet wurde, ist die Voraussetzung für erfolgreiche Hochschulen. Die Universitäten und Fachhochschulen haben die gewonnene Hochschulfreiheit klug und verantwortungsvoll genutzt. Wir wollen an diese erfolgreichen Jahre anknüpfen.

Wir wollen attraktiv sein für die klügsten Köpfe

Fundament einer jeden Wissensgesellschaft sind ihre klugen Köpfe, deshalb ist die Qualität der Hochschulbildung von entscheidender Bedeutung. Unser Ziel ist es, den jungen Menschen in diesem Land die bestmögliche akademische Ausbildung zu ermöglichen. Exzellente Akademiker sind heute mobiler als je zuvor. Wenn die Voraussetzungen nicht mehr stimmen und Belastungen durch Steuern, Abgaben, mangelnde Infrastruktur, Bürokratie und staatliche Gängelung sowie Wissenschafts- und Technologiefeindlichkeit überhand nehmen, ziehen sie weiter. Deshalb bedarf es eines nachhaltigen und umfassenden Konzepts, damit qualifizierten und leistungsfähigen Fachkräften in Nordrhein-Westfalen eine dauerhafte Perspektive geboten wird. Zudem wollen wir die Grundlagen für eine akademische Personalentwicklung an den Hochschulen verbessern und für verlässliche Beschäftigungsverhältnisse sorgen.

Wir wollen ein breites und attraktives Studienangebot

Die CDU Nordrhein-Westfalen setzt sich dafür ein, die Hochschulen in diesem Land dazu zu befähigen, die wachsenden Studierendenzahlen zu bewältigen. Unser Ziel ist es, dass junge Menschen sich das Studium und die Hochschule ihrer Wahl aussuchen können. Dazu gehört auch, Menschen die Möglichkeit eines Fernstudiums zu eröffnen. Einer zunehmenden Vernachlässigung der dualen Ausbildung muss entschieden entgegengewirkt werden, um deren international geschätztes Potential zu erhalten. Gut ausgebildete Fachkräfte sind der Motor unserer Wirtschaft. Um die Attraktivität der dualen Ausbildung zu steigern, wollen wir sie stärker mit dem Fachhochschulwesen verzahnen. In einer sich stetig wandelnden Arbeitswelt müssen neue Wege der Hochschulbildung und ein einfacherer Wechsel zwischen den Hochschultypen ermöglicht werden. Zudem müssen Studienfächer und duale Ausbildungen an die Digitalisierung angepasst werden und diese in ihren Lehrplänen berücksichtigen.

Wir wollen die besonders klugen Köpfe besonders stärken und fördern

Wir Christdemokraten wissen um die Verschiedenheit der Menschen, die sich auch in unterschiedlichen Begabungen ausdrückt. Als Gesellschaft profitieren wir alle davon, wenn besonders kluge Köpfe zusätzlich gefördert werden. Deshalb treten wir für eine breite Stipendienkultur ein und fordern auch die Wirtschaft dazu auf, sich hier noch stärker zu beteiligen. So gelingt uns die Entfaltung von Exzellenz an unseren Universitäten und Hochschulen.

Wir wollen technologieoffene Forschung und Entwicklung

Nordrhein-Westfalen ist ein erfolgreiches Industrieland und wir wollen, dass das so bleibt. Deshalb brauchen wir technologieoffene Forschung ohne politische Scheuklappen. Wir werden den Herausforderungen der Zukunft nur erfolgreich begegnen, wenn wir neuen wissenschaftlichen Ideen mit Neugier und Offenheit, gegenübertreten. Es ist dabei geboten, Chancen und Risiken der Forschung gewissenhaft abzuwägen. Die Freiheit der Forschung findet dort ihre Grenzen, wo die unantastbare Würde des Menschen verletzt oder die Schöpfung gefährdet wird. Umweltverschmutzung, Rohstoff- und Energieressourcenknappheit oder der drohende Kollaps bei der Mobilität sind nur einige Beispiele, die neue Anstrengungen im Wissenschafts- und Forschungsbereich notwendig machen. Dabei ist die schnelle Überführung von Forschungsergebnissen in marktreife Produkte geboten. Nur so können sie zu Entwicklung und wachsendem Wohlstand beitragen. Deshalb wollen wir den Transfer von Forschungsergebnissen in die Wirtschaft und die strategischen Kooperationen zwischen den Hochschulen und der Wirtschaft, insbesondere auch den mittelständischen Unternehmen, ausbauen und stärken.

Gute Lehre und Forschung brauchen solide Finanzierung

Die CDU Nordrhein-Westfalen ist überzeugt, dass die Hochschulen in unserem Land ihren Aufgaben und Pflichten nur gerecht werden können, wenn sie eine solide und angemessene materielle und personelle Grundausstattung zur Verfügung haben. Darüber hinaus brauchen wir auch in Zukunft Unternehmen, die in Forschung investieren. Von diesen Investitionen profitieren Hochschulen wie Unternehmen gleichermaßen.

Wir brauchen eine besondere Innovationsförderung für unseren Mittelstand

Insbesondere die Innovationskompetenzen kleiner und mittlerer Unternehmen gilt es zu verbessern, denn diese Unternehmen haben oft Schwierigkeiten, die Finanzierung von Forschung und Entwicklung aus eigener Kraft sicherzustellen. Die CDU Nordrhein-Westfalen engagiert sich dafür, das bisherige Angebot der Innovationsförderung um eine steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung zu ergänzen.

3. Faire Löhne für gute Arbeit

Unser Ziel ist Vollbeschäftigung

Arbeit ist sinnstiftend und erfüllend. Sie ist die Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, bietet Einkommen und Wohlstand. Damit schafft Arbeit nicht nur Sicherheit und Unabhängigkeit, sondern auch die Grundlage für eine freie Lebensplanung und -gestaltung.

Das Ziel der CDU Nordrhein-Westfalen ist die Verwirklichung von Vollbeschäftigung in unserem Land. Gute Arbeit für alle – diesem Ziel fühlen wir uns verpflichtet. Dabei nehmen wir alle Bevölkerungsgruppen in den Blick: Männer und Frauen, Junge und Ältere, gut und gering qualifizierte Menschen sowie Menschen mit Behinderung. Wir wissen darum, dass jeder Mensch Fähigkeiten besitzt, nach Anerkennung strebt und teilhaben will. Vor diesem Hintergrund treten wir dafür ein, dass jeder Mensch Chancen auf dem Arbeitsmarkt bekommt. Und auch mit Blick auf die anstehenden demografischen Herausforderungen darf niemand von Arbeit ausgegrenzt werden. Dieses Ziel zu erreichen, bedarf der gemeinsamen Anstrengung von Unternehmern und Beschäftigten, denn sie tragen mit ihrer Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit gleichermaßen zum Erfolg ihrer Unternehmen und unserer Volkswirtschaft sowie zum Wohlstand unserer Gesellschaft bei.

Wir wollen faire Löhne

Unsere Maxime lautet: Leistung muss sich lohnen und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Arbeit, die nicht angemessen entlohnt wird, vermittelt keine Würde. Wer qualifiziert ausgebildet ist und in Vollzeit erwerbstätig ist, muss von seinem Verdienst auch leben können. Sittenwidrige Löhne, Lohndumping, Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung sind nicht nur unsozial, unwürdig und ungerecht, sie gefährden auch den sozialen Frieden in unserem Land und verzerren den Wettbewerb. Die CDU Nordrhein-Westfalen tritt daher entschieden für Leistungsgerechtigkeit ein. Zu fairen Löhnen zählt auch die staatlich geförderte Kapitalbildung in Arbeitnehmerhand; sie ist ein wichtiger Beitrag zur Absicherung gegen Lebensrisiken, zur Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand und zur Gestaltung des Ruhestandes. Dieses bewährte Instrument wollen wir als Ausdruck einer aktivierenden und solidarischen Sozialpolitik stärken und weiter ausbauen.

Die Soziale Marktwirtschaft ermöglicht Leistungsgerechtigkeit

In der Sozialen Marktwirtschaft sehen wir den Rahmen, in dem Leistungsgerechtigkeit und ein hohes Beschäftigungsniveau am besten erreicht werden können. In ihr tragen die Sozialpartner, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, gegenseitig Verantwortung für gerechte Löhne, für angemessene Arbeitsbedingungen und für den Erhalt der unternehmerischen Wettbewerbsfähigkeit. Sie schaffen so die Grundlage dafür, dass nach Gewinn strebende Unternehmen innovative und qualitativ hochwertige Güter und Dienstleistungen mit gut qualifizierten und motivierten Mitarbeitern erstellen, um im Wettbewerb bestehen und weiterhin in Fortschritt investieren zu können. Hierin wiederum liegt der Schlüssel für Beschäftigung und Wohlstand.

Die CDU Nordrhein-Westfalen steht zu Sozialpartnerschaft und Tarifautonomie

Die CDU Nordrhein-Westfalen ist die Partei der Sozialen Marktwirtschaft und tritt entschieden gegen jeden Versuch ihrer Aushöhlung an. Uns ist klar, dass sich die Arbeitsbedingungen in einem Unternehmen verbessern, wenn die Beschäftigten eingebunden werden. Insofern bekennen wir uns zur betrieblichen Mitbestimmung und zur Mitbestimmung im Unternehmen. Aus unserer Sicht ist das Instrument der Mitbestimmung geeignet, den Unternehmenserfolg positiv zu beeinflussen. Die Lohnfindung ist Sache der Tarifpartner. Wir stehen zur Tarifautonomie, weil wir wissen, dass die Sozialpartner über das nötige Wissen und die Kompetenz verfügen, zu einem gerechten und marktkonformen Ausgleich der gegenläufigen Interessen zu kommen. Deshalb unterstützen wir es, wenn sich die Unternehmen in Arbeitgeberverbänden und die Arbeitnehmer in Gewerkschaften organisieren. Die Sozialpartnerschaft lebt von der aktiven Teilnahme von Unternehmen und Beschäftigten. Insofern betrachten wir die nachlassende Tarifbindung mit Sorge.

Versuche, die Tarifautonomie durch staatliche Regulierung zu unterlaufen, lehnen wir strikt ab. Der Staat hat vielmehr eine flankierende Rolle, in dem er Rahmenbedingungen schafft, die der Sozialen Marktwirtschaft zur Entfaltung verhelfen. In der aktiven Arbeitsförderung liegt beispielsweise eine wichtige Aufgabe, denn sie unterstützt Menschen wieder oder erstmals in Beschäftigung zu kommen. Der gesetzliche Mindestlohn garantiert die Durchsetzung fairer Löhne am unteren Rand. Wir stehen zum gesetzlichen Mindestlohn wobei uns wichtig ist, dass über dessen Anpassungen nicht die Politik, sondern eine unabhängige Kommission aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern entscheidet.

Starke Industrie und wettbewerbsfähige Wirtschaft bedeuten sichere Jobs und faire Löhne

Niedrige Löhne sind weniger ein Merkmal der Industrie als vielmehr der Dienstleistungswirtschaft. Auch aus diesem Grund ist es wichtig, dass Nordrhein-Westfalen Industriestandort bleibt und unsere Unternehmen ihre Güter weiterhin erfolgreich auf den Weltmärkten anbieten. Eine zukunftsorientierte Industriepolitik trägt insofern zu fairen Löhnen und guten Arbeitsbedingungen bei.

Damit nordrhein-westfälische Unternehmen in der globalisierten Welt wettbewerbsfähig sind und bleiben, bedarf es auch der Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt. Regelungen wie Zeitarbeit und Minijobs haben zu einer positiven Entwicklung der Beschäftigung geführt. Sie haben vielen Menschen einen Zugang zum Arbeitsmarkt erst ermöglicht und den individuellen Bedürfnissen von bestimmten Personengruppen Rechnung getragen. Deshalb sollen sie im Grundsatz erhalten bleiben. Allerdings sehen wir mit Sorge, dass diese Regelungen vielfach missbraucht werden und zu atypischen Beschäftigungsverhältnissen geführt haben. Aus diesem Grund ist der Gesetzgeber weiterhin gefordert, den rechtlichen Rahmen in einer Weise zu verändern, der einen Missbrauch zu Lasten der Beschäftigten ausschließt.

Der Charakter der Sozialen Marktwirtschaft drückt sich auch in unseren sozialen Sicherungssystemen aus. Es ist eine Daueraufgabe des Gesetzgebers, dieses Instrumentarium an die sich wandelnden Rahmenbedingungen anzupassen.

4. Gleiche Chancen für Frauen und Männer

Wir wollen Gleichberechtigung von Frauen und Männern verwirklichen

Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist ein Grundrecht. Sie ist zur Grundüberzeugung der Menschen in Nordrhein-Westfalen geworden. Und dennoch ist sie in der gesellschaftlichen Realität noch immer nicht vollständig realisiert. Die CDU Nordrhein-Westfalen sieht hierin Auftrag und Ansporn zugleich. Unser Ziel ist es, gleiche Chancen für Frauen und Männer, Jungen und Mädchen zu schaffen und noch immer existierende Benachteiligungen abzubauen. Deshalb setzen wir uns für eine gezielte Förderung von Frauen und Männern ein, so dass beide ihr Leben frei und selbstbestimmt gestalten können und dabei die gleichen Möglichkeiten haben.

Wir wollen mehr Frauen in Führungspositionen

Die CDU Nordrhein-Westfalen erkennt die Tatsache, dass Frauen im Berufsleben noch immer stark benachteiligt werden. Bei gleicher Qualifikation und gleicher Leistung verdienen Frauen oftmals noch immer deutlich weniger als Männer und in den Leitungspositionen von Unternehmen und Verwaltungen sind sie weiterhin unterrepräsentiert. Diese Missverhältnisse wollen wir beenden. Für uns gilt der Grundsatz: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Zudem wollen wir, dass bei der Besetzung von Führungspositionen und Entscheidungsgremien in Zukunft eine ausgewogene Geschlechterverteilung angestrebt wird. Dies gilt nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für die öffentliche Verwaltung, für Wissenschaft und Forschung, Verbände, Medien, Kultur und natürlich auch für die Politik. Als CDU-Landesverband wollen wir mit gutem Beispiel voran gehen. Unser Ziel ist es, dass Frauen einen höheren Anteil an politischen Ämtern erlangen. Wir wollen mehr Frauen in den Räten und Parlamenten, mehr Bürgermeisterinnen, Oberbürgermeisterinnen, Landrätinnen und Ministerinnen.

Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist Wesenskern unseres Landes

Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist nicht nur in der Verfassung grundgelegt, sondern gehört für uns zum kulturellen Kern Nordrhein-Westfalens. Deshalb erwarten wir von allen Menschen, die nach Nordrhein-Westfalen kommen und hier leben wollen, dass sie diesen Grundsatz teilen und aktiv leben. Wo Parallelgesellschaften entstehen, in denen Frauenrechte missachtet werden, wo Zwangsheiraten organisiert werden und Ehrenmorde stattfinden, stehen wir für eine entschlossene Strafverfolgung.

5. Zukunftsfeste Gesundheitsversorgung, Pflege und Alterssicherung

Das Gesundheitssystem muss sich am Wohl der Menschen orientieren

Das Gesundheitssystem ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Medizinische Leistungen müssen sich zu allererst am Patientenwohl orientieren. Die CDU Nordrhein-Westfalen bekennt sich zu einer wohnortnahen und flächendeckenden Grundversorgung der Menschen mit hochwertigen medizinischen ambulanten und stationären Leistungen. Die medizinische Versorgung der Menschen darf nicht rein wirtschaftlichen Kriterien unterworfen werden, sondern das Wohl der Patienten und der medizinische Nutzen müssen immer im Vordergrund stehen. In unserem Gesundheitssystem haben die Träger der gesetzlichen Krankenversicherung ebenso ihren Stellenwert wie die Unternehmen der privaten Krankenversicherung. Die CDU Nordrhein-Westfalen tritt für den Bestand und die Weiterentwicklung eines in Jahrzehnten gewachsenen und bewährten Systems ein.

Wir wollen eine wohnortnahe, flächendeckende Gesundheitsversorgung

Die alternde Gesellschaft, der damit einhergehende Mangel an qualifizierten medizinischen Gesundheitsfachkräften, wie Ärzten, Pflege- und Therapiefachkräften, und die Finanzierung der immer

effektiveren, aber teurer werdenden medizinischen Leistungen stellen das Gesundheitswesen vor besondere Herausforderungen. In allen Teilen Nordrhein-Westfalens, sowohl im ländlichen Raum als auch in den Ballungsgebieten, muss eine ausreichende medizinische Versorgung sichergestellt werden. Die Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen haben in der medizinischen Versorgung eine hohe Qualität. Wir brauchen leistungsfähige Krankenhäuser für eine hochwertige, innovative, flächendeckende und wohnortnahe Patientenversorgung. Die Krankenhäuser müssen gut erreichbar sein. Es bedarf effizienter Strukturen und einer besseren Verzahnung der Sektoren. Zudem müssen der Rettungsdienst ausgebaut und die Notfallversorgung gewährleistet sein, in die auch das Notdienstangebot der Krankenhäuser einbezogen werden sollte.

Wir wollen eine gute medizinische Versorgung auf dem Land

Insbesondere im ländlichen Raum ist ein Mangel an Fach- und Hausärzten zu verzeichnen. Die flächendeckende medizinische Versorgung wird dadurch erheblich erschwert. Neben dem Bereich der Hausärzte – was besonders für ältere Patienten ein Problem ist – sind auch manche Regionen schon bei der Versorgung von Fachärzten unterbesetzt. Die CDU Nordrhein-Westfalen tritt dafür ein, Anreizmodelle für ärztliche Niederlassungen in unterversorgten Gebieten zu entwickeln. Die Arbeit in ländlichen Regionen sollte insbesondere für junge Ärztinnen und Ärzte so attraktiv und wirtschaftlich gestaltet sein, dass sie nach dem Studium eine Arztpraxis übernehmen wollen.

Um das Problem des Ärztemangels in den Griff zu bekommen, muss bereits beim Studium angesetzt werden. Viele junge Menschen möchten Medizin studieren, aber es stehen nicht genügend Studienplätze in unserem Land zur Verfügung. Die CDU Nordrhein-Westfalen setzt sich für die Schaffung neuer Studienplätze ein. Damit es zukünftig mehr Hausärzte gibt, müssen mehr Allgemeinmediziner an den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen ausgebildet werden. Daher will die CDU Nordrhein-Westfalen neben den acht bereits bestehenden medizinischen Fakultäten eine zusätzliche Fakultät in Ostwestfalen-Lippe einrichten.

Für eine gute Betreuung chronisch Kranker und älterer Patienten auf dem Lande ist es sinnvoll, dass medizinische Tätigkeiten an geschultes Personal mit entsprechender Ausbildung delegiert werden können. Wir setzen uns für die Erweiterung des Katalogs delegierbarer Leistungen sowohl für ambulante wie für stationäre Leistungen ein. Wir sprechen uns auch für den Einsatz und Ausbau der Telemedizin aus, da dadurch die Versorgung und Betreuung der Patienten auf dem Land verbessert werden kann.

Wir wollen den Präventionsgedanken stärken

Der Präventionsgedanke und die Gesundheitserziehung müssen gestärkt werden. Gerade auf die gesundheitliche Prävention als Mittel der Eigenverantwortung jedes Einzelnen für sein gesundheitliches Wohlbefinden muss ein größeres Augenmerk gerichtet werden.

Wir müssen die Pflege zukunftsfest gestalten

Die Zahl der pflegebedürftigen Menschen wird bis zum Jahr 2034 um 20 bis 25 Prozent steigen. Bis zum Jahr 2050 wird die Zahl auf rund eine Million steigen und fast doppelt so hoch sein wie im Jahr 2015. Immer mehr hochbetagten Pflegebedürftigen stehen immer weniger junge Menschen gegenüber, und immer mehr Menschen über 80 Jahre brauchen Hilfe, Zuwendung und Assistenz. Bei der Frage, wie Pflege angesichts der demografischen Entwicklung in Zukunft

sichergestellt werden kann, steht für die CDU Nordrhein-Westfalen stets das Wohl der jetzt und zukünftig pflegebedürftigen Menschen und deren Angehörigen im Vordergrund.

Es ist Aufgabe der Politik, die Rahmenbedingungen und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben so zu gestalten, dass alle Menschen möglichst lange in der gewohnten Umgebung leben können. Daher unterstützt die CDU Nordrhein-Westfalen grundsätzlich den Ansatz „ambulant vor stationär“ und die Förderung eines Hilfe- und Sorgemixes zwischen Angehörigen, Ehrenamtlichen und Profis. Dazu gehört eine entsprechende Infrastruktur mit bedarfsgerechten Wohnformen wie z. B. betreutes Wohnen und Hausgemeinschaften einschließlich der Verzahnung ambulanter und stationärer Dienste.

Ein großer Teil der Pflege wird weiterhin in den Familien geleistet. Deshalb setzen wir uns dafür ein, pflegende Angehörige zu stärken und bei der Pflege zu entlasten. Zudem wollen wir die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Erwerbsarbeit verbessern. Die Bedeutung palliativer Versorgung wird angesichts einer älter werdenden Gesellschaft zunehmen. Aus christlicher Verantwortung heraus wollen wir den Ausbau von palliativer Versorgung und die Einrichtung von Hospizen fördern.

Wir brauchen gute und bedarfsgerechte stationäre Pflegeangebote

Allerdings wird es immer Fälle geben, bei denen zu Hause eine Pflege in der gebotenen Qualität und Sorgfalt nicht oder nicht mehr möglich ist. Es wird in NordrheinWestfalen eine immer größer werdende Zahl alter Menschen geben, die intensive Pflege benötigen. Gesellschaftliche Entwicklungen wie eine zunehmende Anzahl von Singlehaushalten oder entfernt wohnende Angehörige führen dazu, dass eine Pflege innerhalb der Familie häufig nicht mehr sichergestellt werden kann. Die CDU Nordrhein-Westfalen setzt sich daher ausdrücklich für den Ausbau der stationären Pflege ein. Sowohl die ambulante Pflege wie auch eine ausreichende Anzahl stationärer Pflegeplätze werden benötigt, um pflegebedürftige Menschen flächendeckend und adäquat versorgen zu können.

Bei der Schaffung stationärer Angebote muss die Politik berücksichtigen, dass es in den Regionen Nordrhein-Westfalens deutlich unterschiedliche Bedarfe gibt. Während in einigen Regionen der Bedarf an stationären Plätzen gedeckt ist, gibt es Kommunen, in denen es erheblichen Bedarf an zusätzlichen Plätzen in diesem Bereich gibt. Um Überkapazitäten im stationären Pflegebereich zu vermeiden, müssen die Kommunen stärker in die Bedarfsplanung neuer Pflegeplätze einbezogen werden. Darüber hinaus muss bei der Planung von Pflegeeinrichtungen ein besonderes Augenmerk auf die Bedarfe von Menschen mit demenziellen Erkrankungen gelegt werden.

Wir wollen Pflegeberufe attraktiver gestalten

In Nordrhein-Westfalen werden wir aufgrund unserer Demographie in Zukunft jedes Jahr zwischen 2 und 3 Prozent mehr pflegebedürftige Menschen haben. Neben einer Verbesserung der Pflege gilt es Maßnahmen zur Pflegevermeidung zu stärken und die Zusammenarbeit aller, auch nicht-ärztlicher Gesundheitsberufe, sektorübergreifend auszubauen. Bei den medizinischen Pflegeberufen müssen daher die Ausbildungskapazitäten erhöht werden. Mehr Aufstiegschancen durch Fort- und Weiterbildungen und entsprechend verbesserten Verdienstmöglichkeiten sind dazu geeignet, die Attraktivität der medizinischen Pflegeberufe deutlich zu steigern.

Mit steigender Anzahl pflegebedürftiger Menschen werden zusätzliche Pflegefachkräfte benötigt. Da einerseits mehr Fachkräfte gebraucht werden und andererseits der Anteil der Erwerbstätigen grundsätzlich sinkt, werden sich in Zukunft auch im Pflegebereich personelle Engpässe verschärfen.

Die CDU Nordrhein-Westfalen bekennt sich zur generalistischen Pflegeausbildung. Sie befähigt zur Pflege von Menschen aller Altersgruppen in allen Versorgungsformen und bietet den Pflegekräften von morgen neue Chancen im Laufe Ihrer Berufsbiographie flexible und in die unterschiedlichsten Arbeitsbereiche wechseln zu können. Um dem drohenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken, setzt sich die CDU Nordrhein-Westfalen dafür ein, dass verstärkt Anreize geschaffen werden, damit junge Menschen sich für einen Pflegeberuf entscheiden. Interessante Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten und bessere Verdienstmöglichkeiten sollen ebenso wie Modelle der Vereinbarkeit von Familie und Beruf dazu führen, Pflegeberufe attraktiver zu machen. Wir möchten, dass die Pflegeberufe allen Schulabgängern offen stehen. Jeder soll in Nordrhein-Westfalen die Chance haben, sich in den Pflegeberufen weiter zu qualifizieren. Vom Helfer zur examinierten Fachkraft, bis zum Akademiker unter Anrechnung der bereits erworbenen Qualifikationen.

Wir wollen die Alterssicherung zukunftsfest gestalten

Die CDU Nordrhein-Westfalen erkennt den Wert der traditionellen Alterssicherung. Sie beruht auf der umlagefinanzierten, durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber getragenen gesetzlichen Rentenversicherung und honoriert die Leistungen, die durch Beitragszahlungen, Kindererziehung oder die Pflege von Angehörigen erbracht wurden. Im Regelfall ermöglicht sie einen auskömmlichen Ruhestand. Allerdings wird sich in den kommenden Jahrzehnten das Problem der Altersarmut erheblich verschärfen. Hauptbetroffene werden dabei vor allem Frauen sein. Wichtige Ursachen hierfür sind gerade in Nordrhein-Westfalen dauerhafte strukturelle Arbeitslosigkeit, gebrochene Erwerbsbiographien mit ungesicherten bzw. unregelmäßigen Einkommensbezügen, Teilzeitarbeit, die Zunahme von Beschäftigungsverhältnissen im Niedriglohnbereich, eine andauernde Niedrigzinsphase mit Folgen für Lebens- und private Rentenversicherungen sowie die durch den demografischen Wandel bedingte Niveauabsenkung bei der gesetzlichen Rente. Diese ist unvermeidlich, weil immer weniger Beitragszahler auf immer mehr Rentenbezieher kommen. Derzeit müssen drei Erwerbstätige für eine Rente aufkommen, im Jahr 2030 werden dies voraussichtlich zwei Erwerbstätige leisten müssen. Damit der gewohnte Lebensstandard im Alter gesichert und Altersarmut verhindert werden kann, muss die gesetzliche Altersversorgung durch eine betriebliche und eine private Alterssicherung wirkungsvoll ergänzt werden. Die CDU Nordrhein-Westfalen setzt sich darüber hinaus dafür ein, neue Formen staatlicher wie privater Vorsorge zu prüfen und die bereits bestehenden noch stärker zu fördern. Dazu gehört auch ein flexibler Renteneintritt, der vorhandene Potenziale besser nutzt und die Höhe des individuellen Rentenanspruchs positiv beeinflusst. Nur auf diese Weise kann sichergestellt werden, dass einerseits jüngere Menschen nicht zu stark mit Beitragszahlungen belastet werden und über eine sichere Lebensplanung verfügen und andererseits ältere Menschen eine hohe Verlässlichkeit für ihren Lebensabend erhalten. Im Sinne des Subsidiaritätsprinzips erscheint es darüber hinaus angebracht, Altersarmut nicht allein als staatliches bzw. materielles Problem zu begreifen, sondern ebenso sehr als gesellschaftliche und menschliche Herausforderung. Altersarmut hängt oft unmittelbar mit dem Verlust sozialer Kontakte zusammen. Deshalb setzen wir uns für eine Stärkung des Generationenzusammenhalts ein.

Die CDU Nordrhein-Westfalen tritt ein für das Recht der in selbständiger und abhängiger Beschäftigung stehenden Angehörigen der Freien Berufe auf Bestand und Fortentwicklung ihrer berufsständischen Versorgungswerke als Trägerinnen der Alterssicherung sowie der Absicherung gegen Berufsunfähigkeit.

VI. Energie und Umwelt

1. Stärkung des Energielandes Nordrhein-Westfalen im Zeichen der Energiewende

Wir wollen, dass Nordrhein-Westfalen Energieland Nummer 1 bleibt

Für kein anderes Bundesland sind Fragen der Energieerzeugung, der Versorgungssicherheit und der Bezahlbarkeit von Energie so entscheidend wie für Nordrhein-Westfalen, das industrielle Schlüsselland Deutschlands.

Als Energieproduzent Nr. 1 und Standort vieler energieintensiver Betriebe hat Nordrhein-Westfalen ein besonderes Interesse am Gelingen der Energiewende. Unser Ziel ist, dass Nordrhein-Westfalen dabei ein wettbewerbsfähiges Industrieland mit einer starken heimischen Wirtschaft bleibt. Bezahlbare Energie ist dafür besonders wichtig, gerade für energieintensive Industrien im Wettbewerb mit ausländischer Konkurrenz. Deshalb ist es eine Aufgabe der staatlichen Wirtschaftsförderung und der energiepolitischen Entscheidungsträger, die Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Industrie und so Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen zu erhalten.

Die Energiepolitik der CDU Nordrhein-Westfalen wird vor diesem Hintergrund von fünf Handlungsmaximen geprägt:

- Erstens wollen wir den Ausbau der Erneuerbaren Energien weiter fördern und den Strukturwandel des nordrhein-westfälischen Kraftwerksparks mit marktwirtschaftlichen Instrumenten voranbringen.
- Zweitens wollen wir, dass auch in Nordrhein-Westfalen Energie künftig effizienter produziert, transportiert und genutzt wird.
- Drittens wollen wir den „schlafenden Riesen“ der Energieeffizienz auch durch Einsparungen im Verbrauch wecken und so zur Verwirklichung der Ziele der Energiewende und damit zum Klimaschutz beitragen.
- Viertens wollen wir dafür sorgen, dass im Rahmen der Energiewende der Aspekt der Versorgungssicherheit stets eine starke Beachtung erfährt. Dies bedeutet auch, dass wir so lange an effizienten Formen der fossilen Energieerzeugung festhalten müssen, wie dies für eine sichere und bezahlbare Versorgung notwendig ist.
- Fünftens wollen wir die Durchsetzung der Energiewende nur mit der Bevölkerung und nicht gegen sie. Deshalb ist besonders beim Ausbau der Windkraft darauf zu achten, dass insbesondere die Abstände zur Wohnbebauung ausreichend groß sind. Wir stehen für die kommunale Selbstverantwortung und deshalb müssen Städte und Gemeinden die Möglichkeit haben, den Ausbau der Windkraft innerhalb ihrer Grenzen zu steuern.

Die Energiewende ist ein Generationenprojekt

Wir bekennen uns ausdrücklich zur in Deutschland eingeleiteten Energiewende. Sie ist eine der größten Infrastrukturaufgaben unseres Landes und mit zahlreichen Herausforderungen verbunden. Wir wollen, dass Nordrhein-Westfalen seine Potentiale zur Erzeugung Erneuerbarer Energien, seine Netzinfrastruktur sowie seinen Beitrag zur Absicherung der Grundlast in diesen Prozess einbringt. In der gesamtdeutschen Energiewende-Debatte muss Nordrhein-Westfalen aber auch als Stimme der Industrie und des Mittelstandes auftreten und immer wieder darauf hinweisen, wie sehr sich die Entwicklung der Energiekosten auf deren Wettbewerbsfähigkeit auswirken kann.

Die CDU Nordrhein-Westfalen betrachtet die Energiewende als Generationenprojekt. Dabei haben wir Versorgungssicherheit, Umweltschutz und Bezahlbarkeit gleichermaßen im Blick. Dieses Zieldreieck der Energiewende wollen wir weiterentwickeln zu einem Viereck, indem wir das Ziel der Arbeitsplatzsicherung hinzufügen. Nur so kann die erforderliche breite gesellschaftliche Akzeptanz geschaffen werden und die Energiewende gelingen. Eine umsichtige Energiepolitik schafft Stabilität, Planungssicherheit für Verbraucher und die Akteure an den Energiemärkten. Unsere Energiepolitik hat die Folgen für bestehende und künftige Arbeitsplätze im Blick. Bei der Umsetzung vor Ort kommt den kommunalen Stadtwerken dabei eine besondere Bedeutung zu.

Wir stehen für eine handfeste, zukunftsorientierte Energiepolitik

Die CDU Nordrhein-Westfalen betrachtet die enge Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Land, Bund und Europa auf der einen Seite und der privaten Verbraucher sowie der Wirtschaft auf der anderen Seite als zwingende Voraussetzung für eine erfolgreiche Energiepolitik. Dazu gehört auch ein funktionierendes, abgestimmtes Projektmanagement des Bundes und der Länder sowie der Länder untereinander, vor allem um deren konkurrierende Ausbauziele zu harmonisieren. Wir wollen ein System, das marktwirtschaftlich ausgerichtet, effizient, technologieoffen und innovationsfördernd ist. Planwirtschaft lehnen wir ab. Es gilt, staatliche Rahmenbedingungen für die Erreichung der energiepolitischen Ziele, für Verlässlichkeit und einen fairen Wettbewerb zu schaffen, ohne in die alten Muster einer Überregulierung oder Fehlsubventionierung zurückzufallen.

Zudem ist eine Synchronisation des Ausbaus der Erneuerbaren Energien mit dem Netzausbau so auszugestalten, dass Kostensenkungspotentiale gehoben und damit die Belastungen für die Volkswirtschaft reduziert werden können, ohne die Ziele der Energiewende in Frage zu stellen. Beim notwendigen Ausbau des Stromnetzes werden wir Eingriffe in die Landschaft auf das notwendige Maß zu reduzieren. Wir geben den Erneuerbaren Energien die Chance , Innovationen anzustoßen bzw. weiterzuentwickeln und regenerative Energieträger mit konventionellen Kraftwerken zu einem sinnvollen Ganzen verzahnen.

Der erfolgreiche Ausbau der Erneuerbaren Energien macht nicht nur aus Kostengründen Anpassungen bei konventionellen Kraftwerken notwendig. Aufgrund der noch ausgeprägten Volatilität der Erneuerbaren Energien und den bisher nicht ausreichend vorhandenen Speicherstrukturen und -technologien kann auf einen – tendenziell abnehmenden – Erzeugungsbeitrag aus konventionellen Technologien mittelfristig nicht verzichtet werden. Ein marktbasierter Ansatz, Strom zu einer bestimmten Zeit verfügbar zu halten, setzt dabei für die Anlagenbetreiber erneuerbarer Energien Anreize, Einspeisungen zu verstetigen, indem beispielsweise Windräder mit Speichern oder konventionellen Kraftwerken kombiniert werden. Nordrhein-Westfalen sollte sich als Musterland für eine intelligente Netztechnik (Smart Grids) und lastorientierte Optimierung des Verbrauchs (Demand Side Management) profilieren, die Schwankungen der erneuerbaren Energien ausgleichen hilft und die Grundlastreserven der konventionellen Energien verfügbar hält. Damit das Zusammenspiel von Erneuerbaren Energien, Netzen und Speichertechniken unsere Energieversorgung sichert, werden wir auch weiterhin moderne Kohle- und Gaskraftwerke benötigen. Dazu sind verlässliche Rahmenbedingungen von Nöten, die den Betrieb und den Bau effizienter Kohle- und Gaskraftwerke in einem marktwirtschaftlich organisierten Umfeld ermöglichen. Auch der fortgesetzte Abbau heimischer Braunkohle gehört für die CDU Nordrhein-Westfalen dazu. Unsere heimischen Braunkohle-Kraftwerke sind grundlastfähig und arbeiten kostengünstig, sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit und reduzieren unsere Abhängigkeit von Energieimporten. Die CDU setzt sich grundsätzlich für die Erkundung heimischer Rohstoffe ein, insofern sie wettbewerbsfähig nutzbar sind und mittel- bis langfristig einen Beitrag zur erhöhten Versorgungssicherheit und -unabhängigkeit leisten können. Der Schutz der Menschen und der Schutz unserer Lebensgrundlagen sind dabei jedoch generell höher zu bewerten als wirtschaftliche Erwägungen.

Wir wollen die Energieeffizienz verbessern

Die Steigerung der Energieeffizienz bleibt eine entscheidende Säule unserer Energiepolitik. Potentiale für Maßnahmen gibt es insbesondere im Gebäudebereich, für den wir die steuerliche Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen fordern. Die CDU Nordrhein-Westfalen setzt sich deshalb dafür ein, dass hier weitere Maßnahmen umgesetzt und eine sinnvolle, unbürokratische Förderpolitik eingeführt wird, die auch einen Interessenausgleich zwischen Eigentümern und Mietern ermöglicht. Zur Steigerung der Energieeffizienz zählt für uns aber auch, bestehende Fernwärme-Inseln in Nordrhein-Westfalen zu einem Fernwärmeverbund zusammen zu führen. Damit könnten Haushalte von der Kraft-Wärme-Kopplung profitieren und Fernwärme von stromerzeugenden Kraftwerken, Müllheizkraftwerken oder Industrieanlagen nutzen.

Wir brauchen mehr Innovationen, damit Energiewende gelingen kann

Die CDU Nordrhein-Westfalen steht für eine Energiepolitik, die einen technologieoffenen Rahmen schafft, in dem Forschung und Entwicklung ihren Beitrag leisten können und stärker gefördert werden. Wir wollen dabei keine Energieträger oder Technologien bevor- oder benachteiligen. Im Ergebnis führt dies zu Innovationen und neuen Investitionen. Ziel muss es dabei sein, die Bereiche Speicher, Infrastruktur, Erzeugung, Verbrauchsoptimierung sowie Fragen eines zukünftigen Marktes miteinander in Einklang zu bringen. Dabei sollte der Fokus auf einer gesamtsystematischen Betrachtung liegen, die mit vernetzten regionalen Projekten auf eine kostenverträgliche Energiewende abzielen. Auf diese Weise kann die Energiewende ihren Teil dazu beitragen, Industriearbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen zu sichern und neue zu schaffen.

Wir brauchen einen europäischen Energiemarkt

Europa ist in Zukunft mehr als heute gefordert, in der Energie- und Klimapolitik den Rahmen vorzugeben. Zum einen muss Europa Einfluss auf den globalen Rahmen nehmen und Klimaschutzvorgaben durchsetzen. Zum anderen trägt die Europäische Union über ihre Klima- und Energieeffizienzziele sowie den Emissionshandel Verantwortung für einen europaweit abgestimmte Energie- und Umweltpolitik.

Die Energiewende kann nur mit einem europäischen Ansatz erfolgreich sein. Die europäische Integration der Strommärkte und der Ausbau der grenzüberschreitenden Infrastrukturen sollten deshalb rasch fortgeführt werden. Ziel muss ein gemeinsames Verständnis und eine gemeinsame europäische Verantwortung für Versorgungssicherheit sein. Dies gilt für Verhandlungen zu externen Gaslieferungen genauso wie für die Verfügbarkeit erneuerbarer Energien oder belastbarer Kraftwerkskapazitäten konventioneller Energien. Grenzüberschreitende Strategien zur Sicherung der Grundlast müssen eine hohe Priorität haben. Einer marktbasierten Kombination von konventionellen und erneuerbaren Energien sollte Vorrang vor einzelstaatlich geregelten Kapazitätsmärkten gegeben werden. Stromleitungen und Grenzkuppelstellen müssen im europäischen Kontext ausgebaut werden. Die verschiedenen Instrumente und Ziele der europäischen Energie- und Klimapolitik müssen dabei gut aufeinander abgestimmt werden, um unerwünschte Effekte und unnötige Kosten zu vermeiden. Innerhalb des europäischen Rahmens sollen die Mitgliedstaaten weiterhin Flexibilität und eigene Gestaltungsmöglichkeiten behalten. Das Ziel der CDU Nordrhein-Westfalen ist es, einen europäischen Energiebinnenmarkt zu verwirklichen.

2. Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz

Wir fühlen uns verantwortlich für Gottes Schöpfung

Für uns Christdemokraten in Nordrhein-Westfalen sind Mensch, Flora und Fauna Gottes Schöpfung. Es ist unsere Verantwortung und Pflicht, dem vielfältigen Leben auf unserem Planeten mit Respekt zu begegnen und die Schöpfung als Quelle unserer Existenz zu schützen und zu bewahren. Auch das Gebot der Generationengerechtigkeit verpflichtet uns, eine Welt zu erhalten, die weiterhin lebenswert ist und Chancen wirtschaftlicher Entwicklung und sozialen Wohlstands eröffnet. Aus diesem Grund ist Nachhaltigkeit eines der wichtigsten Prinzipien christdemokratischer Politik und gilt in besonderem Maße für unsere Umweltpolitik. Wir Christdemokraten betrachten Umweltpolitik als ganzheitliche Aufgabe. Wir sind dabei nicht an ideologische Vorgaben gebunden und orientieren uns an wissenschaftlichen Erkenntnissen.

Wir Christdemokraten erachten Nachhaltigkeit und Umweltschutz als gesamtgesellschaftliche Aufgaben. Politik muss Entscheidungsarchitekturen so gestalten, dass Bürgerinnen und Bürger in die Lage versetzt werden, ihren Beitrag zu diesen Aufgaben zu leisten. Wir setzen dabei auf Dialog, Zusammenarbeit, Anreize sowie Überzeugungskraft und weniger auf Gebote oder gar Verbote.

Bewahrung der Schöpfung ist Aufgabe für die Gesellschaft und für jeden Einzelnen

Für die CDU Nordrhein-Westfalen steht der Staat in der Pflicht, den Handlungsrahmen für einen nachhaltigen Umgang mit Natur und Umwelt zu setzen. Den Einzelnen sehen wir wiederum in der Verantwortung, durch seine individuellen Entscheidungen bei Konsum, Mobilität, Wohnen und Freizeit aktiv zum Schutz von Natur und Umwelt beizutragen. Ein großes Potenzial erblicken wir darin, die Lücke zwischen Umweltbewusstsein und dem tatsächlichen Verhalten der Menschen zu schließen. Dies kann nur durch Überzeugungsarbeit und Bildung gelingen.

Wir setzen uns für eine stärkere Förderung der Bildung im Bereich nachhaltiger Entwicklung ein. Ebenso wollen wir die Forschung in den Umwelttechnologien weiter ausbauen und stärken. Hier bieten sich enorme Potenziale gerade für Nordrhein-Westfalen als Industrie-, aber auch als Innovationsstandort.

Wir wollen neue Technologien nutzen, um unsere Ziele zu erreichen

Durch moderne Umwelttechnologien kann eine effizientere und nachhaltigere Nutzung der natürlichen Ressourcen genauso erreicht werden wie eine Reduktion des Ausstoßes umwelt-, natur- und klimagefährdender Gase und Stoffe. Dies ist der sinnvollste Weg, um unsere ehrgeizigen Klima- und Umweltschutzziele zu erreichen.

Ökologie und Ökonomie sind keine Gegensätze

Umweltschutz und wirtschaftliche Entwicklung sind kein Gegensatz. Eine Wirtschaftsordnung, die nicht auf Nachhaltigkeit setzt, lehnen wir ab. Unsere wirtschaftspolitische Handlungsgrundlage ist daher das Konzept einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft. Entsprechend setzen wir auf marktwirtschaftliche Mechanismen und auf das Vorsorge- und das Verursacherprinzip.

Das Prinzip der Kreislaufwirtschaft wollen wir weiter stärken, um so zu einem höheren Anteil an Werkstoffrückgewinnung zu gelangen. So können wir Ressourcen schonen und einen Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Globale Probleme erfordern globale Antworten

Umwelt- und insbesondere Klimaschutz gehen jeden etwas an und müssen deshalb breite Aufmerksamkeit finden und sich im Verhalten jedes einzelnen Menschen widerspiegeln. Der Klimawandel hat eine globale Dimension. Deshalb setzt die CDU Nordrhein-Westfalen nicht nur auf eine europäische, sondern auch auf eine weltweite Klimapolitik. Eine isolierte Klimaschutzpolitik auf Landesebene ist mit Blick auf den europäischen Emissionshandel und die EU-Klimaschutzziele völlig unwirksam und führt in erster Linie zu Mehrbelastungen für heimische Haushalte und Unternehmen. Wir lehnen dies daher ab. Wir erachten eine solche Politik als nicht zielführend, sondern sehen hierin vielmehr eine Gefährdung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und auch der Akzeptanz für umwelt- und klimapolitische Maßnahmen. Weil Nordrhein-Westfalen hochindustrialisiert und vergleichsweise dicht besiedelt ist, haben wir ein großes Interesse, eventuelle Nutzungskonflikte einvernehmlich zu lösen und ambitionierte und realistische Standards europaweit durchzusetzen.

Wir setzen uns dafür ein, dass Deutschland international weiterhin eine führende Rolle im Umwelt- und Naturschutz sowie besonders im Klimaschutz einnimmt und für ein gemeinsames Vorgehen der internationalen Gemeinschaft wirbt. Der Klimawandel ist bereits in Form von Unwettern, Dürre- oder Dauerregenphasen für uns alle konkret erfahrbar. Unser Ziel ist es, daran mitzuwirken, dass die Erderwärmung auf ein Minimum begrenzt wird.

Wir müssen uns bereits heute auf den Klimawandel vorbereiten

Zugleich gilt es, sich auf die heute bereits wahrnehmbaren und zukünftig denkbaren Folgen des Klimawandels vorzubereiten. Für uns in Nordrhein-Westfalen bedeutet dies beispielsweise eine deutliche Verbesserung des Hochwasserschutzes. Zudem müssen wir frühzeitig Schlussfolgerungen für die heimische Land- und Forstwirtschaft und das Wassermanagement ziehen und die entsprechenden Akteure dazu befähigen, den sich stellenden Herausforderungen erfolgreich zu begegnen. Auch unsere Kommunen, die lokale Auswirkungen des Klimawandels als erste spüren, wollen wir besser vorbereiten und ihre Fähigkeiten, beispielsweise bei der Bewältigung von Unwetterfolgen, stärken.

Unser Leitmotiv ist es, die Schöpfung zu bewahren

Nicht nur Umwelt und Klima, sondern in besonderem Maße auch der Vielfalt von Flora und Fauna gilt unsere Aufmerksamkeit. Aus Respekt vor der Schöpfung müssen wir verantwortungsvoll und schonend mit unseren Mitgeschöpfen umgehen. Der Erhalt natürlicher Lebensräume ist deshalb eines unserer wichtigsten Ziele. Wir wollen die Schutzgebiete, Biotope, Naturparke, die Flächen des nationalen Naturerbes und den Nationalpark Eifel erhalten und sinnvoll weiterentwickeln.

Fläche ist endlich, deshalb muss der Flächenverbrauch reduziert werden

Boden und Fläche sind endlich und bedürfen deshalb unserem besonderen Schutz. Die CDU Nordrhein-Westfalen strebt eine Reduzierung des Flächenverbrauchs auf das Nötige an. Vorhandene Flächenreserven, innerstädtische Baulücken und Brachflächen müssen prioritär für bauliche Entwicklungen genutzt werden. Dem Schutz land- und forstwirtschaftlicher Nutzflächen kommt im dichtbesiedelten Nordrhein-Westfalen besondere Bedeutung zu.

Saubere Luft und sauberes Wasser sind lebensnotwendig

Ein wichtiges Ziel unserer Umweltpolitik ist es, die Luftqualität zu verbessern. Rußpartikel, Stickoxide und andere Schadstoffe belasten leider noch immer unsere Luft und verursachen Gesundheitsschäden. Wir wollen eine weitere Minimierung des Schadstoffausstoßes erreichen. Dies kann durch Verbesserung vorhandener Technologien oder neue technologische Lösungen gelingen. Aus diesem Grund tritt die CDU Nordrhein-Westfalen dafür ein, Forschung und Entwicklung zur Verbesserung der Luftqualität und zur Minderung des Schadstoffausstoßes auszubauen. Maßnahmen, die bisher getroffen wurden, wie beispielsweise die Umweltplakette, gilt es zu evaluieren und entsprechend anzupassen oder aufzugeben.

Wasser ist unser wichtigstes Lebensmittel, daher muss dem Schutz des Trinkwassers die höchste Priorität eingeräumt werden. Wirtschaftliche Interessen müssen hier im Zweifelsfall zurück treten.

Auch Tiere sind Geschöpfe Gottes

Tiere sind Geschöpfe, die Achtung und einen verantwortungsvollen Umgang verdienen. Eine am Tierwohl orientierte Haltung von Nutz- und Haustieren, die sich stets an den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen ausrichtet, ist für uns selbstverständlich. Wir Christdemokraten in Nordrhein-Westfalen sind davon überzeugt, dass auch die konventionelle Landwirtschaft mit dem Wohl von Nutztieren vereinbar ist.

Wir wollen Verbraucher besser aufklären und schützen

Der CDU Nordrhein-Westfalen ist der Schutz der Verbraucher ein besonderes Anliegen und zugleich eine Verpflichtung. Wir sehen in ihm eine Querschnittsaufgabe für viele Teilbereiche. Nicht nur Lebensmittel, sondern auch weitere Güter des täglichen Bedarfs, Gesundheit, Finanzdienstleistungen, Energie, Informations- und Kommunikationstechnologien, Nah- und Fernverkehr sowie viele andere Waren und Dienstleistungen, die für den Endverbraucher bestimmt sind, gehören in das Aufgabenfeld des Verbraucherschutzes.

Unsere Verbraucherschutzpolitik folgt dem Leitbild des verantwortlich handelnden Verbrauchers. Deshalb wollen wir Transparenz und zuverlässige, sachliche und umfassende Informationen über Produkte und deren Qualität. Wir treten für eine präzisere und verbesserte Kennzeichnung von Produkten ein, um den Verbrauchern die Kaufentscheidung zu erleichtern. Nur so können Verbraucher ihr Konsumverhalten ökonomisch wie ethisch eigenverantwortlich gestalten. Die Regelungen und Pflichten müssen stets so ausgestaltet sein, dass sie auch von kleinen und mittleren Unternehmen unter zumutbarem Aufwand eingehalten werden können.

Besonders Produkte, die in erster Linie von Kindern genutzt werden, müssen höchsten Sicherheitsstandards genügen.

VII. Sicherheit für Nordrhein-Westfalen

1. Sicherheit im Alltag

Das Gewaltmonopol liegt alleine beim Staat

Zu den staatlichen Kernaufgaben gehört es, die Grundrechte zu sichern, Freiheitsräume zu schaffen und seine Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen vor inneren wie äußeren Gefahren zu schützen. Die CDU Nordrhein-Westfalen wird das Gewaltmonopol des Staates wahren und verteidigen. Unser Rechtsstaat muss die Sicherheit eines jeden Menschen wirksam gewährleisten. Der Schutz seiner Rechte ist zugleich die Wahrung seiner Freiheit. Unsere Politik der Inneren Sicherheit bringt den Freiheitsschutz und die Durchsetzung von Recht und Ordnung in ein angemessenes Gleichgewicht. Der Opferschutz steht für uns immer vor dem Täterschutz.

Das Gefühl der Sicherheit bedeutet Lebensqualität

Das alltägliche Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger ist entscheidend für ihre Lebensqualität. Nur derjenige kann wirklich frei leben und sich entfalten, der ohne Angst vor Bedrohungen oder Beeinträchtigungen durch andere ist. Eine wohnortnahe polizeiliche Präsenz sowie eine konsequente Strafverfolgung sind die besten Garanten für ein hohes Sicherheitsempfinden aller Bürgerinnen und Bürger. Sicherheit darf nicht vom Geldbeutel abhängen, sondern muss für alle Gesellschaftsmitglieder gleichermaßen gewährleistet werden. Auch dies beinhaltet der Grundsatz der Gleichbehandlung vor dem Gesetz.

Die Innere Sicherheit ist Grundvoraussetzung dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger Vertrauen in unseren Staat haben. Wer die Sicherheit vernachlässigt, setzt die Akzeptanz und Legitimität des Staates aufs Spiel. Das für ein demokratisches Gemeinwesen unerlässliche Vertrauen des Einzelnen in den schützenden Staat und seine Kompetenz wird maßgeblich durch die Qualität der Arbeit von Polizei, Ordnungsbehörden, Justiz, Feuerwehr, Rettungsdiensten und Hilfsorganisationen bestimmt. Nahezu all diese Handlungsfelder fallen im Rahmen des Bund-Länder-Gefüges in die Kompetenz der Länder. Für die CDU Nordrhein-Westfalen ist es eine Selbstverständlichkeit, dass das Land seine Verantwortung annimmt und die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger in allen Bereichen garantiert. Nordrhein-Westfalen darf qualitativ bei der Gewährleistung der Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger nicht hinter anderen Ländern zurückstehen.

Sicherheit muss durch grenzüberschreitende Kooperationen verbessert werden

Kriminalität macht vor den Landesgrenzen keinen Halt. Gerade die organisierte Kriminalität operiert über Landes- wie Bundesgrenzen hinweg. Nordrhein-Westfalen muss daher auch die Zusammenarbeit mit seinen benachbarten Bundesländern und auch mit den Niederlanden und Belgien pflegen und ausbauen. Der nordrhein-westfälische Datenschutz darf nicht zum Täterschutz werden.

Die CDU Nordrhein-Westfalen fordert nicht nur eine enge Verzahnung der Sicherheitsbehörden in Deutschland und Europa, sondern auch mehr Kompetenzen für die Europäische Union. Wir setzen uns dafür ein, dass Nordrhein-Westfalen in bester Partnerschaft mit seinen europäischen Nachbarn alle Formen und Möglichkeiten einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen voranbringt. Dies gilt für die Polizeiarbeit ebenso wie für Naturkatastrophen, Großbrände und ähnliche Ereignisse, die nicht an Landesgrenzen Halt machen.

Wir wollen einen wachsamen Staat

Wir Christdemokraten wollen einen starken Staat, der sich gegen seine Feinde verteidigt. In Nordrhein-Westfalen ist kein Platz für Extremismus, Gewalt und Intoleranz. Unsere im Grundgesetz fest verankerte freiheitlich-demokratische Grundordnung darf von niemandem in Frage gestellt oder gar bedroht werden. Extremismus, Terrorismus und extremistischer Gewalt, seien sie politisch oder religiös motiviert, muss sich der Staat entschieden und mit allen rechtstaatlich gebotenen Mitteln entgegen stellen. Der Radikalisierung junger Menschen und ihrem Abdriften in Rechts- oder Linksextremismus bzw. in Islamismus oder Salafismus muss durch Aufklärung und geeignete Programme vorgebeugt bzw. entgegengewirkt werden. Personen, von denen eine terroristische Gefahr ausgeht, müssen so umfassend wie möglich überwacht werden. Dafür ist die Ausstattung des Verfassungsschutzes sowie des polizeilichen Staatsschutzes zu verbessern. Ausländische Staatsbürger, zu denen stichhaltige Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen vorliegen oder die zu einer empfindlichen Strafe verurteilt wurden, müssen konsequent ausgewiesen werden.

Sicherheit setzt Zivilcourage voraus

Die Gewährleistung und Aufrechterhaltung von Sicherheit ist aber nicht nur eine staatliche, sondern auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sicherheit setzt Zivilcourage voraus. Die CDU Nordrhein-Westfalen tritt deshalb der Unkultur des Wegschauens entschieden entgegen und wirbt für mehr Aufmerksamkeit, Mut und Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Ferner setzen wir uns für eine breit angelegte Kriminalprävention durch Polizei, Kommunen, Schulen, Jugend- und Sozialarbeit, Vereine und Verbände ein.

Wir wollen eine handlungsfähige Polizei und Justiz

Kriminalitätsbekämpfung kann nur durch die richtige Verbindung und Gewichtung von Strafverfolgung und Prävention gelingen. Wir stehen dafür, dass Kriminalität in allen gesellschaftlichen Bereichen wirksam bekämpft und Kriminelle konsequent verfolgt, überführt und nach ihrer Tat zeitnah und angemessen verurteilt werden. Rechtsfreie Räume akzeptieren wir nicht.

Polizei und Justiz müssen in die Lage versetzt werden, technisch und personell wirksam gegen Kriminalität vorzugehen. Die schwierige nordrhein-westfälische Finanzlage darf die Qualität und den Umfang der Arbeit von Polizei und Justiz nicht beeinflussen. Sie spornt uns vielmehr an, die Anstrengungen zur Steigerung von Effizienz und Effektivität zu erhöhen. Parallel muss für eine bedarfsgerechte Ausbildung von Nachwuchskräften Sorge getragen werden, denn Grundlage aller Arbeit von Polizei und Justiz sind gut ausgebildete Beamtinnen und Beamte.

Die unmittelbare Lebensrealität der Bürgerinnen und Bürger wird vorwiegend durch Delikte beeinträchtigt, die zu oft verharmlosend abgetan werden. Die CDU Nordrhein-Westfalen steht dafür ein, dass auch vordergründige „Bagatellen“ eine konsequente Ermittlungsarbeit und anschließende Ahndung durch die Justiz erfahren. Ohne wirksames und klares Eingreifen des Staates bei Phänomenen wie Taschen-, Fahrrad- oder Ladendiebstahl, bei kleineren Sachbeschädigungen, Wohnungseinbrüchen, Autoaufbrüchen oder Graffiti-Verunstaltungen gewinnen die Menschen den Eindruck der Tatenlosigkeit, des Unvermögens oder der Ignoranz staatlicher Institutionen. Gleiches gilt für eine Aufweichung der Grenzen für den straflosen Eigenbesitz von Betäubungsmitteln, die in klarem Widerspruch zur Ausstiegsorientierung der Drogenpolitik steht.

Die Bagatellisierung oder gar die Legalisierung von Drogen lehnen wir strikt ab. Wir setzen vielmehr auf Aufklärung und Prävention sowie Abschreckung und konsequente Verfolgung. Jenen, die bereits der

Sucht verfallen sind, muss medizinische und soziale Hilfe zukommen. Haftzeiten müssen genutzt werden, um positiv auf junge Straftäter einzuwirken. Vor allem muss eine weitere Kriminalisierung und Radikalisierung verhindert werden.

Die Täter wiederum verlieren auf diese Weise den gebotenen Respekt vor dem Rechtsstaat und fühlen sich indirekt zur Verübung schwererer Straftaten motiviert. Immer gleiche Tatmuster und gesellschaftliche Hintergründe rufen uns jedoch im Gegenteil dazu auf, gezielt antwortende Strategien zur Kriminalitätsvermeidung und -bekämpfung zu entwickeln und mit Nachdruck umzusetzen. Zwischen Vergehen und Ahndung durch die Justiz darf nicht viel Zeit vergehen.

Mehr Aufmerksamkeit für Jugendkriminalität

Die CDU Nordrhein-Westfalen schenkt der Jugendkriminalität besondere Aufmerksamkeit. Auch wenn die primäre Verantwortung bei den Eltern liegt, sehen wir uns in der Pflicht, durch frühes und konsequentes Einschreiten, durch staatliche Autorität und das Aufzeigen von Grenzen sowie durch altersgerechte Maßnahmen junge Straftäter davon abzuhalten, dauerhaft in die Kriminalität zu rutschen. Ebenso setzen wir uns für die konsequente Einhaltung der Jugendschutzvorschriften ein. Alkohol, Drogen und gewaltverherrlichende Medien sind eine Gefahr für Kinder und Jugendliche. Auch über die Gefahren von Cybermobbing sollte konsequent aufgeklärt und die Straftäter zur Verantwortung gezogen werden.

Das Strafrecht muss an veränderte Realitäten angepasst werden

Der Rechtsstaat darf auch bei der Weiterentwicklung des Strafrechts nicht verharren, sondern muss gesellschaftliche Entwicklungen berücksichtigen, um an der Seite der Opfer zu sein. Auf Bundesebene werden wir uns daher dafür einsetzen, dass neue Kriminalitätsformen beispielsweise im Internet angemessen strafrechtlich geahndet werden können.

Wir wollen unsere Polizei stärken

Die CDU Nordrhein-Westfalen steht an der Seite der Polizistinnen und Polizisten im Land. Uns ist bewusst, dass die Innere Sicherheit nur durch eine starke Polizei gewährleistet werden kann. Wir setzen uns daher für eine technische und personelle Ausstattung der Polizei ein, die den neuen und wachsenden Herausforderungen gerecht wird. Das Land Nordrhein-Westfalen muss dafür Sorge tragen, dass trotz des demografischen Wandels zukünftig die Anzahl der Polizeibeamtinnen und -beamten mindestens gleich bleibt, im Idealfall sogar erhöht wird.

Zudem setzen wir uns dafür ein, dass die Polizei zukünftig wieder ein Spiegelbild der Gesellschaft wird und Schulabsolventen ohne Fachhochschulreife oder Abitur der Zugang zur Polizei ermöglicht wird. Angesichts der wachsenden Anforderungen in Gefahrenabwehr und Strafverfolgung bedarf es einer modernen und praxisnahen Aus- und Fortbildung. Zudem sollte den Nachwuchskräften der Polizei eine zielgerichtete Spezialisierung schon während der Ausbildung möglich sein. Hierbei sind auch besondere Bedrohungen und neue Kriminalitätsformen wie Terrorismus, Links- und Rechtsradikalismus, Islamismus, organisierte Kriminalität oder Delikte im Internet („Cybercrime“) zu berücksichtigen.

Die Diskussionen darüber, dass sich die Polizei aus Überlastungsgründen aus bestimmten Aufgabenfeldern vollständig zurückziehen soll, schaden dem Ansehen unseres Rechtsstaats. Es bedarf vielmehr einer kritischen Analyse, ob aufgrund innerorganisatorischer Aspekte wie des vorhandenen Berichtswesens oder ungeeigneter Datenerfassungssysteme nicht zu viele personelle Ressourcen gebunden und vergeudet werden. Wir wollen Polizeiverwaltungsassistenten einstellen, die administrative Aufgaben überneh-

men, so dass sich die Polizeibeamten um ihre eigentlichen Kernaufgaben kümmern können, und so die Präsenz der Polizei im öffentlichen Raum erhöhen. Die CDU Nordrhein-Westfalen will die Behördenarbeit so organisieren, dass Vollzugsbeamte und Tarifbeschäftigte ihren Kompetenzen entsprechend eingesetzt werden können und beide Gruppen nicht wechselseitig durch den Zwang zur Übernahme der jeweils anderen Aufgaben gegeneinander ausgespielt werden.

Wir brauchen klare Zuständigkeiten, um Ressourcen zu schonen

Wir und wollen auch weiterhin, dass die Landrätinnen und Landräte Chefs der Kreispolizeibehörden bleiben und streben eine klare Ordnung der Zuständigkeiten verschiedener Behörden im Einsatzdienst an. Dies spart bei Großeinsätzen anderweitig dringend benötigte Ressourcen. Auch bei der Unterstützung der Polizeiarbeit durch technische Hilfsmittel besteht ein großes personelles Entlastungspotential. Dies gilt gleichermaßen für die Kriminaltechnik zum Beispiel beim Erkennungsdienst wie auch beim Objektschutz, bei dem je nach Situation durch Videobeobachtung und weitere Verfahren die Bindung des Einsatzpersonals deutlich reduziert werden kann. Auch eine moderate Einbindung geeigneter und seriöser privater Sicherheitsfirmen ist zu prüfen. Diese sind anschließend regelmäßig zu evaluieren.

Wir stehen für Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum

Die Sicherheitspolitik muss sich vermehrt den Sorgen und dem Sicherheitsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger annehmen. Der öffentliche Raum hat allen Menschen in der gleichen Freiheit und Lebensqualität zur Verfügung zu stehen. Niemand darf sich aufgrund des beeinträchtigenden Verhaltens anderer ganz oder teilweise aus unseren Innenstädten, Parkanlagen, von der Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs oder vom Schulweg ausgeschlossen fühlen.

Lokale Akteure und Betroffene wie Einzelhändler oder Wohnungsunternehmen sind folglich stets in Sicherheitsbelange einzubinden. Wir wollen Sicherheitsaspekte in der Stadtplanung verbindlich berücksichtigt wissen. Deswegen benötigen wir im öffentlichen Raum, besonders an Kriminalitätsbrennpunkten, verstärkt den Einsatz von Videokameras, um die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger besser gewährleisten zu können. Uns ist dabei bewusst, dass dadurch nicht jede Straftat verhindert werden kann. Aber Kameras schrecken Täter ab und können einen wichtigen Beitrag zur Aufklärung von Straftaten leisten. Allerdings muss die Überwachung öffentlicher Räume mit Kameras auf eine klare, eindeutige Rechtsgrundlage gestellt werden.

Starke Feuerwehren, Rettungsdienste und ein einsatzfähiger Katastrophenschutz

Jeder Bürger hat im Notfall überall und zu jeder Zeit Anspruch auf schnelle, qualifizierte und angemessene Hilfe. Die mögliche Vielfalt von Gefahren und Schadenereignissen ist eine besondere Herausforderung, der wir mit einer ebenso großen Vielfalt an qualifizierten Organisationen und Hilfskräften begegnen wollen. Neben dem Hilfesystem muss der Staat gewährleisten, dass die Bevölkerung über Gefahren und Gefahrvermeidung aufgeklärt und in ihrer Selbsthilfefähigkeit im Katastrophenfall gestärkt wird. Unser Bundesland braucht daher ein qualitativ hochwertiges und modernes System zur Bevölkerungswarnung, damit jederzeit eine Kommunikation zwischen Gefahrenabwehr und Bevölkerung möglich ist.

Diese Vielfalt erfordert eine besonders gute Verzahnung, Koordination und Leitung. Nordrhein-Westfalen benötigt sowohl bei Notfällen und Katastrophen als auch bei der Planung, Leitung und Aufsicht ein flexibles, klar strukturiertes, einheitliches und bestens etabliertes Konzept – insbesondere im

Katastrophenschutz. Gleiches gilt in Anbetracht der Vielzahl eingebundener Behörden und Organisationen für alle Fragen der Kostenträgerschaft, die schneller und wirksamer Hilfe niemals im Wege stehen darf. Zu einem guten Katastrophenschutz gehört auch ein Konzept für die Nutzung moderner Medien, die bei der Lagedarstellung und Leitung von der Einsatzstelle bis in die Leitungsspitze über alle staatlichen Ebenen wertvolle Dienste leisten.

Wir wollen Innovationen für einen besseren Gefahrenschutz nutzen

Die Fortschritte der Technik, insbesondere bei den Kommunikationsmedien und sozialen Medien, bergen große Chancen für die nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr, zum Beispiel bei der Warnung der Bevölkerung. Nordrhein-Westfalen braucht eine intensive Forschung und einen über alle Organisationen angelegten, offenen und breiten Fachdialog, um fortwährend technische Neuerungen voranzubringen und ihren Mehrwert für den Schutz der Bevölkerung zu realisieren. Besondere Einsatzerfahrungen, zum Beispiel im Zusammenhang mit Großveranstaltungen, bedürfen der konsequenten Auswertung, um die Gefahrenabwehr fortwährend zu verbessern.

Erfahrungen haben gezeigt, dass zur Abwehr und Verfolgung besonders schwerer Straftaten wie Terrorismus, Kinderpornographie und Internetkriminalität die Speicherung von Daten über die Nutzung elektronischer Kommunikationsmittel ein notwendiges und wirksames Mittel ist. Wir sprechen uns dafür aus, dass im Rahmen des nach höchstrichterlicher Rechtsprechung Zulässigen auch der Zugriff auf bestimmte Kommunikationsdaten zur Vermeidung und Verfolgung von Straftaten gesichert wird und zu diesem Zweck Mindest- und Höchstspeicherfristen festgelegt werden.

Katastrophenschutz braucht ein starkes und attraktives Ehrenamt

Gefahren kann umso wirksamer begegnet werden, je besser die Helferinnen und Helfer und auch die Bevölkerung auf Notsituationen vorbereitet sind. Der Ausbildung der Helferinnen und Helfer ist daher ein besonderes Augenmerk zu widmen. Dies erfordert ausreichende Übungen und Übungsmöglichkeiten, um sich auf alle denkbaren Herausforderungen vorbereiten zu können. Die Bevölkerung muss durch kreative Aufklärungsarbeit damit vertraut gemacht werden, wie sie selbst Risiken vorbeugen oder Schadenereignissen begegnen kann.

Unser System von Feuerwehr und Hilfsorganisationen basiert entscheidend auf dem Ehrenamt. Dessen Wertschätzung und Zukunftssicherung verlangt von uns alle denkbaren Anstrengungen, damit der Schutz der Bevölkerung gesichert bleibt. Wo neben dem Ehrenamt hauptamtliche Strukturen unerlässlich sind, ist ebenfalls an ihrem Erhalt zu arbeiten, denn die Folgen des demografischen Wandels werden auch Feuerwehren und Rettungsdienste betreffen.

2. Sicherheit 2.0

Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur erfahren im Zuge der Digitalisierung weiter Lebensbereiche eine rasante Entwicklung. Nahezu jeder Lebensbereich ist vom Zeitalter der Digitalisierung betroffen. Die CDU Nordrhein-Westfalen stellt sich dieser Herausforderung. Ihr Ziel ist es, die Rahmenbedingungen der Digitalisierung so zu gestalten, dass die Chancen die möglichen Risiken zum Nutzen der Gesellschaft überwiegen. Gerade der Bereich der Sicherheit unseres Handelns im Internet in einer global vernetzten Welt besitzt dabei höchsten Stellenwert. Hierzu zählen der Schutz von persönlichen Daten sowie sensibler IT-Infrastrukturen.

Datenschutz durch Wirtschaftsakteure zur Stärkung der Verbraucher

Nur wer im Zeitalter von Big Data verantwortungsvoll und verlässlich mit den Daten der Menschen umgeht, wird auf Dauer das Vertrauen der Menschen genießen und in der Gesellschaft sowie in der Wirtschaft bestehen können. Die heute geltenden Datenschutzstandards in der Wirtschaft müssen daher im eignen Interesse der Unternehmen gesichert sowie stetig evaluiert und an die Erfordernisse der Sicherheit angepasst werden. Der illegale Handel mit Daten ist weiterhin intensiv zu bekämpfen. Unternehmen sollen im Rahmen ihrer freien Gestaltungsmöglichkeit den bestmöglichen Schutz der Verbraucherdaten gewährleisten.

Global denken

Die Herausforderungen unserer Zeit können dabei längst nicht mehr nur national oder regional gedacht werden. Um sie zu lösen, begrüßen wir Christdemokraten das Zusammenspiel regionaler, nationaler und internationaler Ebenen. In diesem Zusammenhang unterstützt die CDU Nordrhein-Westfalen die Schaffung einer Europäischen Datenschutzverordnung als Rahmen für die globalen Aufgaben, die im Zuge der weltweiten Vernetzung über die Digitalisierung entstehen. Sie ist ein wichtiger Schritt in Richtung einer globalen Datenschutzordnung, die weltweite Standards festlegt. Nur ein transparenter weltweit rechtlich durchsetzbarer Standard verhindert dauerhaft die Aushöhlung von Datenschutzstandards durch einzelne Staaten oder nichtstaatliche Akteure.

Eigenverantwortung stärkt den Datenschutz

Eine wichtige Komponente des Schutzes persönlicher Daten liegt in der Eigenverantwortung. Die Stärkung der individuellen Kompetenz im Umgang mit den neuen Kommunikationsmedien hilft beim eigenverantwortlichen Umgang mit persönlichen Daten. Die CDU Nordrhein-Westfalen will Bewusstsein dafür erzeugen, dass bei all unseren tagtäglichen Aktionen sowohl in der realen als auch in der digitalen Welt persönliche und geschäftliche Daten entstehen. Mit diesem Bewusstsein ist ein selbstbestimmter Umgang mit den eigenen Daten in einer global vernetzten Welt möglich. Dieses Bewusstsein muss bereits im Grundschulalter geweckt werden.

Persönlichkeitsrechte im Internet stärken

Die Persönlichkeitsrechte müssen inner- und außerhalb des Internets gelten und rechtlich durchsetzbar sein. Die CDU Nordrhein-Westfalen setzt sich in diesem Zusammenhang auch für ein „Recht auf Vergessen“ ein. Eine Welt, in der der Mensch zu einem gläsernen Bürger wird, dessen persönliche Informationen dauerhaft und rund um die Uhr für jedermann recherchierbar und missbrauchsfähig sind, steht den Prinzipien der Freiheit und Würde der Persönlichkeit entgegen. Einer grundsätzlichen Nutzung anonymisierter Daten wollen wir uns nicht entgegen stellen, da wir darin auch wirtschaftliche und gesellschaftliche Chancen sehen. Zurzeit machen jedoch große datenverarbeitende Konzerne ihr Geschäft damit, Kundendaten mit oft sehr persönlichen Inhalten ohne objektive inhaltliche Kontrolle zu vermarkten. Dadurch eröffnen sie nicht nur anderen Nutzern und kommerziellen Geschäftspartnern tiefe Einblicke in die Privatsphäre, in soziale Netzwerke, Kommunikations- und Konsumverhalten des einzelnen, sondern sie ermöglichen auch weitreichende Kontrolle und Missbrauch. Wir Christdemokraten setzen uns daher für die Stärkung der informationellen Selbstbestimmung unserer Bürger ein.

Abwehr von Cyber-Attacken und (Wirtschafts-)Spionage verbessern

Die Masse von Daten, die in Sekundenbruchteilen anfällt, weckt Begehrlichkeiten. Datenschutz im Zeitalter von Big Data ist abhängig von der technischen Infrastruktur einerseits und der besseren Software sowie von geschultem Personal zur Abwehr von Angriffen andererseits. Der Diebstahl von Daten oder die Sabotage von industrieller Produktion im Zeitalter vernetzter Maschinen können enormen volkswirtschaftlichen Schaden verursachen. Daher muss der Bereich der Gefahrenabwehr im Cyberspace gestärkt werden. Für eine schlagkräftige Bekämpfung von Cyberkriminalität und Wirtschaftsspionage bedarf es der Stärkung der entsprechenden Stellen durch hochqualifiziertes Personal und einer angemessenen technischen Ausstattung. Der frühzeitigen Identifizierung von Angriffen kommt ein hoher Stellenwert zu. Wir befürworten eine internationale Kooperation von Behörden zur Verfolgung der Kriminalität. Die Möglichkeiten der Digitalisierung sollen zur Abwehr von Hacker- und Sabotageangriffen genutzt werden und eine bessere internationale Kooperation bei der Gefahrenabwehr ermöglichen. Daher muss der Bereich der Gefahrenabwehr im Cyberspace gestärkt und mit Hilfe einer Sensibilisierungskampagne das Sicherheitsbewusstsein erhöht werden.

Abwehr terroristischer Bedrohungen sicherstellen

Die Sicherheit unserer Bürger hat höchste Priorität. Die Möglichkeiten der Digitalisierung sollen daher genutzt werden, um terroristische Bedrohungen zu identifizieren und abzuwehren. Terroristen bedienen sich der digitalen Welt für ihre verbrecherischen Ziele. Die Überwachung terroristischer Aktivitäten ist daher auch digital notwendig, um akute Gefahren für Leib und Leben zu verhindern. Ziel entsprechend durchgeführter Maßnahmen ist das friedliche Zusammenleben unserer Bürgerinnen und Bürger in der freiheitlichen Demokratie.

3. Rechtssicherheit durch eine starke und unabhängige Justiz

Wir brauchen eine starke und unabhängige Justiz

Eine bürgernahe, leistungsfähige und politisch unabhängige Justiz ist für den Rechtsstaat und einen starken Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen unentbehrlich. Paralleljustiz jeglicher Art lehnen wir entschieden ab. Unser Ziel ist eine Beschleunigung und Vereinfachung von Justizverfahren unter Einsatz aller technischen und organisatorischen Möglichkeiten zur Steigerung von Effizienz und Effektivität, soweit dies ohne Qualitätsverlust und unter Wahrung rechtsstaatlicher Grundsätze möglich ist. Innerhalb der Gerichte und Staatsanwaltschaften müssen alle technischen und organisatorischen Möglichkeiten zur Steigerung von Effizienz und Effektivität genutzt werden.

Sich häufende Ausbrüche und Entweichungen rufen uns dringend auf, an der Qualität des nordrhein-westfälischen Strafvollzugs zu arbeiten. Die sichere Unterbringung von Straftätern schützt die nordrhein-westfälische Bevölkerung. Hierzu benötigt der Strafvollzug eine ausreichende Personalausstattung.

Bei der Ausgestaltung der Haft ist zwingend der Sühnecharakter von Strafe zu berücksichtigen. Vollzugslockerungen sind kein Selbstzweck, sondern müssen sich ausschließlich an den Zielen der Sicherheit, der Resozialisierung und Reintegration in die Gesellschaft ausrichten. Die Behandlungsangebote des Vollzugs sind auf diejenigen Gefangenen zu konzentrieren, die bereit sind, an dem Ziel der Vermeidung von Rückfällen mitzuwirken. Wir plädieren außerdem dafür, die Zahl der Ausbildungsplätze und Arbeitsplätze für Gefangene in den Justizvollzugsanstalten weiter zu erhöhen, weil

eine geregelte Erwerbstätigkeit ein besonders Erfolg versprechendes Mittel ist, erneute Straftaten nach der Haftentlassung zu verhindern.

Zum sicheren Strafvollzug gehört auch die konsequente Bekämpfung von Drogenhandel und -missbrauch in den Justizvollzugsanstalten. Dazu zählen ausreichende und erprobte Therapieangebote ebenso wie regelmäßige medizinische Untersuchungen und der Ausschluss vorzeitiger Haftentlassung bei anhaltendem Drogenkonsum.

VIII. Identitäten, Lebensgefühl und Lebensqualität in Nordrhein-Westfalen

1. Kultur

Kultur ist ein konstituierendes Element unserer Gesellschaft Kultur gehört zur menschlichen Existenz und ist Grundlage der Gesellschaft und des Staates. Sie schafft die Voraussetzungen, die Staat und Politik nicht schaffen können, denn stets war und ist es die Kultur, die an die Tradition bisher gültiger Werte und Maßstäbe erinnert und diese neu formuliert und in die Zukunft fortentwickelt. Daher wollen wir Wissenschaft, Wirtschaft und Politik wieder in einen fruchtbaren Dialog mit den Künsten bringen, wie ihn z. B. die von uns seinerzeit um die Künste erweiterte Akademie der Wissenschaften und der Künste NRW bereits praktiziert.

Unser kulturelles Erbe ist voller Vielfalt

Nordrhein-Westfalen ist ein blühendes Kulturland. Das kulturelle Erbe unseres Landes ist durch die Vielfalt seiner Regionen und die Mannigfaltigkeit der kulturellen Überlieferungen geprägt. Hierzu gehören auch die Gebräuche und Identitäten der Flüchtlinge und Vertriebenen sowie die Traditionen zugewanderter Bevölkerungsgruppen und der Austausch mit anderen Kulturen und Völkern. Daher wollen wir die kulturellen Eigenarten unserer Landesteile und ihrer Bewohner erhalten und pflegen. Sie gehören heute zur kulturellen Identität des ganzen Landes.

Alle, die in der Vergangenheit zu uns gekommen sind, haben in Nordrhein-Westfalen eine neue Heimat gefunden und ihre kulturellen Werte und Traditionen eingebracht, die zusammen mit der Kultur der Rheinländer, Westfalen und Lipper im Laufe der Zeit ganz selbstverständlich zur Kultur Nordrhein-Westfalens geworden sind. Es ist nach rund sieben Jahrzehnten gemeinsamer Geschichte nunmehr an der Zeit, sich dieser Geschichte auch in Form einer lebendigen Landesgeschichte zu vergewissern. Landesgeschichte und Landesidentität gehören untrennbar zusammen. Deshalb unterstützt die nordrhein-westfälische CDU den Plan, in Nordrhein-Westfalen ein eigenes Haus der Landesgeschichte zu errichten.

In unserem Land sind Kultur- und Industriegeschichte untrennbar ineinander verwoben. Sie bedingen sich gegenseitig. Dieses Alleinstellungsmerkmal Nordrhein-Westfalens gilt es auch im sogenannten „postindustriellen Zeitalter“ zu erhalten. Wir sind überzeugt, dass die kulturelle Vielfalt zur Lebendigkeit und hohen Lebensqualität in unserem Land beiträgt. Unser Ziel ist es jedoch nicht nur Kunst und Kultur zu erhalten, sondern wir wollen sie auch ausbauen und neue Impulse geben.

Kunst und Kultur sind Ausdruck von Persönlichkeit

Wir sehen Kunst und Kultur als wichtige Form persönlicher Entfaltung und bekennen uns deshalb zur Freiheit von Kunst und Kultur. Nicht der Staat kann Kultur schaffen, sondern nur seine Bürgerinnen und Bürger. Die Aufgabe des Staates kann lediglich darin bestehen, die Rahmenbedingungen zu setzen und zu verbessern, in denen kulturelles Leben sich entfalten kann. Das heißt nicht, dass sich der Staat aus der Förderung der Kultur zurückziehen sollte – im Gegenteil: Kultur hat für uns Christdemokraten einen förderwürdigen Selbstwert. Sie muss sich nicht rechtfertigen mit positiven Sekundärwirkungen wie der indirekten Rentabilität von öffentlichen Kulturausgaben, ihren standortfördernden Folgen und ihrem Innovationspotential für Wissenschaft, Technologie und Wirtschaft. Kultur ist nach der Landesverfassung keine freiwillige Aufgabe, sondern eine Pflichtaufgabe des

Landes und der Gemeinden. Kulturförderung kann und darf nicht je nach Kassenlage zur Disposition stehen. Hier sind neue Regelungen zu treffen, die auch die Kommunalaufsichtsbehörden binden.

Wir wollen die Bürgerkultur in Nordrhein-Westfalen stärken

Die breite kulturelle Beteiligung in Nordrhein-Westfalen zeigt sich unter anderem an den vielen Orchestern und Chören der Laienmusik, an den Laienspielgruppen und den Kulturvereinen, am Schützenwesen und den Karnevalsvereinigungen. Diese Breitenkultur wird in erster Linie durch ehrenamtliches Engagement vor Ort aufrechterhalten und geprägt. Sie ist ein tragendes Element des kulturellen Lebens unseres Landes.

Wir sind überzeugt, dass es an der Zeit ist, dass wir uns wieder auf die bürgerliche Tradition besinnen und neue Formen der (Mit-)Trägerschaft der Bürger an ihrer Kultur „vor Ort“ entwickeln. Das Land muss seine Bürgerschaft motivieren, die Kultur selbst in die Hand zu nehmen, indem es seine Anstrengungen durch eigene Leistungen ergänzt, unterstützt und honoriert. Deshalb wollen wir, dass das Land zunehmend dort fördernd tätig wird, wo sich bereits bestehendes und neues bürgerschaftliches Engagement zu entfalten beginnt. Damit dies gelingen kann, müssen wir die Voraussetzungen für private Kulturförderung durch Stiftungen, Mäzenatentum und Sponsoring weiter verbessern.

Wir wollen unser kulturelles Erbe besser schützen und erhalten

Sammlungen von Kunst- und Kulturgütern, die unmittelbar oder mittelbar im Eigentum öffentlicher Hände stehen, gehören zu unserer gewachsenen Kulturtradition und sollten daher nicht veräußert werden. Der Umgang mit den Kunstwerken ist eine Frage von höchster Bedeutung für die Kultur in unserem Land. Landeseigene Kultur hat nicht nur einen wirtschaftlichen sondern auch einen ideellen Wert. Wir setzen uns für den Schutz der landeseigenen Kultur ein. Dazu gehören auch Kunstwerke, die sich im Eigentum von landeseigenen Unternehmen befinden. Zur kulturpolitischen Identität des Landes gehört die Sicherung der landeseigenen Kunst für die Bürgerinnen und Bürger des Landes. Wichtig ist auch der Erhalt, die Restaurierung und wissenschaftliche Bearbeitung unserer zum Teil verrottenden Bestände der Archive und Museen sowie die Pflege mündlicher Überlieferungen, Mundarten, Brauchtümer und Traditionen. Angesichts unseres kulturellen Reichtums muss dessen Substanzerhalt eine hohe Bedeutung zukommen. Ein wichtiger Teil unserer Kultur ist die Architektur. Deshalb unterstützen wir die wertvolle Arbeit des Denkmalschutzes. Nur so kann dieses kulturelle Erbe erhalten und auch für nachfolgende Generationen sichtbar bleiben. Wir Christdemokraten wollen, dass sich das Land in Zukunft stärker für den Erhalt von Baudenkmälern einsetzt.

Kulturtourismus weiterentwickeln

Der Tourismus in NRW ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Eine wesentliche Rolle spielt dabei der Kulturtourismus. NRW verfügt über eine beeindruckende Kulturlandschaft. Landesweit tausende Museen, Theater und Opernhäuser, zahlreiche Musik- und Theaterfestivals, ein umfangreiches baugeschichtliches Erbe und eine vielfältige freie Szene verdeutlichen den kulturellen Reichtum unseres Landes. Dazu mit dem Aachener Dom, dem Kloster Corvey, dem Kölner Dom und der Zeche Zollverein in Essen 4 Stätten auf der UNESCO-Liste des Kultur- und Naturerbes der Welt.

Das mit dem Kulturtourismus verbundene immense Interesse an kulturellen Angeboten sowie die touristische Nutzung des kulturellen Erbes, des zeitgenössischen Kunst- und Kulturschaffens, der Kultur- und Kreativwirtschaft und Alltagskultur birgt insbesondere für ländliche Regionen ein herausragendes Potenzial, das noch nicht voll ausgeschöpft ist. Die Verbindung von baulichem Erbe wie

Burgen, Schlössern, Kirchen und Klöstern mit kulturellen Veranstaltungen und Sehenswürdigkeiten wie Kultur- und Musikfestivals, Volksfesten, Wallfahrten und Pilgerwegen sowie mit dem Erleben von Landschaft als Kulturlandschaft kommt vor allem ländlich geprägten Regionen entgegen.

Kulturelle Bildung ist untrennbarer Bestandteil von Bildung

Kultur und Bildung sind die Kehrseiten ein und derselben Medaille. Gerade in unserer digital geprägten Informationsgesellschaft kommt es nicht nur auf das pure Wissen und dessen Anwendung an, sondern auch darauf, sich mit den Sinnen und in der Sprache der Künste beispielsweise der Mimik und Gestik, dem Tanz und Gesang, der Dichtung, der Instrumentalmusik und der Bildenden Kunst ausdrücken zu können. Deshalb muss der kulturellen Bildung unserer Kinder und Jugendlichen als untrennbarer Bestandteil von Schule eine hohe kulturpolitische Priorität zukommen. Wir unterstützen daher ein Bündnis für kulturelle Bildung zwischen Bund, Land, Kommunen und Kulturszene, in dem gerade dem Land eine zentrale Rolle zuwächst. Dazu benötigen wir eine neue kraftvolle Initiative des Landes zur Stärkung der kulturellen Bildung, um die kommunale Kulturszene für eine Mitwirkung an dem Bündnis zu gewinnen. Kulturelle Bildung darf jedoch nicht mit dem Ende der Schulzeit aufhören. Wir werden daher attraktive Angebote auch für Erwachsene und Senioren erhalten und schaffen.

Wir wollen eine Kultur von allen für alle

Die CDU Nordrhein-Westfalen ist überzeugt, dass Kultur und kulturelle Bildung allen zugänglich sein muss. Teilhabe an Kultur darf keine Frage des Alters oder des Geldes sein. Hier sehen wir den Staat und die Kultureinrichtungen gleichermaßen gefragt. Kulturstätten müssen barrierefrei zugänglich sein und mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreicht werden können. Zudem muss es Vergünstigungen und spezielle Angebote für Menschen mit geringem Einkommen und für Familien geben.

Wir lehnen es ab, die häufig als „etabliert“ oder „Hochkultur“ bezeichneten, kostspieligeren Einrichtungen der Theater, Opernhäuser, Orchester, großen Museen etc. und die Einrichtungen der sogenannten „Freien Szene“ gegeneinander auszuspielen. Beide sind gerade in Nordrhein-Westfalen Ausprägungen bürgerschaftlicher Kulturträgerschaft. Beide tragen auf jeweils ihre Weise zu unserem kulturellen Reichtum bei und sind in einem jeweils angemessenen Umfang zu fördern. Dabei unterstützen wir, dass sich Kommunen und Städte auch über ihre Grenzen hinweg vernetzen und ihr kulturelles Angebot mit dem der umliegenden Kommunen und Städten abstimmen.

Wir wollen, dass das Land wieder zum Motor der Kulturentwicklung wird

Die Verdoppelung des Kulturhaushalts des Landes in den Jahren 2005 bis 2010 hat der Kultur in Nordrhein-Westfalen einen starken Schub gegeben. Zahlreiche Initiativen wurden gestartet und zum Erfolg geführt. Diese Schubkraft ist erlahmt und muss wiederbelebt werden.

Ein wichtiger Träger von Kultur ist Sprache

Noch vor wenigen Generationen wurden in den Regionen unseres Landes unterschiedliche Dialekte gesprochen. Dieses kulturelle Erbe geht mehr und mehr verloren. Immer weniger Menschen können den Dialekt ihrer Heimatregion unverfälscht und authentisch sprechen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass dieses kulturelle Erbe zum einen auf Ton-, Film- und Printträgern festgehalten und zum anderen die aktive Pflege seiner Mundarten gefördert wird.

2. Medien und Kreativwirtschaft

Wir wollen das Medienland Nordrhein-Westfalen stärken und weiterentwickeln

Nordrhein-Westfalen hat eine vielfältige, starke Medienlandschaft. Traditionelle Strukturen und Geschäftsmodelle, wie Zeitungen, Radio und Fernsehen, haben allerdings unlängst durch die Digitalisierung ihre Alleinstellung eingebüßt. Eine digitale Medienlandschaft etabliert sich in Nordrhein-Westfalen und auch traditionelle Medien entwickeln ihre Geschäftsmodelle weiter – Konvergenz ist bereits Realität. Eine moderne Medienlandschaft ist ein wichtiger Faktor für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen, und Vielfalt und Pluralismus sind wichtig für das Funktionieren unserer Demokratie. Die Herausforderungen der Informationsgesellschaft können durch eine aktive und zukunftsorientierte Medien- und Netzpolitik gemeistert werden. Dafür sind Voraussetzungen zu schaffen und Rahmenbedingungen zu definieren, die sich an den ordnungspolitischen und werteorientierten Grundüberzeugungen der CDU ausrichten.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk, die privaten Fernsehsender und der Hörfunk in Nordrhein-Westfalen stehen durch Digitalisierung und Konvergenz vor neuen Herausforderungen. Hier muss eine aktive und gestaltende Politik ansetzen, die der Medienbranche neue Handlungsmöglichkeiten eröffnet. Mit der starken Telekommunikationsbranche, die Nordrhein-Westfalen hat, sind ideale Voraussetzungen für eine Medien- und Netzpolitik aus einem Guss vorhanden, sie muss nur endlich angepackt werden.

Die Herausforderungen der Globalisierung können gerade in der Medien- und Netzpolitik gemeistert werden, weil die CDU Nordrhein-Westfalen zugleich wirtschaftsnah und werteorientiert, freiheitlich und sozial verantwortet, weltoffen und heimatverbunden ist. Das Subsidiaritätsprinzip und der Föderalismus dürfen nicht geopfert werden; die Interessen des Nutzers und die Interessen der Wirtschaft müssen in ein ausgewogenes Verhältnis zueinander gebracht werden. Für den Nutzer geht es um Vielfalt und Transparenz, für die Wirtschaft um verlässliche Rahmenbedingungen und ein innovatives und kreatives Umfeld.

Nordrhein-Westfalen ist Standort zahlreicher nationaler und regionaler privater wie öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten sowie Zeitungs- und Medienhäuser. Die große Vielfalt unserer Medienlandschaft begreifen wir als Chance. Unser Ziel ist es, Nordrhein-Westfalen zu dem Medienland in Deutschland zu machen. Dazu müssen wir in einer modernen Medienordnung Anreize für die Weiterentwicklung des Medienstandorts Nordrhein-Westfalen schaffen. Diese Medienordnung muss länderbasiert sein, aber sie muss mit dem Bund synchronisiert und vor allem europäisch abgesichert sein.

Wir wollen die Potenziale der Kreativwirtschaft besser nutzen

Das Potential der Kreativwirtschaft will die CDU Nordrhein-Westfalen fördern und stärken. Neue Arbeitsfelder bei uns entstehen nur, wenn wir den Anschluss an die internationalen Entwicklungen halten und durch eigenes Handeln neue Möglichkeiten eröffnen. Traditionelle Anbieter von Medieninhalten, Infrastrukturanbieter und IT-Wirtschaft sind auf neue Impulse angewiesen, die, basierend auf exzellenten Ausbildungsangeboten, in Nordrhein-Westfalen für eine Aufbruchstimmung sorgen können. Dafür müssen die organisatorischen und regulatorischen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Die CDU Nordrhein-Westfalen sieht hierin einen wesentlichen Baustein für den ständig sich weiterentwickelnden Strukturwandel unseres Landes.

Wir wollen den Film in Nordrhein-Westfalen weiter ausbauen

Nordrhein-Westfalen ist Filmland. Wir haben eine große Filmkultur und eine breite filmkulturelle Infrastruktur mit zahlreichen Produktionsorten, mit renommierten Hochschulen und einer innovativen Produzentenszene. Mit der Film- und Medienstiftung NRW hat Nordrhein-Westfalen einen der größten Filmförderer Europas. Wir Christdemokraten wollen Nordrhein-Westfalen als Filmland weiter ausbauen. Wir wollen, dass Filmschaffende in Nordrhein-Westfalen sehr gute Voraussetzungen finden und sich bei uns niederlassen.

3. Leben in der Stadt

Nordrhein-Westfalen ist das Land der großen Städte

Unser Land ist durch eine hohe Dichte von Großstädten geprägt. Die CDU Nordrhein-Westfalen hat als Volkspartei der Mitte den Anspruch, politische Angebote zu machen, die die Menschen im urbanen Raum ansprechen.

Großstädte und Metropolregionen sind häufig Vorreiter für sozialen Wandel sowie Schmelztiegel unterschiedlicher Kulturen und Lebensentwürfe. Wir wollen der erste großstadtpolitische Ansprechpartner für die verschiedenen Bevölkerungsgruppen sein. Wir sehen in der Vielfalt des Lebens in den Großstädten eine Chance und Bereicherung.

Gute Infrastruktur schafft attraktive Lebensräume

Der Personenverkehr wird in den kommenden Jahrzehnten immer weiter zunehmen. Die Infrastruktur in unseren Städten gelangt dadurch zunehmend an ihre Belastungsgrenzen. Besonders durch den Berufsverkehr entstehen tagtäglich kilometerlange Staus. Ballungsräume brauchen daher einen starken und solide finanzierten Öffentlichen Personennahverkehr, der nicht an Stadtgrenzen Halt macht. Die CDU Nordrhein-Westfalen tritt für eine moderne, nicht von Ideologie geprägte Mobilitätskultur ein. Wir streben daher ein integriertes Verkehrskonzept auch zwischen Nachbarstädten an, das alle Mobilitätsformen angemessen fördert, doch besonders einen leistungsfähigen ÖPNV. Außerdem gilt es gerade in Großstädten, die Fahrradfreundlichkeit und Konzepte wie Car-Sharing oder E-Mobility zu fördern sowie flächendeckend Barrierefreiheit umzusetzen.

Gerade in unseren Großstädten ermöglicht die Dichte des Verkehrs die Verzahnung verschiedener Verkehrsträger sowie den Einsatz moderner Technologien und verkehrsträgerübergreifender Datenplattformen, die über Mobilitätsangebote, Staus, Verspätungen und Fahrplandaten informieren. Wir treten dafür ein, dass diese Innovationen stärker genutzt und weiterentwickelt werden.

Neben der Verkehrsinfrastruktur nimmt die Bedeutung der digitalen Infrastruktur immer weiter zu. Zugang zu schnellem Internet ist nicht nur ein wichtiger Standortfaktor, sondern erhöht auch die touristische Attraktivität sowie die Lebensqualität. Wir streben daher an, dass in Zukunft in allen öffentlichen Gebäuden sowie an zentralen Plätzen kostenfreies W-LAN zur Verfügung steht.

Die vielfältigen Bedürfnisse von Wohnen, Arbeiten, Lernen und Freizeit stellen besonders die Stadtplanung vor Herausforderungen. Wir Christdemokraten unterstützen die Ausarbeitung zukunftsorientierter städteplanerischer Konzepte, die neue Anforderungen in Bezug auf Nachhaltigkeit, wachsende Mobilitätsbedürfnisse und demografischen Wandel berücksichtigen.

Der Bevölkerungsrückgang wird in Nordrhein-Westfalen weiter fortschreiten – bis 2050 wird das Land voraussichtlich zwei Millionen Einwohner weniger haben als 2011. Der Bevölkerungsrückgang betrifft nicht alle Regionen gleichermaßen. Während einige Groß- und Universitätsstädte bis 2030 noch mit Bevölkerungszuwächsen rechnen können, stehen tendenziell schrumpfende Städte schon heute vor der Aufgabe, mit sinkenden Steuereinnahmen und wachsender Verschuldung für weniger Einwohner eine gleichwertig gute Infrastruktur vorzuhalten. Die CDU setzt sich für eine konstruktive Gestaltung des Wandels ein und begreift diesen auch als Chance für die Stadtentwicklung und neue, intensivere Formen der interkommunalen Zusammenarbeit.

Familienfreundliche und bunte Städte schaffen Lebensqualität

Unsere Großstädte sind Heimat für viele Kinder, Jugendliche und deren Familien. Die CDU Nordrhein-Westfalen ist überzeugt, dass Kinder- und Familienfreundlichkeit ein wichtiger Standort- und Wettbewerbsvorteil, vor allem aber die Grundlage für eine hohe Lebensqualität ist. Deshalb treten wir für eine solide finanzielle Basis unserer Kommunen ein, so dass familiengerechte und -fördernde Angebote sowie eine familienfreundliche Infrastruktur aufrechterhalten bleiben können. Auch das Leben älterer Menschen gestaltet sich im urbanen Raum oftmals anders als auf dem Land. Familiäre und soziale Netze sind loser, die Gefahr von Vereinsamung ist größer. Dieser Entwicklung wollen wir durch eine verstärkte Einbindung älterer Menschen in Nachbarschaften, durch geeignete Wohnformen und ein angepasstes Quartiersmanagement entgegentreten.

Einer Gentrifizierung unser Städte und Quartiere treten wir entschieden entgegen. Städte leben von der Vielfalt einer in jeder Hinsicht gemischten Bevölkerung. Segmentierungen nach ökonomischen, sozialen, ethnischen oder sonstigen Gesichtspunkten lassen Städte in unverbundene Einzelbestandteile zerfallen und lösen die Klammer einer gesamtstädtischen Solidarität und Identität auf. Ihnen ist daher rechtzeitig zu begegnen. Wir Christdemokraten wollen keine sozialen Brennpunkte in unseren Städten und werden Entwicklungen in diese Richtung durch aktivierende Arbeitsmarktpolitik, durch gute Bildung, attraktive Stadtplanung und soziale Projekte verhindern.

Ein wichtiger Baustein zur Sicherung der städtischen Vielfalt sind bezahlbare Mieten. Wir wollen gemeinsam mit den Entscheidungsträgern vor Ort Konzepte entwickeln, um das Angebot an attraktivem und bezahlbarem Wohnraum zu erhöhen.

Sicherheit in Städten und Metropolen weiter verbessern

Die CDU sorgt für Sicherheit im Alltag und vor Ort. Wer in der Großstadt Vandalismus, Graffiti-Schmierereien, Verwahrlosungen, Belästigungen oder aggressives Betteln erlebt, fühlt sich nicht sicher. Wir treten diesen Erscheinungen entschieden entgegen, denn sie sind oft Anfangspunkte für Kriminalität. Um Gewalt und Diebstähle abzuwehren sowie Anschläge und andere Straftaten erfolgreich aufzuklären, wollen wir den Einsatz von Videokameras an Kriminalitätsbrenn- und Gefahrenpunkten, wie etwa auf Bahnhöfen, verstärken. Videokameras können Polizisten vor Ort jedoch nicht ersetzen. Wir brauchen in der Großstadt eine „sichtbare“, gut ausgestattete sowie stadtteil- und bürgernahe Polizei, die sofort erreichbar und schnell am Ort des Geschehens ist. Zudem setzen wir uns für eine Änderung des Landespolizeigesetzes ein, so dass auf ausgewählten öffentlichen Plätzen seitens der Stadtverwaltungen ein Flaschen- und Alkoholverbot ausgesprochen werden kann.

4. Leben im ländlichen Raum

Nordrhein-Westfalen ist Land attraktiver ländlicher Räume

Nordrhein-Westfalen ist ein vielfältiges Land mit starken Regionen. Neben den urbanen Zentren steht Nordrhein-Westfalen auch für wunderschöne Landschaften und ländliche Strukturen. Die CDU Nordrhein-Westfalen bekennt sich ausdrücklich zum ländlichen Raum, in dem knapp die Hälfte der Bevölkerung lebt. Rund 80 Prozent der Landesfläche sind Gebiete mit überwiegend ländlicher Raumstruktur.

Über Jahrhunderte hinweg haben die Menschen im ländlichen Raum eine lebens- und liebenswerte Kulturlandschaft erschaffen und ihn zu einem attraktiven Ort des Lebens gemacht. Diese Strukturen ziehen auch viele Unternehmen an, die sich bewusst für den ländlichen Raum entschieden haben, weil sie dort gute Produktionsbedingungen, stabile soziale Verhältnisse sowie hoch qualifizierte und motivierte Beschäftigte vorfinden. Weltweit bekannte Marktführer wie auch kleine und mittelständische Unternehmen liefern aus dem ländlichen Raum Nordrhein-Westfalens in alle Welt. Es gilt, die Attraktivität des ländlichen Raums für Unternehmen zu erhalten bzw. auszubauen.

Wir wollen Land- und Forstwirtschaft in Nordrhein-Westfalen stärken

Die Land- und Forstwirtschaft bleibt eine identitätsstiftende Kernbranche des ländlichen Raums. Zusammen mit dem vor- und nachgelagerten Bereich und der Nahrungsmittelwirtschaft bildet die Land- und Forstwirtschaft einen starken Wirtschaftsfaktor, der erheblich zur Wertschöpfung und Arbeitsplatzsicherung beiträgt. Die CDU Nordrhein-Westfalen steht für eine moderne, unternehmerische und zugleich bäuerlich strukturierte Land- und Forstwirtschaft und sieht sich als verlässlicher Partner der Bäuerinnen, Bauern und Waldeigentümer im Land.

Wir bejahen die Unverzichtbarkeit der heimischen Landwirtschaft für eine Versorgung der Verbraucherinnen und Verbraucher mit regionalen, gesunden, kontrollierten und entsprechend sicheren Lebensmitteln und wollen die regionale Vermarktung weiter stärken.

Land- und Forstwirte haben die wichtige Aufgabe, die Schöpfung zu pflegen und zu bewahren. Wir erkennen die vielfältigen Aufgaben der Land- und Forstwirtschaft im Hinblick auf Umwelt-, Natur- und Landschaftspflege sowie die Energiewende und treten für eine wirkungsvolle Unterstützung ein. Auch aus diesem Grund stehen wir für den Erhalt landwirtschaftlicher Nutzflächen und streben eine Reduzierung des Flächenverbrauchs sowie eine vornehmliche Nutzung kommunaler wie privater Brachflächen an. Beim Flächenausgleich setzen wir auf Qualität statt Quantität. Statt großflächiger Ausgleichsmaßnahmen wollen wir einen qualitativen Ausgleich beispielsweise durch die Aufwertung und Pflege bestehender Naturschutzgebiete oder aber einen finanziellen Ausgleich, beispielsweise zur Renaturierung von Industriebrachen.

Die CDU Nordrhein-Westfalen lehnt unverhältnismäßige, fachlich unbegründete und ausschließlich ideologisch hergeleitete Eingriffe in die Arbeits- und Erzeugungsweise unserer Land- und Forstwirte durch das Land ab. Ebenso stellen wir uns gegen Vorschriften und Regulierungen des Landes, die über das Maß nationaler oder europäischer Regulierung hinausgehen und so unsere heimische Land- und Forstwirtschaft im europäischen und globalen Wettbewerb benachteiligen.

Die Jagd und die Fischerei sind wichtige Bestandteile unseres gelebten Kulturguts. Wir erkennen das große Engagement der Jägerinnen und Jäger sowie Fischer in Nordrhein-Westfalen für unsere Gesellschaft sowie für den Arten- und Naturschutz an.

Unsere ländlichen Räume brauchen Entwicklungsperspektiven

Wir wollen lebenswerte ländliche Räume mit klaren Entwicklungsperspektiven. Uns ist bewusst, dass die ländlichen Räume nur dann eine Zukunft haben, wenn man auf die Herausforderungen von morgen schon jetzt die richtigen und weichenstellenden Antworten findet. Vor allem der demografische Wandel stellt den ländlichen Raum vor zahlreiche Probleme. Als Partei, die sich der Bevölkerung in ländlichen wie in städtischen Regionen gleichermaßen verpflichtet fühlt, setzt sich die CDU Nordrhein-Westfalen weiterhin für eine Gleichwertigkeit, nicht Gleichartigkeit der Lebensverhältnisse im ländlichen wie im urbanen Raum ein und will diese auch unter den Bedingungen des umfassenden demografischen Wandels sicher stellen. Hierzu gehört auch die Gleichwertigkeit des kulturellen Angebots und der kulturellen Teilhabe im ganzen Land.

Vor allem aber gilt es, eine gute Verkehrsinfrastruktur und einen flächendeckenden, attraktiven öffentlichen Nahverkehr aufrechtzuerhalten. Die CDU Nordrhein-Westfalen unterstützt ergänzende lokale Konzepte wie Bürger- oder Taxibusse ausdrücklich. Auch die Nahversorgung mit Einkaufsmöglichkeiten, Bildungseinrichtungen und Kinderbetreuung, aber auch medizinischen Leistungen, muss gewährleistet sein, um die hohe Lebensqualität in den ländlichen Räumen aufrechtzuerhalten. Eine besondere Herausforderung liegt hier in dem Ausbau einer leistungsfähigen digitalen Infrastruktur. Ein gut ausgebautes Breitbandnetz wird immer mehr zum entscheidenden Standortfaktor für Betriebe und Haushalte. Zudem ermöglicht sie der „öffentlichen Hand“, ihre Prozesse im Sinne von eGovernment so zu gestalten, dass der Bürger Service und Dienstleistungen komfortabel „online“ in Anspruch nehmen kann, ohne persönlich vorstellig zu werden. Eine umfassende digitale Teilhabe in allen Landesteilen sollte selbstverständlich sein. Aus diesem Grund muss der Ausbau der Breitbandversorgung im ländlichen Raum massiv vorangetrieben werden. Wenn sich der Ausbau des schnellen Internets für die privaten Anbieter nicht rechnet, müssen staatliche Förderprogramme gezielt eingesetzt werden, um die Versorgung sicherzustellen.

In den ländlichen Teilen unseres Landes haben viele Mittelständler ihren Sitz, die in ihrem Bereich zum Teil weltweit führend sind. Die meisten industriellen Arbeitsplätze entstehen mittlerweile bei diesen Unternehmen im ländlichen Raum. Wir Christdemokraten wollen diese Unternehmen stärken, indem wir die Rahmenbedingungen schaffen, die es ihnen erlauben, zu prosperieren, zu expandieren und im internationalen Wettbewerb zu bestehen.

Der ländliche Raum braucht starke Kommunen

Wir wollen Kommunen im ländlichen Raum unterstützen, damit diese effektiv in der Lage sind, ihren vielfältigen Aufgaben nachzukommen. Sie müssen dafür finanziell angemessen ausgestattet sein. Vor Ort erbrachte Konsolidierungsbemühungen in den eigenen Kommunalhaushalten müssen den Bürgerinnen und Bürgern auch dort zu Gute kommen. Für eine auskömmliche Gemeindefinanzierung ist das Land zuständig.

Wir wollen, dass Kommunen auch zukünftig Entwicklungspotentiale erschließen können. Dazu gehört auch die Möglichkeit, die Ansiedelung von Unternehmen oder die Ausweisung von Wohngebieten zu ermöglichen. Hierbei ist jedoch unter Berücksichtigung berechtigter Entwicklungsinteressen stets auf eine Minimierung des Flächenverbrauchs hinzuarbeiten. Innenentwicklung hat klare Priorität.

Die ländlichen Räume im demografischen Wandel

Gerade ländliche Räume und ihre Strukturen sind von einem Bevölkerungsrückgang betroffen. Die Aufrechterhaltung der ambulanten und stationären medizinischen Versorgung, der Erhalt von wohnortnahen Schulen, der Umgang mit Leerstand oder die Finanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs sind Beispiele für kommende oder bereits bestehende Herausforderungen. Die CDU Nordrhein-Westfalen bekennt sich zu den ländlichen Räumen und wird Akteure vor Ort bei der Bewältigung dieser Herausforderungen nach Kräften unterstützen.

IX. Starke Bürger, starkes Engagement

1. Ehrenamt

Unsere Gesellschaft wird erst durch das Ehrenamt lebendig

Der Mensch ist von Natur aus ein soziales, auf Gemeinschaft hin angelegtes Wesen, zur Solidarität fähig und verpflichtet. Von der Familie über die Nachbarschaft, das Ehrenamt, Vereine und Initiativen bis hin zu den Kirchen und religiösen Gemeinschaften gibt es viele soziale Orte und Institutionen, in denen täglich Solidarität gelebt wird. Wir wollen diese gelebte Solidarität fördern und stärken und setzen uns für eine aktive Gesellschaft von engagierten Bürgerinnen und Bürgern ein.
Die CDU Nordrhein-Westfalen weiß um den großen Wert gesellschaftlichen Engagements und Miteinanders. Im Ehrenamt wird Mitmenschlichkeit, soziale Verantwortung und Demokratiebewusstsein manifest. Die Übernahme gegenseitiger Verantwortung in persönlicher und gesellschaftlicher Freiheit verbindet die Menschen miteinander und reduziert so Distanzen. Bürgerschaftliches Engagement macht unsere Gesellschaft reicher und lebenswerter. Der Einsatz der Bürger kann durch nichts ersetzt werden. Dies gilt gerade in Zeiten, in denen familiäre und soziale Bindungen loser werden und das gesellschaftliche Miteinander sich insgesamt anonymer und unübersichtlicher gestaltet.

Wir wollen die Vielfalt des bürgerschaftlichen Engagements stärken

Die Vielfalt des bürgerschaftlichen Engagements trägt entscheidend zur Attraktivität und Lebensqualität in unserem Land bei. Sie stärkt Bürgersinn, schafft Entfaltungsmöglichkeiten, fördert gesellschaftlichen Zusammenhalt und wirkt identitätsstiftend. Vor allem das in allen gesellschaftlichen Schichten hineinreichende Vereinsleben macht Nordrhein-Westfalen lebens- und liebenswert. Die Vielzahl der Vereine und Initiativen im sozialen, sportlichen, kulturellen, ökologischen und geselligen Bereich bilden einen der größten Reichtümer unseres Landes.

Wir wissen und wollen, dass jeder Einzelne einen Beitrag hierzu leisten kann, egal ob jung oder alt, erwerbslos oder erwerbstätig, Mann oder Frau. Gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels wollen wir ältere Menschen in besonderer Weise für bürgerschaftliches Engagement gewinnen. Ihre Lebenserfahrungen und Kompetenzen bergen ein enormes Potential, das erschlossen werden muss.

Ehrenamtliches Engagement bildet. Aus diesem Grund wollen wir Kinder und Jugendliche verstärkt dazu motivieren, sich gesellschaftlich zu engagieren. Damit dies gelingen kann, müssen die Rahmenbedingungen verändert werden. Das schulische Leben muss so organisiert sein, dass Freiräume für ehrenamtliche Tätigkeiten erhalten bleiben. Zudem wollen wir Scharniere zwischen Schulen, Vereinen und Jugendorganisationen schaffen, die dazu beitragen, dass es einfacher für Kinder und Jugendliche wird, sich zu engagieren bzw. sich in an außerschulischen Lernorten im Sinne einer umfassenden Lebens- und Persönlichkeitsbildung weiterzuentwickeln. Im Hinblick auf die Aufnahme eines Studiums treten wir dafür ein, dass ehrenamtliches Engagement auf die Wartezeit für einen Studienplatz angerechnet wird.

Wir begrüßen auch die vielfältigen Initiativen zur Gründung von Bürgerstiftungen, privaten Stiftungen und Fördervereinen in unserem Land. Sie sind ein Ausdruck von Mitmenschlichkeit und fördern unter anderem die kulturelle Vielfalt, breite Bildungschancen und eine innovative Wissenschaft in Nordrhein-Westfalen.

Die CDU Nordrhein-Westfalen wird sich auch in Zukunft dafür einsetzen, dass freiwillige und ehrenamtliche Dienste, die Menschen für unsere Gesellschaft leisten, in besonderer Weise anerkannt und gewürdigt werden. Wer sich für die Gemeinschaft einsetzt, darf hierdurch keinen Nachteil erleiden. Vielmehr müssen ehrenamtlich engagierte Menschen in ihrem Einsatz für die Gesellschaft gestärkt werden. Daher werben wir für Verständnis im beruflichen Umfeld. Deshalb wollen wir, dass vermehrt Fort- und Weiterbildungen für Ehrenamtliche beispielsweise von den Volkshochschulen angeboten werden.

Die CDU Nordrhein-Westfalen weiß um die Begrenztheit staatlicher Handlungsmöglichkeiten in einem intakten Gemeinwesen. Aus diesem Grund wollen wir, dass der Staat lediglich den Rahmen für ein vielgestaltiges gesellschaftliches Leben setzt. Diesen Rahmen auszufüllen ist Aufgabe und Chance der gesellschaftlichen Akteure. Nur so können die Bedürfnisse und Vorstellungen der Menschen umfassend berücksichtigt werden. Wir setzen uns daher dafür ein, dass staatliche Regulierungen und Vorgaben, die bürgerschaftliches Engagement erschweren, konsequent abgebaut werden.

Ehrenamtliches Engagement muss nach Kräften unterstützt und gefördert werden. Der Staat darf sich jedoch nicht aus Bereichen zurückziehen, die zu seinen ureigenen Aufgaben gehören, und bürgerschaftliches Engagement einfordern, um diese Lücke zu schließen.

Wir wollen den Wandel des Ehrenamts als Chance begreifen

Die modernen Kommunikationsmöglichkeiten bieten neue Chancen gesellschaftlichen Engagements und politischer Mitwirkung. Die CDU Nordrhein-Westfalen setzt sich dafür ein, dass diese Potentiale stärker genutzt werden, um den Bürgerinnen und Bürgern Gestaltungsmöglichkeiten und Eigenverantwortung zurück zu geben. Wir wissen, dass die Bereitschaft, sich zu engagieren, nach wie vor hoch ist. Gleichzeit erleben wir einen tiefgreifenden Wandel. Dauerhafte Mitgliedschaften und anhaltendes Engagement gehen stark zurück, während punktuelles, situatives Engagement in konkreten, oft zeitlich überschaubaren Projekten sehr hoch ist. Die CDU Nordrhein-Westfalen begreift diesen Wandel als Chance. Gleichzeitig wissen wir um die hiermit einhergehenden Herausforderungen beispielsweise für die Freiwilligen Feuerwehren, für Hilfsorganisationen und Katastrophenschutz und für Kirchengemeinden, vor allen Dingen aber auch für die Politik. Politik im demokratischen Staat lebt vom ehrenamtlichen Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Nur so kann eine enge Verbindung und ein stetiger Austausch zwischen Bürgerinnen und Bürgern und ihren demokratischen Repräsentanten aufrechterhalten werden. Es wird jedoch immer schwieriger, junge Menschen für ehrenamtliche Arbeit in Parteien zu gewinnen. In der Folge wird es in absehbarer Zeit zu einer Herausforderung, geeignete Kandidatinnen und Kandidaten für politische Mandate, insbesondere auf der kommunalen Ebene, zu finden. Wir wissen um diese Herausforderung und setzen uns mit aller Kraft dafür ein, Menschen für Politik zu begeistern und zu politischem Engagement zu bewegen. Dazu gehören jedoch unverzichtbar eine gelebte Vorbildkultur der in der Verantwortung stehenden politischen Repräsentanten sowie die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und politischem Ehrenamt.

2. Kirchen und Religionsgemeinschaften

Glaubens- und Religionsfreiheit sind unveräußerliche Grundrechte

Die Religions- und Glaubensfreiheit wird durch unser Grundgesetz garantiert und geschützt. Wir Christdemokraten stehen dafür ein, dass der Glaube nicht nur im Privaten stattfinden kann, sondern

auch und gerade in der Öffentlichkeit gelebt werden darf. Hierzu gehört, dass die Kirchen und Religionsgemeinschaften entsprechend ihres Sendungsauftrages für ihre Weltanschauungen werben dürfen. Auch das Recht auf würdige und angemessene Räumlichkeiten des Gottesdienstes und der Religionsausübung wie Kirchen, Synagogen und Moscheen sind Ausdruck der Religionsfreiheit und gehören somit in den öffentlichen Raum. Wir wenden uns mit Entschiedenheit gegen alle Bestrebungen, Religion und Glauben aus dem Alltag zu verdrängen.

Unser Land braucht starke christliche Kirchen

Die Kirchen leisten zudem einen wertvollen und prägenden Beitrag zum kulturellen Leben in unserem Land. Viele kulturhistorische Schätze werden von den Kirchen gepflegt und für nachfolgende Generationen erhalten. Wir sehen es als wichtige Aufgabe von Staat und Zivilgesellschaft an, unsere christlich-kulturellen Wurzeln und Zeugnisse zu erhalten und zu pflegen. Zu Nordrhein-Westfalen und seiner Identität gehört das christliche Leben, welches insbesondere in den kirchlichen Feiertagen und Festen seinen Ausdruck findet. Wir unterstützen daher alle kirchlichen und gesellschaftlichen Initiativen, die darauf gerichtet sind, Feste und Bräuche wie unsere Advents- und Weihnachtsmärkte, Sankt-Martins-Feiern, Prozessionen und Umzüge sowie Pfingst- und Osterbräuche zu erhalten und den Glauben sichtbar zu machen. Sichtbares Zeichen sind für uns christliche Kreuze im öffentlichen Raum. Die CDU Nordrhein Westfalens bekennt sich offensiv zu diesen christlichen Traditionen und Symbolen.

Die Kirchen sind ein wichtiger Partner der Menschen und der Politik. Die CDU Nordrhein-Westfalen spricht sich dafür aus, das besondere Verhältnis von Staat und Kirche in Deutschland, die kooperative Trennung beider Bereiche, in seinen wesentlichen Grundzügen unverändert beizubehalten. Hierzu gehört das kirchliche Arbeitsrecht mit eigenen Mitbestimmungsregeln, der Stellenwert der Kirchen im Bereich von Kindergärten, Schulen, dem Gesundheitswesen, der Pflege und Militärseelsorge, die Mitbestimmung der Kirchen und Religionsgemeinschaften in gesellschaftlichen Gremien sowie der Einzug der Kirchensteuer durch staatliche Steuerbehörden gegen Erstattung des Verwaltungsaufwandes. Die Kirchen sind ein wichtiger Partner des Staates und nehmen wesentliche Aufgaben vor allem in der schulischen Bildung und Kindererziehung sowie in der Gesundheitsversorgung, Krankenpflege und Seniorenbetreuung wahr, die der Staat nicht in gleicher Weise oder nur mit einem hohen zusätzlichen Kostenaufwand ausfüllen könnte.

Vor allem Sozialdienste wie Caritas und Diakonie verkörpern die gelebte christliche Nächstenliebe. Zahlreiche haupt- wie ehrenamtlich Engagierte unterstützen die Bedürftigen und in Not Geratenen in unserer Gesellschaft mit zahlreichen Angeboten.

Wir wollen das jüdische Leben in Nordrhein-Westfalen stärken

Unsere abendländische Kultur ist auch jüdisch geprägt. Deswegen und erst recht aufgrund der Shoa sind wir in besonderer Weise den Menschen jüdischen Glaubens verpflichtet und sehen uns dem jüdischen Glauben gegenüber in einer besonderen Verantwortung. Wir sind dankbar dafür, dass das jüdische Leben zwischen Rhein und Weser seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der nationalsozialistischen Terrorherrschaft wieder stetig zugenommen hat. Die CDU Nordrhein-Westfalen wird auch in Zukunft Sorge dafür tragen, dass die Ausübung der jüdischen Religion in Deutschland staatlich besonders gefördert, unterstützt und wo notwendig geschützt wird. Die jüdischen Gemeinden Nordrhein und Westfalen-Lippe sowie die Synagogengemeinde Köln sind uns wichtige Partner, um das jüdische Leben in Nordrhein-Westfalen zu stärken und den kulturellen wie politischen Austausch mit Israel zu intensivieren. Der in christdemokratischer Regierungszeit wieder belebte Jugendaustausch mit Israel muss ausgebaut und gerade auch für Kinder mit Zuwanderungsgeschichte geöffnet werden.

Muslime sind ein Teil unserer Gesellschaft

Mit den Arbeitnehmern aus der Türkei und später auch aus anderen islamisch geprägten Ländern sind zunehmend auch Menschen muslimischen Glaubens nach Nordrhein-Westfalen gekommen. Sehr viele sind hier heimisch und zudem deutsche Staatsbürger geworden. Wir erkennen ihre Leistungen in und für unsere Gesellschaft ausdrücklich an. Sie sind mit ihrem Glauben und religiösem Leben Teil von Nordrhein-Westfalen. Wir fördern daher die Zusammenschlüsse islamischer Institutionen in Zentralverbänden, um Ansprechpartner für Gesellschaft, Politik und Wohlfahrtsarbeit zu haben und so muslimisches Leben stärker in die Gesellschaft einbinden zu können. Ausdrücklich fordern wir die Ausbildung islamischer Religionslehrer und islamischer Theologen an Zentren für Islamische Theologie in Deutschland. Unser Ziel ist die Stärkung der religiösen Bildung für Muslime in Nordrhein-Westfalen. Hierzu gehört eine flächendeckende Erteilung des islamischen Religionsunterrichts an Schulen in deutscher Sprache und unter deutscher Schulaufsicht.

Die CDU Nordrhein-Westfalen ist offen für Menschen jeden Glaubens

Die CDU Nordrhein-Westfalen ist die Volkspartei der Mitte und als solche attraktiv für alle, Christen, Juden, Muslime wie Andersgläubige, Agnostiker und Atheisten, die sich mit unserer vom christlichen Menschenbild geprägten Programmatik identifizieren können und lädt alle zur aktiven Mitarbeit ein. Viele weitere Religionsgemeinschaften und religiöse Gemeinschaften tragen zur individuellen Sinnstiftung und zur Stabilisierung unseres Staatswesens bei. Die im Grundgesetz verfasste Religionsfreiheit ermöglicht jedem, sich nicht nur den Kirchen und großen religiösen Strömungen, sondern auch kleinen Gemeinschaften anschließen und diese auch wieder verlassen zu können.

Entschieden bekämpfen wir aber den Einfluss von Sekten und Psychokulten, insbesondere auf Kinder und Jugendliche, die sich dadurch auszeichnen, dass nicht die Sinnstiftung im Vordergrund steht, sondern der unbedingte Gehorsam gegenüber einem Führer, der Druck auf Ausstiegswillige sowie das Bestreben, aus den Glaubenshoffnungen der Menschen Profit zu schlagen. Auch wenden wir uns gegen radikale religiöse Strömungen, die nicht friedfertig sind und Intoleranz gegenüber Anders- und Nichtgläubigen predigen oder sogar praktizieren.

Christenverfolgung weltweit entgegentreten

Weltweit sind viele Christen schlimmsten Repressalien ausgesetzt. Die Bekämpfung von Christenverfolgung gehört deshalb dauerhaft auf die politische und diplomatische Tagesordnung. Wir fordern die religiösen und politischen Führer der verantwortlichen islamischen Staaten auf, ihrer Verantwortung für Frieden und Toleranz stärker gerecht zu werden.

3. Sport

Nordrhein-Westfalen ist Sportland

Der Sport trägt erheblich zu Lebensqualität unseres Landes bei. Er besitzt eine hohe Integrationskraft und fördert die Gesundheit der Menschen und soziale Beziehungen gleichermaßen. Sport ist ein wichtiger Faktor der Freizeitgestaltung, er eint, bildet, aktiviert, begeistert und integriert. Durch

das sportliche Miteinander und den sportlichen Wettbewerb, in dem Toleranz, Fairness, Leistung und Verantwortung, Erkennen eigener Grenzen und Achtung anderer gefragt sind, trägt der Sport wesentlich zu einem friedlicheren Miteinander in unserer Gesellschaft und der Welt bei. Sport ist generationenübergreifend und verbindet Menschen mit und ohne Behinderung, unterschiedlicher sozialer Herkunft und aller Nationalitäten.

Wir wollen den Sport in seiner Gesamtstruktur nachhaltig unterstützen

Sport und Bewegung sind für die körperliche und geistige Entwicklung von großer Bedeutung, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen. Aus diesem Grund befürworten wir eine frühe Ausbildung der Motorik, die bereits im Kindergarten erfolgen sollte. Die CDU Nordrhein-Westfalen setzt sich dafür ein, dass Sportunterricht in Schulen ein breiter Raum gegeben wird. So sollen Schülerinnen und Schüler auch dazu motiviert werden, weitere sportliche Angebote in Sportvereinen nach eigenen Interessen und körperlichen Möglichkeiten wahrzunehmen. Der Ausbau von Sportschulen muss daher fortgesetzt und der Schulunterricht so gestaltet werden, dass Wettkampf- und Leistungssport für Kinder und Jugendliche weiterhin möglich bleiben. Zudem wollen wir eine engere Verzahnung von Schulen und Sportvereinen besonders im Bereich des offenen Ganztags schaffen, um so mehr Kindern und Jugendlichen sportliche Aktivitäten im Verein zu ermöglichen.

Aber nicht nur Kinder und Jugendliche, sondern auch Erwachsene sollen zu einer höheren sportlichen Betätigung aktiviert werden. In einer alternden Gesellschaft bedarf es zunehmend eines alters- und bedarfsgerechten Sportangebots für Seniorinnen und Senioren. Auch sportliche Leistungen von Menschen mit Behinderungen sind ein Ausdruck von starkem Willen und Einsatz. Möglichkeiten für Menschen mit Behinderung, Sport zu treiben, müssen daher erweitert werden. Unser Ziel ist es, barrierefreie Zugänge zu Sportstätten zu gewährleisten.

Der Sport lebt vom Ehrenamt in unseren Sportvereinen

Das Fundament des Sports in Nordrhein-Westfalen sind unsere Sportvereine und die dort ehrenamtlich Engagierten. Ohne sie wäre eine Aufrechterhaltung des attraktiven Sportangebots in der Breite nicht möglich. Leider sind gerade die ehrenamtlichen Tätigkeiten in den letzten Jahren zurückgegangen. Es ist das Ziel der CDU Nordrhein-Westfalen, wieder mehr Menschen für ein Engagement im Sport zu gewinnen und zu begeistern. Dazu gehört vor allem auch eine höhere gesellschaftliche Anerkennung und Würdigung ihrer Arbeit. Insbesondere Jugendliche sollen in ihrem Engagement durch spezielle Ausbildung qualifiziert werden, um frühzeitig Verantwortung übernehmen zu können. Dies ermöglicht ihnen höhere Chancen für ihre ehrenamtliche und berufliche Laufbahn. Zudem setzen wir uns entschieden für eine Entbürokratisierung im Bereich des sportlichen Ehrenamts ein, vor allem im Bereich des Vereinssteuerrechts sowie bei Haftungsfragen.

Zudem brauchen die Vereine Planungssicherheit. Dies gilt für den Breiten- und Leistungssport gleichermaßen. Deshalb muss die Sportförderung des Landes auch in Zukunft erbracht und langfristig gesichert werden.

Als Sportland brauchen wir gute und vielfältige Sportstätten

Intakte Sportstätten und eine vielfältige Sportinfrastruktur bilden die Voraussetzungen für das Sporttreiben in Breite und Spitze. Die CDU Nordrhein-Westfalen setzt sich für nachhaltige Strukturen unserer Sportstätten sowohl für den Schul- und Breitensport als auch für den Leistungssport ein.

Zudem müssen Weiterbildungsmöglichkeiten von haupt- und ehrenamtlichen Trainern gewährleistet werden, um die Qualität des Leistungs- und Breitensports zu sichern.

Wir sind stolz auf unseren Leistungssport

Unser Ziel ist es, die Talentsichtung und -entwicklung in Schulen, im Leistungssport und im Verbandssystem voranzutreiben. Die CDU Nordrhein-Westfalen bekennt sich zum Leistungs- und Wettbewerbsprinzip im Sport. Gerade aus einem gut funktionierenden Breitensport heraus ergeben sich viele Nachwuchstalente für unseren Spitzensport in Nordrhein-Westfalen.

Der Leistungssport hat in Nordrhein-Westfalen einen wichtigen Stellenwert und brachte bereits eine Vielzahl von deutschen Meistern, Europameistern, Weltmeistern und Olympiasiegern hervor, die das Ansehen unseres Landes steigern. Wir sind stolz auf unsere Sportlerinnen und Sportler in allen Disziplinen. Ihr Erfolg trägt auch zur Identifikation der Menschen mit unserem Land bei.

Für die bestmögliche Sportentwicklung ist ein Zusammenwirken von Politik, Sportvereinen und -verbänden, öffentlicher Verwaltung sowie der Wirtschaft erforderlich. Dies dient auch der besseren Vereinbarkeit von Beruf und Studium mit Leistungssport, die für ein erfolgreiches Sportland Nordrhein-Westfalen sehr wichtig ist.

Die CDU Nordrhein-Westfalen spricht sich entschieden gegen jede Form des Dopings aus. Doping darf im Sport keine Rolle spielen. Es schädigt die Athletinnen und Athleten, zerstört den Wettbewerb und täuscht die Mitstreiter. Die erfolgreiche Bekämpfung des Einsatzes von Doping muss zum Erhalt der sportlichen Grundwerte gewährleistet sein.

X. Nordrhein-Westfalens Platz in Europa und der globalisierten Welt

Die CDU Nordrhein-Westfalen ist die Europapartei

Die Europäische Integration ist die größte politische Erfolgsgeschichte des 20. Jahrhunderts und der Schlüssel dazu, die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts erfolgreich zu meistern.

Eine Wiege des gemeinsamen Europas steht in Nordrhein-Westfalen. Schließlich waren es der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Karl Arnold und der erste Bundeskanzler Konrad Adenauer, die das Ziel eines europäischen Bundesstaats zusammen mit europäischen Christdemokraten wie Robert Schuman, Alcide de Gasperi und Joseph Bech mutig eingeleitet und vorangetrieben haben. Nach den bitteren Erfahrungen zweier Weltkriege wurde mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl der Grundstein für eine Neugestaltung Europas gelegt und ein Prozess begonnen, der die Völker Europas zusammengeführt und uns Frieden, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand beschert hat. Die christliche Demokratie war von Beginn an die treibende Kraft der Europäischen Integration und ist es noch immer. Wir werden dafür arbeiten und kämpfen, dass sie weiter positiv verläuft. Der Europagedanke ist Teil unserer politischen Identität.

Die CDU Nordrhein-Westfalen ist die Europapartei im Land. Für uns ist der Europäische Einigungsprozess Herzenssache. Wir halten am Ziel der Vollendung der Europäischen Union fest. Europa muss zusammenwachsen, weil es zusammen gehört. Die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union teilen nicht nur eine gemeinsame Geschichte, sie teilen auch eine gemeinsame Werteordnung, gemeinsame Traditionen und eine gemeinsame kulturelle Identität. Die religiösen, ideen- und geistesgeschichtlichen Fundamente verbinden die Völker Europas über alle nationalen, sprachlichen, politischen und kulturellen Unterschiede hinweg. Die CDU Nordrhein-Westfalen weiß, dass wir unseren gemeinsamen europäischen Werten wie Demokratie, Menschen- und Bürgerrechte, Religionsfreiheit, Gleichberechtigung von Mann und Frau, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit, in einer zunehmend globalisierten Welt nur gemeinsam Gewicht und Geltung verschaffen können.

Wir stehen für einen starken Euro in einem starken Europa

Die Europäische Integration hat sich ganz wesentlich auf den Alltag der Menschen ausgewirkt. Am augenscheinlichsten wird dies bei der gemeinsamen europäischen Währung. Der Euro stärkt den Zusammenhalt und die wirtschaftliche Kraft der Mitgliedsländer. Zusammen mit der Zollunion und dem gemeinsamen Binnenmarkt sorgt er für Stabilität und Wohlstand und stärkt die internationale Konkurrenzfähigkeit Europas.

Um den Euro dauerhaft stabil und krisenfest zu machen, bedarf es einer Vollendung der Europäischen Währungsunion, indem die gemeinsame Währung eingebettet wird in eine gemeinsame Finanz- und Wirtschaftspolitik. Um eine funktionierende europäische Stabilitäts- und Wachstumspolitik zu gewährleisten, müssen die EU-Institutionen dafür handlungsfähig gemacht und effektive Durchsetzungs- und Sanktionsmechanismen im Rahmen des Gemeinschaftseuropas weiter entwickelt werden. Zwischenstaatliche Regelungen dürfen nur Übergangscharakter haben.

Bei der Einführung des Euro ist es nicht gelungen, die gemeinsame Währung in eine gemeinsame Finanz- und Wirtschaftspolitik einschließlich klarer Zuständigkeitsregelungen und Verfahren einzubetten. Dieses Versäumnis muss korrigiert. Der ursprüngliche Stabilitäts- und Wachstumspakt hat sich als nicht tragfähig erwiesen. Auf Grund seiner Neufassung durch das Europäische Parlament

und den Rat sowie einer Vielzahl weiterer gesetzlicher und vertraglicher Regeln sowie der Schaffung der Bankenunion gibt es heute erheblich präzisere und stärkere Rahmenbedingungen als zu Beginn der Krise.

Es muss Vertrauen bei den Bürgern, zwischen den EU-Nationalstaaten und auf den globalen Finanzmärkten aufgebaut werden. Defizitverfahren dürfen politisch nicht manipuliert, die mit dem Fiskalpakt in 28 Ländern rechtlich verbindliche und Sanktionen bewehrte Schuldenbremse ist strikt einzuhalten. Die Durchgriffsmöglichkeiten zur Einhaltung aller Stabilitätsregeln dürfen nicht der politischen Opportunität unterliegen und müssen mit aller Konsequenz verbindlich angewandt werden.

Wir lehnen einen automatischen Finanzausgleich und eine Vergemeinschaftung der Schulden ab. Solidarität ist an die Einhaltung der Regeln und die Erfüllung von Bedingungen wie der Umsetzung von Strukturreformen gebunden. Der Stabilitätsmechanismus muss auf eine geordnete Flexibilität der Eurozone ausgerichtet sein. Wir werden an der Unabhängigkeit der EZB mit ihrer prioritären Aufgabe der Geldwertstabilität festhalten.

Die zahllosen Koordinierungsversuche der Wirtschaftspolitik sind im Wesentlichen wirkungslos geblieben. Es bedarf jetzt struktureller politischer und institutioneller Reformen. Der Vertrag von Lissabon bietet noch nicht ausgeschöpfte Möglichkeiten für notwendige politische und institutionelle Reformen.

Im Kern geht es darum, die Europäische Währungsunion zu vollenden, um die dauerhafte Stabilität des Euro zu gewährleisten. Dies ist ohne Änderungen der europäischen Verträge letztendlich nicht möglich. Europa muss um seiner selbst willen dazu bereit sein. Die CDU Nordrhein-Westfalen ist es.

Ein starkes Europa braucht handlungsfähige Institutionen

Die Fortentwicklung der Europäischen Union hin zu einer handlungsfähigen Stabilitäts- und Wachstumsgemeinschaft geht einher mit der Übertragung von Souveränitätsrechten. Diese Souveränitätsübertragung dient der Erhaltung politischer Gestaltungsmacht und liegt daher in unserem nationalen Interesse. Dies bedeutet jedoch nicht die Preisgabe nationaler Handlungsmacht. Denn die einzelnen europäischen Mitgliedsländer besitzen keine wirksame Handlungsmacht gegenüber dem globalen Kapitalmarkt. Souveränitätsübertragung in diesem Bereich ist daher in Wahrheit die Erhaltung politischer Gestaltungsmacht unter den Bedingungen der Globalisierung. Die europäische Verbindung ist darum die zeitgemäße Form nationaler Interessenwahrnehmung. Notwendig ist in der Sache zudem eine vertiefte nationale wie europäische Debatte über die inhaltliche Ausrichtung einer gemeinsamen europäischen Wirtschaftspolitik. Ein Gleichgewicht zwischen liberaler Wirtschaftsordnung und solidarischer Gesellschaftsordnung kann in Europa nur bei strikter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips gelingen. Genau dies ist die Kernbotschaft der im Vertrag von Lissabon festgeschriebenen Sozialen Marktwirtschaft. Die konkrete Gestaltung unter den Bedingungen der Globalisierung und der Europäisierung muss jedoch noch geklärt werden.

Die Vollendung der Währungsunion gibt dem europäischen Projekt neuen Auftrieb. Daraus erwächst die Handlungsfähigkeit Europas auch auf anderen Politikfeldern, die die europäischen Staaten wirksam gegenüber anderen nur gemeinsam gestalten können. Zu einer Wirtschafts- und Währungsunion gehört auch die Steuergerechtigkeit. Wir befürworten den Steuerwettbewerb zwischen den Mitgliedsstaaten. Die Aushöhlung der Steuerbasis im Konzernverbund mit entsprechenden Gewinnverlagerungen ist jedoch ein Missbrauch dieses Wettbewerbs. Steuern müssen dort gezahlt werden,

wo Produkte produziert und Dienstleistungen erbracht werden. Dies muss in einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion durch einen verbindlicheren Informationsaustausch nationaler Finanzbehörden und eine Annäherung von Steuerbemessungsgrundlagen sichergestellt werden.

Mehr Europa ist unsere Antwort auf die Globalisierung

Zu einer politischen Union gehört ganz entscheidend eine gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Es ist offenkundig, dass die Fragen, die sich für die Union wie für alle ihre Mitglieder im Verhältnis zur übrigen Welt stellen, mindestens genauso wichtig sind wie die in ihrem Inneren. Sie sind nicht voneinander zu trennen. So lassen sich zum Beispiel weite Teile einer Finanz- und Wirtschaftsordnung wirksam nur global neu regeln. Auch die Bekämpfung von Terrorismus, Drogenkriminalität und Menschenhandel ist nur in europäischer Gemeinschaft mit starken europäischen Institutionen möglich. Entwicklung und Migration hängen zusammen. Sie sind eine Herausforderung für ganz Europa und nicht nur für einzelne seiner Völker. Auch eine Lösung der großen Energie- und Umweltprobleme ist nur möglich, wenn sie von allen Mitgliedern der Staatengemeinschaft angegangen wird. Angesichts der erheblichen Veränderungen des globalen Machtgefüges können die europäischen Völker nur noch gemeinsam ihre Interessen durchsetzen.

Die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland wie in ganz Europa haben Ängste vor dem Verlust jeglicher Sicherheit – der wirtschaftlichen und sozialen Sicherheit sowie des nationalen Selbstverständnisses. Doch wenn wir uns von Ängsten leiten lassen, haben wir schon verloren. Mehr denn je sind darum heute verantwortliche Politik und politische Führung gefragt. Unsere Aufgabe ist es, konkreter und anschaulicher als bisher zu zeigen, dass die Europäische Union die Antwort der Europäer auf die Globalisierung ist, um politische Handlungsmacht nach innen wie nach außen wiederzugewinnen. Nur so wird uns die Selbstbehauptung Europas unter den Bedingungen der Globalisierung gelingen.

Wir wollen ein Europa der Bürgerinnen und Bürger

Die CDU Nordrhein-Westfalen setzt sich dafür ein, dass der europäische Gedanke mit Leben gefüllt wird. Wir wollen ein Europa der Bürgerinnen und Bürger. Aus diesem Grund unterstützen wir die Intensivierung der Beziehungen und des grenzüberschreitenden Austauschs zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Schulen, Kirchengemeinden, Unternehmen, Vereinen, Institutionen und Kommunen in Europa nachdrücklich. Vor allem junge Menschen sollen die Möglichkeit bekommen, die Europäische Integration aktiv mitzugestalten. So kann es uns gelingen, dass die Zusammenarbeit weiter zunimmt, sich die Menschen stärker mit Europa identifizieren und Europa immer enger zusammen wächst.

Damit sich die Bürgerinnen und Bürger mit der Europäischen Union und ihren Institutionen identifizieren können und ihre Akzeptanz für politische Entscheidungen aus Brüssel und Straßburg wächst, muss die Europäische Union demokratisch, transparent, unbürokratisch, handlungsfähig und bürgernah gestaltet werden. Dazu müssen auch auf der europäischen Ebene verstärkt demokratische Prinzipien gelten. Das Europäische Parlament hat sich umfassende Kompetenzen erkämpft. Es ist mit dem Rat gleichberechtigter Gesetzgeber und Haushaltsbehörde geworden. Drittlandsverträge bedürfen seiner Zustimmung, die Kommission kommt nur durch das Europäische Parlament ins Amt, der Kommissionspräsident wird vom Europäischen Parlament im Lichte des Ergebnisses der Europawahl gewählt. Damit ist auch der Einfluss der Bürgerinnen und Bürger gestärkt worden.

Das alles muss abgesichert, ausgebaut und ins öffentliche Bewusstsein gerückt werden.

Wir stehen für ein Europa der Regionen

Die Stärke Europas liegt in der Vielfalt der Menschen, Kommunen, Regionen und Nationen. Wir wollen unser vielfältiges sprachliches und kulturelles Erbe für nachfolgende Generationen sichern und erlebbar machen. Aus diesem Grund treten wir auch im vereinten Europa für das Subsidiaritätsprinzip ein. Was vor Ort, in der Region, im Land oder im Mitgliedsstaat besser und sinnvoller geregelt werden kann, soll auch dort geregelt werden. Die europäische Ebene muss sich auf jene Aufgaben konzentrieren, die sie besser erfüllen kann, als die Nationalstaaten, Regionen oder Kommunen. Nur so können regionale und nationale Gestaltungsmöglichkeiten erhalten bleiben und das Motto der Europäischen Union „in Vielfalt geeint“, gelebt werden.

Europa ist ein politisches Aktionsfeld mit wachsender Bedeutung. Bei der Umsetzung von europäischen Vorgaben in Landesrecht steht die CDU Nordrhein-Westfalen dafür, dass nicht mehr als gefordert reglementiert wird. In der Vergangenheit ist ein großer Teil an Bürokratie und Überregulierung vor Ort entstanden, indem mehr geregelt wurde, als es von den europäischen Vorgaben verlangt wurde. Gleichzeitig achten wir auch bei der Landesgesetzgebung darauf, dass wir in einem europäischen und globalen Wettbewerb stehen. Wir stehen deshalb dafür ein, dass unsere heimischen Unternehmen nicht durch Landesgesetzgebung Wettbewerbsnachteile erleiden.

Zwei Drittel der europäischen Richtlinien und Verordnungen betreffen die Kommunen. Die Umsetzung dieser Vorgaben auf der kommunalen Ebene prägt daher das Bild, das sich die Menschen von der Europäischen Union machen. Wir wollen deshalb überschaubare und nachvollziehbare Regelungen und transparente Abläufe, möglichst wenig Bürokratie und nicht zuletzt eine zukunftsweisende regionale Förderpolitik. Die Festlegung des Vertrages von Lissabon, die kommunale Selbstverwaltung zu stärken, muss in der Praxis Anwendung finden.

Nordrhein-Westfalen lebt vom grenzüberschreitenden Austausch

In den Grenzregionen kommt die Europäische Integration in besonderer Weise zum Ausdruck, in ihnen ist Austausch und Kooperation in Europa erlebbar. Die Grenzregionen Nordrhein-Westfalens zu den Niederlanden und Belgien haben sich mit den Regionen jenseits der Grenze zu Euregios zusammengeschlossen. Diese Verbünde dienen dem kulturellen und gesellschaftlichen Austausch sowie der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Die CDU Nordrhein-Westfalen unterstützt die Euregios. Sie haben das Entstehen eines gemeinsamen Lebens- und Wirtschaftsraumes ermöglicht.

Aus dem Wissen um die enge Verflechtung mit den Niederlanden, Belgien und Luxemburg heraus ist Nordrhein-Westfalen unter dem ehemaligen Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers eine privilegierte Partnerschaft mit seinen Nachbarn im Rahmen der Benelux-Union eingegangen. Wir wollen diese enge Zusammenarbeit mit unseren unmittelbaren Nachbarn sowie unserer französischen Partnerregion Nord-Pas-de-Calais weiter intensivieren. Hierzu können wir an den seit über Jahrzehnten gelebten und von den Bürgerinnen und Bürgern getragenen Städtepartnerschaften anknüpfen.

Auch die engen Kontakte zu unserer Partnerregion Oberschlesien haben eine kulturelle Brückenkopffunktion. Wir werden die Zusammenarbeit mit der Woiwodschaft Schlesien in Polen weiter pflegen und intensivieren, nicht zuletzt aufgrund der gewachsenen historischen Beziehungen und Bindungen zwischen unseren beiden Regionen.

Nordrhein-Westfalen profitiert vom Europäischen Binnenmarkt

Als attraktiver Standort im Zentrum Europas profitiert Nordrhein-Westfalen in besonderer Weise vom gemeinsamen Binnenmarkt. Diese Stärke wollen wir unter Achtung des Subsidiaritätsprinzips ausbauen. Dazu ist es wichtig, dass die grenzüberschreitende Infrastruktur weiter ausgebaut und verbessert wird. Schließlich sind unsere Nachbarn Belgien und die Niederlande unsere wichtigsten Handelspartner. Die CDU Nordrhein-Westfalen möchte den europäischen Binnenmarkt vollenden. Das Ziel muss die Wettbewerbsfähigkeit Europas und die Öffnung des Binnenmarktes z. B. im digitalen Bereich, aber nicht Detailregelung und vermehrte Bürokratie sein. Eine Harmonisierung der sozialen Sicherungssysteme lehnen wir ab. Hier ist noch vieles zu tun, beispielsweise beim Datenschutz, gemeinsamen Unternehmensrechtsformen und der Schaffung eines Energiebinnenmarktes für Strom und Gas. Bei allen Bestrebungen darf es aber nicht zu einer Überregulierung und unnötiger Bürokratie kommen, denn diese belastet vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen und hält sie davon ab, jenseits der Landesgrenzen aktiv zu werden. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass auch auf Europäischer Ebene ein unabhängiger Normenkontrollrat eingerichtet wird. Die CDU Nordrhein-Westfalen tritt für eine Stärkung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit Europas ein. Wir unterstützen alle Bestrebungen, die schleichende De-Industrialisierung Europas umzukehren. Hierin sehen wir das wichtigste Instrument, um Europa gegen zukünftige Wirtschaftskrisen zu wappnen. Damit dies gelingen kann, ist eine Stärkung von Forschung und Entwicklung erforderlich. Aus diesem Grund unterstützen wir ausdrücklich alle Maßnahmen, die Investitionen in Forschung und Entwicklung auf drei Prozent des Bruttoinlandprodukts zu steigern. Ebenso wichtig ist es, die Versorgung mit Energie und Rohstoffen langfristig sicherzustellen. Für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands und Europas ist die volle Durchsetzung des Europäischen Binnenmarktes auch für den digitalen Sektor zwingend.

Zum gemeinsamen Binnenmarkt gehört die Arbeitnehmerfreizügigkeit zweifelsohne dazu. Ohne sie kann er nicht funktionieren. Die CDU Nordrhein-Westfalen steht daher zur Arbeitnehmerfreizügigkeit. Wir wollen jedoch, dass ein Missbrauch zur Einwanderung in unsere Sozialsysteme konsequent verhindert wird. Diese ist mit europäischem Recht nicht vereinbar. Auch müssen wir den Meisterbrief als qualifikationsgebundenen Gewerbezugang auf europäischer Ebene stützen und schützen. Der Meisterbrief ist ein Gütesiegel und schützt auch den Verbraucher. Die gegenseitige Anerkennung der Berufsabschlüsse darf weder auf Kosten der dualen Ausbildung noch der Verbraucher geschehen.

Die Europäische Integration geht weiter – wir arbeiten aktiv mit

Wir wollen, dass der Europäische Einigungsprozess weiter geht. Das Tempo des weiteren Zusammenwachsens darf nicht vom langsamsten Staat vorgegeben werden. Es muss möglich sein, dass Staaten, die sich einig sind, in bestimmten Feldern ein schnelleres Tempo vereinbaren können. Zudem streben wir eine effektive Sicherung und Stärkung der Handlungsfähigkeit der Europäischen Union und ihrer Institutionen an. Bevor es zu möglichen Erweiterungen der Union kommt, bedarf es einer politischen Konsolidierung und Definition der räumlichen Grenzen der Europäischen Union, welche die Entwicklung passgenauer Nachbarschaftsmodelle ausdrücklich mit einschließt. Deshalb setzen wir uns ein für eine Europäische Verfassung, in der die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger ebenso verankert sind wie eine klare föderale Kompetenzverteilung zwischen Mitgliedsstaaten und Europäischer Union sowie zwischen Rat und Parlament als Gesetzgeber und der Europäischen Kommission. Auch in Zukunft muss der Präsident der Europäischen Kommission als europäischer Spitzenkandidat im Lichte des Ergebnisses der Europawahl vom Europäischen Parlament gewählt werden.

Nordrhein-Westfalen ist das Nord-Süd-Land in Deutschland

Über Europa hinaus pflegt Nordrhein-Westfalen enge politische, kulturelle und ökonomische Kontakte zu vielen Ländern in der Welt. Diese Kontakte, die internationale Zusammenarbeit und den Austausch wollen wir weiter verstärken.

Mit der Bundesstadt Bonn liegt der einzige UN-Standort Deutschlands in Nordrhein-Westfalen. Damit besitzen wir auf der internationalen Bühne eine Visitenkarte von großem Wert. Wir wollen Bonn als Sitz von Institutionen der Vereinten Nationen und internationaler Nichtregierungsorganisationen sowie als Austragungsort internationaler Konferenzen und Kongresse weiter stärken. Die CDU Nordrhein-Westfalen ist sich sicher, dass dies nur gelingen kann, wenn die Bundestadt Bonn das zweite bundespolitische Zentrum bleibt. Deshalb treten wir allen Bestrebungen, von den Vereinbarungen des Bonn/Berlin-Gesetzes abzuweichen, entschieden entgegen.

In Nordrhein-Westfalen haben aber auch international tätige Organisationen, Behörden und große Hilfswerke ihren Sitz. Nordrhein-Westfalen ist das Nord-Süd-Land Deutschlands, diese Position wollen wir ausbauen und stärken.

Ein sichtbares internationales Engagement – auch im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit – gehört nach unserem Verständnis zur Regierungsführung in einem starken Exportland wie Nordrhein-Westfalen dazu. Wir wollen die in christdemokratischer Regierungszeit begründete Partnerschaft mit Ghana mit neuem Leben füllen. Die über 3.000 örtlichen Initiativen der Ein-Welt-Arbeit sind wichtige Akteure des Nord-Süd-Landes Nordrhein-Westfalen.

Die Chancen der Globalisierung für Nordrhein-Westfalen noch stärker nutzen

Eine enge europäische und internationale Zusammenarbeit ist Grundlage für ein erfolgreiches Nordrhein-Westfalen in einer globalisierten Welt. Der weltweite Handel ist eine tragende wirtschaftliche Säule unseres Bundeslandes und sichert die Existenz zahlreicher auch kleiner und mittelständischer Unternehmen sowie die dort vorhandenen Arbeitsplätze.

Die Globalisierung führt dazu, dass Nordrhein-Westfalen als Zentrum der deutschen Exportwirtschaft zunehmend in einem internationalen Wettbewerb um Güter, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitsplätze steht. Diesen Wettbewerb sehen wir nicht nur als Herausforderung, der wir uns stellen, sondern vor allen Dingen auch als Chance. Die Sorgen und Ängste, die viele Menschen in Bezug auf die Globalisierung haben, nehmen wir ernst. Gerade deshalb wollen wir die kommunale Ebene stärken und bieten einen verlässlichen Wertekanon.

Nordrhein-Westfalen wird seiner Verantwortung in der Welt gerecht

Wir Christdemokraten wissen auch um unsere Verantwortung in der Welt. Das Wohlstandsgefälle auf der Welt ist nach wie vor sehr hoch und internationale Ungleichgewichte und Ungerechtigkeiten nehmen wir in Folge der internationalen Vernetzung stärker wahr. Aus unserem christlichen Verständnis vom Menschen leiten wir unsere Verantwortung und unser Ziel ab, diese Ungleichgewichte und Ungerechtigkeiten zu bekämpfen. Jeder Mensch hat das Recht auf ein menschenwürdiges Leben. Wir wollen dazu beitragen, dass alle Menschen zu diesem Recht kommen. Wir setzen uns für Fairness im Welthandel ein und fordern Veränderungen zugunsten der benachteiligten Regionen und Länder dieser Welt.

XI. Tradition bewahren, Zukunft gestalten

Die nordrhein-westfälische CDU hat dieses Land von Beginn an maßgeblich aufgebaut und gestaltet. Genau genommen sogar schon vor der offiziellen Landesgründung im August 1946 durch ihre vor genau siebzig Jahren gegründeten Landesverbände Rheinland und Westfalen mit den Kölner Leitsätzen und dem Neheim-Hüstener Programm. Namen wie Konrad Adenauer und Karl Arnold symbolisieren eine großartige inner- wie überparteiliche Integrationsleistung, vor allem aber die Begründung einer politischen Tradition und Mentalität, durch die Nordrhein-Westfalen zum sozialen Gestalter des wirtschaftlichen wie gesellschaftlichen Wandels in der gesamten Bundesrepublik werden konnte. Das Wort vom „sozialen Gewissen“ der Bundesrepublik stand und steht für eine spezifisch nordrhein-westfälische Staatstradition, die bis heute reicht und wirkt. Und diese Staatstradition ist es auch, die den Anspruch unseres Landes, „Kernland“ der Bundesrepublik Deutschland zu sein, rechtfertigt. Denn über ein „soziales Gewissen“ verfügen kann nur ein Land, das wirtschaftlich stark und erfolgreich ist und entsprechend für sozialen Ausgleich zu sorgen vermag. Insofern bekennt sich die CDU Nordrhein-Westfalens zu dieser Aussage Karl Arnolds in dem Wissen, dass jene keinen Hochmut, sondern die große Verpflichtung zum Ausdruck bringt, Nordrhein-Westfalen zum Wohle ganz Deutschlands zu einem starken, wirtschaftlich prosperierenden und sozial gerechten Land zu machen.

Ein weiteres Vermächtnis Konrad Adenauers, Karl Arnolds und der gesamten nordrhein-westfälischen Union ist die Vorreiterrolle unseres Landes bei den Anfängen der europäischen Integration und das Bekenntnis zum geeinten Europa. In Nordrhein-Westfalen treffen sich Westen und Osten, Norden und Süden. Wir stehen als Land mitten im Herzen unseres Kontinents ein für die Idee eines vereinten Europa als Gemeinschaft freier Völker, die die gemeinsamen Werte des christlich-jüdischen Kulturerbes und der Aufklärung als unumstößliche Fundamente unserer Rechts- und Gesellschaftsordnung begreift.

Wir Christliche Demokraten haben Politik für Nordrhein-Westfalen stets in dem Bewusstsein konzipiert und umgesetzt, unserer Verantwortung für das ganze Land und seine Menschen gerecht werden zu wollen. Egal ob als Regierungspartei oder in den langen Zeiten der Opposition. Zum Ausdruck gekommen ist diese Verantwortung beispielsweise unter Ministerpräsident Franz Meyers mit dem Beginn des Hochschulbaus im Ruhrgebiet und den Anfängen einer aktiven Umweltpolitik, bei der Mitgestaltung der großen Gebietsreform, mit den Initiativen für eine flächendeckende Einführung von Ganztagsschulen und frühkindlichen Betreuungseinrichtungen sowie mit dem erstmaligen Vorschlag eines Zuwanderungsgesetzes. Oder auch mit der Gründung des ersten deutschen Integrationsministeriums, der Einrichtung von Familienzentren, dem Ausbau der frühkindlichen Bildung und der verbindlichen Festlegung des Ausstiegs aus den Steinkohlesubventionen in der Regierungszeit von Ministerpräsident Jürgen Rüttgers. In unserer Regierungszeit wurde die Bildungslandschaft Nordrhein-Westfalen konsequent ausgebaut, die Kulturfördermittel haben sich sogar verdoppelt. Wir haben gezeigt, dass wir den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen stärken und die Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger verbessern konnten.

Die CDU Nordrhein-Westfalens versteht sich deshalb ebenso als zukunftsorientierter Impuls- und Ideengeber wie auch als notwendiges programmatisches Korrektiv innerhalb des demokratischen Parteienspektrums und auch gegenüber der Union in Deutschland. Vor allem jedoch begreift sie es als ihre Aufgabe dabei mitzuwirken, dass Nordrhein-Westfalen seine Funktion als Seismograph gesellschaftlicher Veränderungen ausüben und eine eigene, zeitgemäße und innovative politische Botschaft formulieren kann. Das ist indes nur dann möglich, wenn Nordrhein-Westfalen seine oft gerühmte Eigenschaft der Vielfalt nicht länger als ein duldsames, aber oftmals unverbundenes Nebeneinander auffasst, sondern als produktives Miteinander, in dem auch Reibungen möglich sein müssen, solange die so entstehenden Energien auf ein gemeinsames Ziel hin ausgerichtet werden. Nordrhein-Westfalen braucht nicht Harmonie um jeden Preis, dafür aber umso mehr einen solidarischen Aufbruch aus Erstarrung und Bewegung statt lähmender Lethargie. Die CDU Nordrhein-Westfalen steht deshalb für das Programm einer Verbindung aus Anforderung, Ermunterung sowie einer aktivierenden, solidarischen Hilfe zur Selbsthilfe. Eine solche Politik hat Nordrhein-Westfalen in den ersten Jahrzehnten seines Bestehens aus Trümmern und Elend nach vorn gebracht und eine solche Politik wird ihm auch künftig seine verlorene Stärke zurückgeben. Denn Nordrhein-Westfalen verbindet große Geschichte mit lebendigen regionalen Überlieferungen, Natur mit Kultur, Tradition mit Vision und das alles im Herzen Europas. Hier lohnt es sich zu leben und zu arbeiten. Wir alle sind Nordrhein-Westfalen!

Die CDU als Volkspartei steht für die starke politische Mitte ohne Chancen für Extreme von links und rechts. Der demokratische Kampf gegen Extremismus und Fundamentalismus jeder Art wird jedoch nur dann erfolgreich sein können, wenn er nicht nur aus der Mitte der Gesellschaft heraus geführt wird, sondern auch um und für diese Mitte. Wer einer Spaltung der Gesellschaft vorbeugen will, der muss vor allem die ordnungspolitischen Grundregeln der Sozialen Marktwirtschaft beachten. Wir sind stolz darauf, dass mit den Düsseldorfer Leitsätzen vom 15. Juli 1949 hier in Nordrhein-Westfalen die Entscheidung für die Soziale Marktwirtschaft fiel. Nur bei Beachtung der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft werden Chancen zum sozialen Aufstieg und Wohlstand für alle möglich sein. Es gab und gibt keinen Widerspruch zwischen einer erfolgreichen Wirtschafts- und einer solidarischen Sozialpolitik. Erarbeiten kommt vor Verteilen. Der freie, marktgerechte Wettbewerb, allerdings unter Befolgung klarer ordnungspolitischer Regeln, ist immer besser als staatlicher Dirigismus und Zwangswirtschaft. Die Soziale Marktwirtschaft ist das erfolgreichste sozioökonomische Modell, über das Deutschland jemals verfügt hat. Nur sie garantiert letztlich den Zusammenhalt der Gesellschaft. In Nordrhein-Westfalen besitzt sie ihre wichtigsten Wurzeln, und an Rhein und Ruhr hat sie seit den Tagen Karl Arnolds in der CDU ihren bedeutendsten und stärksten politischen Partner. Die CDU war und ist die Partei der Sozialen Marktwirtschaft und sie wird es auch in Zukunft bleiben.

Das Wissen um all diese Zusammenhänge hat Nordrhein-Westfalen einst zum Motor und „Kernland“ der alten Bundesrepublik werden lassen. Die Beherzigung dieses Wissens wird aus Nordrhein-Westfalen auch wieder ein Land mit Zukunft machen. Zum Land der Zukunft, das seinen Bewohnern Sicherheit gewährt und persönlichen Aufstieg ermöglicht. Ein Land mit neuen Perspektiven in Innovation, Bildung, Energie und Verkehr. Nordrhein-Westfalen, das „soziale Gewissen“ Deutschlands, die Heimat des „rheinischen Kapitalismus“, die Geburtsstätte des Grundgesetzes mit der dichtesten Hochschullandschaft Europas, dem „Schmelztiegel Ruhrgebiet“ im Herzen und mit vitalen Wirtschaftsregionen im Umfeld der Ballungsräume, dieses Nordrhein-Westfalen war ein starkes Land und muss wieder ein starkes Land werden. Nordrhein-Westfalen ist das Land alter Erfahrungen und neuer Möglichkeiten. Sie zu nutzen bleibt Auftrag und Verpflichtung von uns Christlichen Demokraten in diesem Land. Die CDU Nordrhein-Westfalen wird ihren Beitrag dazu leisten, dass Nordrhein-Westfalen wieder die starken Schultern Deutschlands verkörpert. Nicht zum Selbstzweck oder allein zu Gunsten der Rheinländer, Westfalen oder Lipper. Sondern aus Verantwortung für das ganze vereinigte Deutschland im vereinten Europa.

Mitarbeit am Grundsatzprogramm der CDU Nordrhein-Westfalen

In dem gut zweijährigen Grundsatzprogrammprozess haben sich über 3.000 Mitglieder und Freunde der CDU Nordrhein-Westfalen sowie Personen des öffentlichen Lebens, aus Kirchen, der Wirtschaft und Verbänden aktiv beteiligt. Viele von ihnen haben auf dem Reformkongress in Köln, den sieben Regionalkonferenzen in den Bezirken sowie dem Abschlusskongress in Rheda-Wiedenbrück mitdiskutiert. Darüber hinaus haben sich zahlreiche Orts-, Stadt- und Kreisverbände auf eignen Veranstaltungen und in Arbeitskreisen mit dem Programmentwurf auseinandergesetzt. Folgende Gliederungen, Vereinigungen und Personen haben sich durch konkrete Textentwürfe oder Änderungsvorschläge in besonderer Weise in den Programmprozess eingebracht:

Adenauer, Sven-Georg
Adolf, Jürgen
Ahlemeyer, Ralf
Ak, Samira
Antkowiak, Rolf
Arbeitskreis Große Städte der CDU-Landtagsfraktion
Arbeitskreis Sport der CDU-Landtagsfraktion
Arentz, Hermann-Josef
Balke, Bernhard
Balke, Laura
Barschel, Achim
Bartels, Norbert
Baumgarten, Hans-Ulrich
Benteler, Hans Rudolf
Berger, Stefan
Beskemeier, Alfred
Betz, Dagmar
Bezirksverband Mittelrhein
Bezirksverband Südwestfalen
Biesenbach, Peter
Birkhahn, Astrid
Blüming, Mirko
Böchel, Klaus
Böckelühr, Heinrich
Böhme, Hans-Jochaim
Böker, Klaus
Bobe, Wilfried
Borgards, Heinz-Ulrich
Brake, Manuel
Brauksiepe, Ralf
Braun, Florian
Brautmeier, Jürgen
Brinkhaus, Ralph
Brinkmeier, Michael
Brinkmeier, Paul
Brok, Elmar
Bröhl, Hans-Peter
Bümmerstede, Helga
Burchartz, Tabea
Buiyan Md., Jamal Hossain
Bußmann, Georg
CDU-Ortsverband Engelskirchen
CDU-Stadtverband Detmold
CDU-Stadtverband Lemgo
Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft Nordrhein-Westfalen
Cicek, Ibrahim
Daniels, Anne
Daube, Wolfgang
Dautzenberg, Deborah
Deittert, Johannes
Demografie-Team CDU Ort Harsewinkel
Deppe, Rainer
Deutsch-Türkisches Forum der CDU Nordrhein-Westfalen
Dirks, Klaus
Disselkamp, Christine
Doppmeier, Ursula
Duman, Leyla
Dyck, Alexander
Effertz, Georg
Eickmann, Friedhelm
El Founti, Hicham
Esken, Michael
Eusterholz, Dörthe
Evangelischer Arbeitskreis der CDU Nordrhein-Westfalen
Falk, Dietrich
Feck, Stephanie
Fehring, Hubertus
Feyen, Peter
Fietzek, Klaus
Fischer, Bärbel
Fischer, Isabelle
Fissenewert, Daniel
Flaskamp, Norbert
Flick, Wilhelm
Fockenbrock, Bernd
Fockenbrock, Lis
Frank, Kinga Antonina
Frankenhauser, Angela
Frauen-Union Nordrhein-Westfalen
Freiherr von Weichs, Georg
Gauger, Jörg-Dieter +
Geißler, Martin
Gemkow, Angelika
Gerth, Oliver-Daniel
Gesundheitspolitischer Arbeitskreis der CDU Nordrhein-Westfalen
Gierden-Jülich, Marion
Gogan, Dirk
Güler, Serap
Günther, Jan
Grosse-Brockhoff, Hans-Heinrich

Grotjohann, Niels
Gyurcsek, Klaus-Dieter
Haase, Christian
Habigtsberg, Markus
Hackbarth, Birte
Hamers, Antonius
Hannack, Elke
Harz, Ralf
Hatzis, Daniel
Heinemann, Rolf
Heinisch, Jan
Hellwig, Ingo
Hemker, Heinrich
Hendriks, Heiko
Henkenjohann, Uwe
Hitze, Guido
Hölscher, Martin
Hofmann, Martin
Holterhöfer, Maximilian
Holzapfel, Wilfried
Hornberg, Sabine
Hüppe, Hubertus
Jarzombek, Thomas
Junge Union Nordrhein-Westfalen
Jostmeier, Werner
Kaldenhoff, Christina
Kampeter, Steffen
Kappenhagen, Dirk
Kern, Walter
Kiock, Ernst Günther
Klammer, Helmut
Klausmann, Wilfried
Kleefisch, Petr Josef
Klett, Stefan
Klockenbusch, Heinrich Josef
Kloß, Mareen
Köhler, Ralph
Köneke, Ralf
Köster, Thomas
Korte, Kirsten
Krauss-Hoffmann, Peter
Kreisverband Aachen
Kreisverband Bielefeld
Kreisverband Bochum
Kreisverband Bonn
Kreisverband Borken
Kreisverband Coesfeld
Kreisverband Dortmund
Kreisverband Düsseldorf
Kreisverband Ennepe-Ruhr
Kreisverband Essen
Kreisverband Hagen
Kreisverband Herford
Kreisverband Herne
Kreisverband Höxter
Kreisverband Hochsauerlandkreis
Kreisverband Köln
Kreisverband Mark
Kreisverband Mettmann
Kreisverband Kleve
Kreisverband Mönchengladbach
Kreisverband Münster
Kreisverband Oberbergischer Kreis
Kreisverband Olpe
Kreisverband Paderborn
Kreisverband Recklinghausen
Kreisverband Rheinisch-Bergischer Kreis
Kreisverband Rhein-Erft
Kreisverband Rhein-Kreis Neuss
Kreisverband Rhein-Sieg
Kreisverband Soest
Kreisverband Steinfurt
Kreisverband Unna
Kreisverband Viersen
Kreisverband Warendorf-Beckum
Kreisverband Wesel
Kreizberg, Kurt
Kremeyer, Marita
Krings, Günther
Krupp, Hans-Joseph
Küppers, Henrika
Küppers-Tonner, Gerswida
Kuchenreiter, Birgit
Kuckart, Leonhard
Kulinna, Matthias
Kullick, Werner
Kulturforum der CDU Nordrhein-Westfalen
Kuper, André
Krüger, Verena
Landesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen (LACDJ) NRW
Lammers, Georg
Lange, Ulrich
Laschet, Armin
Laumann, Karl-Josef
Lechner, Jan Claudius
Lehmann, Dirk
Lehmann, Frederik
Lendvai, Julika
Lesben und Schwule in der Union in Nordrhein-Westfalen
Lienenkämper, Lutz
Liening, Stephan
Liese, Peter
Lietz, Sandra
Linke, Jürgen
Lohn, Werner
Löckener, Elisabeth
Löttgen, Bodo
Louy, Dirk
Meurers, Hans A.
Mertens, Karl
Meyer, Peter
Mickler, Dominik
Micolau, Gabriele
Mihm, Bernhard
Milz, Andrea
Mittelstandsvereinigung der CDU Nordrhein-Westfalen
Mittelstädt, Ralf
Moebius, Christian
Mokulys, Sabrina
Moldenhauer, Klaus
Müller, Holger
Müller, Ute
Müller-Sander, Kirsten
Müller-van Ißem, Beate
Nennewitz, Ralf
Netzwerk Menschen mit Beeinträchtigungen der CDU Nordrhein-Westfalen
Nölle, Jolanta

Nolte, Franz
Oldewurtel, Andreas
Optendrenk, Marcus
Ortseifen, Vera
Ost-und Mitteldeutsche Vereinigung der CDU Nordrhein-Westfalen
Ostermann, Tim
Otto, Sven-Joachim
Pakusch, Christian
Pfeiffer, Peter
Pfläging, Michael
Pieper, Markus
Plöhn, Jürgen
Pollmann, Anna
Post, Christian
Pötzsch, Carolin
Prage, Helmut
Prahs, Arthur
Preuss, Peter
Randhahn, Wulf
Rassenhövel, Torben
Rathgens, Jan
Rehartscheck, Thorsten
Reifenberg, Thomas
Remplewski, Winfried
Reul, Herbert
Rieksneuwöhner, Robin
Rudolph, Frank
Reusenmann, Dimitrij
Ring Christlich-Demokratischer Studenten Hagen
Rochlitzer, Roland
Rodenbeck, Anja
Rohde, Thomas
Rübo, Matthias
Rüttgers, Jürgen
Rust, Christoph
Samse, Stephan
Schäfer, Hans
Schäfers-Wieneke, Gabriele
Schalt, Fabian
Scharrenbach, Ina
Schick, Thorsten
Schleicher, Karl-Theo
Schneider, Herbert
Schmidt, Hedwig
Schmitz, Ferdinand
Schmitz, Hendrik
Schneider, Robert
Scholtz, Gerfried
Scholz, Rüdiger
Schranz, Daniel
Schulze Föcking, Christina
Schulze Westerath, Gertrud
Schweickert, Gunther H.
Senioren-Union Kreisverband Unna
Senioren-Union Nordrhein-Westfalen
Sessinghaus, Lutz
Setzer, Konstantin
Smolnik, Michael
Spanner, Rüdiger
Speich, Mark
Spira, Klaus
Sprenger, Sven
Stahl, Helmut
Steffl, Marcus
Stein, Robert
Sternberg, Thomas
Steuber, Hartmut
Steuwe, Rolf
Stücke, Reinold
Stüttem, Eileen
Stupp, Walter
Tabellion, Rolf
Tegelkämper, Paul
Terhorst, Stephan
Thoben, Christa
Tigges, Jörg
Tigges, Raphael
Uhlenberg, Eckhard
van der Meulen, Ingo
van Schewick, Maria-Theresia
Vogt, Petra
Voigt, Christel
von Harnier, Ullrich
Volkenborn, Friedrich
Volmering, Sven
Vorst, Doris
Voss, Axel
Wallrabe, Uwe
Walter, Patrick
Warnke, Markus
Weckelmann, Thomas
Weckenbrock, Christoph
Weichs, Friedrich
Weiß, Heike
Wehrstedt, Sebastian
Weiss, Britta
Westerbarkei, Matthias
Winkelmeier-Becker, Elisabeth
Witte, Bernhard
Witte, Elisabeth
Wittke, Oliver
Woeste, Gabriele
Wolf, Sascha
Wüst, Hendrik
Wulff, Otto
Zakrotzky, Henning
Zertik, Heinrich
Ziemiak, Paul
Zurmahr-Tabellion, Rita

CDU Nordrhein-Westfalen
Wasserstraße 6
40213 Düsseldorf
Telefon 02 11 / 1 36 00-0
Telefax 02 11 / 1 36 00-59
http://cdu.nrw
info@cdu-nrw.de
facebook.com/CDUnrw
twitter.com/CDUNRW_de